Praxis Kultur- und Sozialgeographie | PKS 39

Carsten Felgentreff (Hrsg.)

Die Islamische Republik Iran

Eine Studienreise

Copyrighted material

Copyrighted material

Praxis Kultur- und Sozialgeographie | PKS 39

Carsten Felgentreff (Hrsg.)

Die Islamische Republik Iran

Eine Studienreise

Universitätsverlag Potsdam 2006

Copyrighted material

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

Praxis Kultur- und Sozialgeographie I PKS
Herausgegeben vom Institut für Geographie der Universität Potsdam
ISSN 0934-716X

Band 39
© Universitätsverlag Potsdam, 2006
ISBN 3-939469-25-4
ISBN 978-3-939469-25-4

Herausgeber:	Wilfried Heller (Potsdam) Hans-Joachim Bürkner (Erkner/Potsdam) Manfred Rolfes (Potsdam)
Federführender Herausgeber:	Wilfried Heller
Schriftleitung:	Waltraud Lindner
Druck:	Audiovisuelles Zentrum der Universität Potsdam
Vertrieb:	Universitätsverlag Potsdam Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam Fon +49 (0) 331 977 4517 / Fax 4625 e-mail: ubpub@uni-potsdam.de http://info.ub.uni-potsdam.de/verlag.htm

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne vorherige Genehmigung des Herausgebers nicht vervielfältigt werden.

Copyrighted material

Inhalt

Die Exkursionsroute 6

Vorwort 7

1 Das politisch-administrative System der Islamischen Republik Iran 9
Steffen Hornung

2 Potenziale und Entwicklungshemmnisse der iranischen Wirtschaft 15
Joscha Graff und Max Grömping

3 Die Bevölkerungsentwicklung im Iran 27
Katja Hein

4 Stadtstrukturmodelle des islamischen Orients und die Dezentralisierung Teherans 31
Christoph Rosenke

5 Der Iran-Irak-Krieg und die daraus folgende Migration 41
Hardy Siering

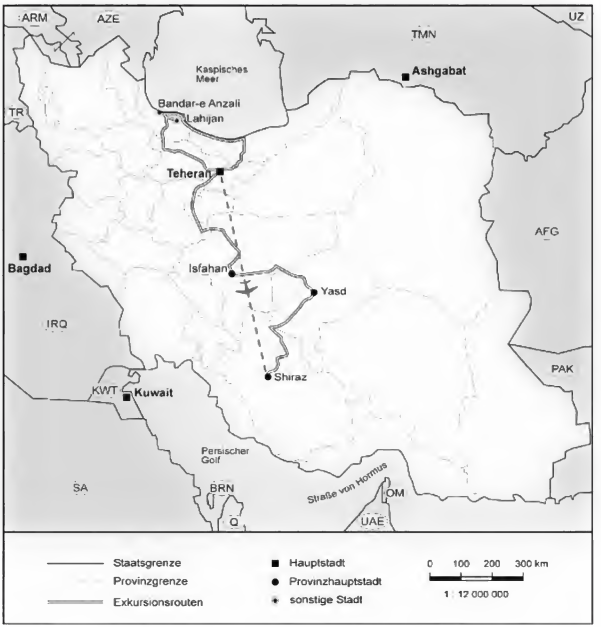
6 Die Binnenwanderungen im Iran 50
Jessica Krause

7 Der Iran zwischen Kriegsdrohung und Kriegsbedrohung 62
Birgit Müller

8 Vom „Ideologieexport" zur Wahrnehmung nationaler Interessen – Irans regionale Außenpolitik 69
Henryk Alff

Copyrighted material

Die Exkursionsroute



Copyrighted material

Vorwort

Die vorliegenden Texte sind im Zusammenhang mit einer Exkursion in die Islamische Republik Iran im September und Oktober 2004 entstanden.
Im Rahmen der bestehenden Kooperationsbeziehungen zwischen der Fakultät für Geographie der Universität Teheran und dem Institut für Geographie der Universität Potsdam konnten damals 14 Studierende des Faches Geographie der Universität Potsdam, der Freien Universität Berlin und der Humboldt-Universität Berlin in den Iran reisen. Vor Ort wurde unsere Gruppe von Prof. Dr. R. Farhudi und Prof. Dr. T. Rahnemai begleitet und von den Teheraner Studierenden Neda Nouri, Mostafa Ghadami und Saeed Roshani sowie von Daniel Drünkler tatkräftig unterstützt. Sie alle haben durch ihre ausgezeichneten Kontakte und ihr unermüdliches Engagement ein vielfältiges Programm zusammengestellt und verwirklicht. Ebenso wie der Universität Teheran und dem DAAD, der das Projekt finanziell als Studienreise für deutsche Studierende ins Ausland gefördert hat, gilt allen Genannten unser aufrichtiger Dank, der gleichermaßen allen Ansprechpartnern, Auskunftgebern und mit unserem Aufenthalt im Iran Befassten vor und hinter den Kulissen gebührt. Unsere Gastgeber, Gesprächspartner und – aus studentischer Sicht – nicht zuletzt die iranischen Kommilitonen ermöglichten einen unvergleichbaren Einblick in Gesellschaft, Wirtschaft, Politik, Kultur und Religion des Landes, das medial verbreitete Bild des ‚Gottesstaats' teilweise bestätigend, teilweise widerlegend.
Neben geschichtlichen und im weitesten Sinne landeskundlichen wurden diverse humangeographische Themen vertieft: In Teheran sozial- und wirtschaftsräumliche Entwicklungen, Fragen des Arbeitsmarktes, der Dezentralisierung der Mega-Stadt und des Katastrophenschutzes angesichts der latenten Gefahr von Erdbeben, im Alborzgebirge und im Tiefland am Kaspischen Meer Potenziale für touristische Nutzungen und die Landwirtschaft, in Shiraz und Yazd Landnutzungsprobleme in ariden Gebieten, in Isfahan Entwicklungen des industriellen Sektors, des Wohnungsbaus, der räumlichen Planung und der Stadt-Land-Beziehungen.
Vorbereitet wurde die Geländeveranstaltung durch ein Seminar im Sommersemester 2004, in dem ausgewählte Themen- und Fragestellungen von studentischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aufgearbeitet und diskutiert wurden. Im Wintersemester 2004/05 fand eine Nachbereitung und hochschulöffentliche Präsentation statt. Die hier versammelten Autorinnen und Autoren gingen noch einen Schritt weiter: Sie beschlossen, ihre Ausarbeitungen im Nachgang zur Exkursion nochmals so zu überarbeiten, dass sie einen kleinen Sammelband zum Iran ergeben. Bei Ihnen liegt auch die Verantwortung für Inhalt und formale Gestaltung der Beiträge. Gedankt sei den Herausgebern für ihre Bereitschaft, dieses Heft in der Reihe „Praxis Kultur- und Sozialgeographie" aufzunehmen.
In der Zeit zwischen der Ausarbeitung der Manuskripte und dem Druck dieses Heftes haben im Jahre 2005 Parlamentswahlen im Iran stattgefunden. Nicht nur dort vor Ort, sondern auch in der Darstellung der Islamischen Republik in westlichen Medien hat sich viel geändert seit diesen letzten Wahlen. Die hier wiedergegebenen Ein- und Ansichten beziehen sich, abgesehen von einigen Aktualisierungen im 8. Kapitel, auf den Iran vor Präsident Mahmud Ahmadinejad.

Steffen Hornung erläutert das politisch-administrative System der Islamischen Republik. Joscha Graff und Max Grömping greifen in ihren Darlegungen zur iranischen Wirtschaft unter anderem die Diskussion zum so genannten Rentierstaat auf, wonach die Einkünfte aus Erdöl- und Gasressourcen eher als Nach- denn als Vorteil zu werten sind. Die demographischen Entwicklungen des Landes thematisiert Katja Hein: Das Medianalter

Copyrighted material

von 23,5 Jahren (2004) lässt erahnen, vor welchen gravierenden Herausforderungen das Gemeinwesen steht, etwa hinsichtlich Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Christoph Rosenke befasst sich mit stadtgeographischen Modellen der orientalischen Stadt sowie mit den bisherigen Bemühungen um eine Dezentralisierung der Metropole Teheran. Gestützt unter anderem auf eigene Auswertungen amtlicher iranischer Statistiken nähert sich Jessica Krause dem Themenfeld Binnenwanderung. Dass der Iran-Irak-Krieg (1980-1988) zu Abwanderung und Flucht aus der Kriegsregion im westlichen Staatsgebiet geführt hat, belegt Hardy Siering in seinem Beitrag, der sich allerdings kaum auf amtliche iranische Angaben stützen kann. Birgit Müller widmet ihren Beitrag ausgewählten Feldern iranischer Außen- und Innenpolitik, unter anderem den Beziehungen zu den USA und einigen Hintergründen der nationalen Atompolitik. Die enge Verzahnung von Außen- und Innenpolitik verdeutlicht auch der letzte Beitrag von Henryk Alff, der sich mit der wechselvollen Geschichte der Außenpolitik der Islamischen Republik Iran, vor allem mit Blick auf Zentralasien, befasst.

Carsten Felgentreff, im Mai 2006

Copyrighted material

1 Das politisch-administrative System der Islamischen Republik Iran

Steffen Hornung

1.1 Einleitung

Diese Arbeit ist im Rahmen einer Studienfahrt der Universität Potsdam in die Islamische Republik Iran entstanden. Sie hat das Ziel, einen näheren Einblick in das politisch-administrative System der islamischen Republik Iran zu geben. Um dies zu erreichen, ist es nötig, einen Blick auf die Ursachen der islamischen Revolution und somit auch auf die neuere Geschichte des Landes zu werfen, was ich in meinem ersten Abschnitt tue. Aus der neueren Geschichte, der Schahren-Dynastie der Pahlevi werden erste Ursachen der islamischen Revolution ersichtlich. Im zweiten Abschnitt gehe ich dann genauer auf Ursachen und Auswirkungen der islamischen Revolution ein. Im Folgenden werden das administrative System und das politische System der Islamischen Republik Iran beleuchtet und Unterschiede zu westlich-demokratischen Systemen herausgestellt. Als Abschluss ziehe ich ein Fazit über demokratische Strukturen und die Doppelrolle der Geistlichkeit in der Islamischen Republik Iran.

1.2 Neuere Geschichte

Der persische Kosakenkommandeur Resa Kahn übernahm im Jahre 1921 durch einen Staatsstreich die Macht in Persien. Er begründete die Dynastie Pahlevi 1925 und löste somit die vorangegangene Dynastie der Kadscharen ab (www.w-akten.de/themaderwoche/25-jahre-revolution-im-iran.phtml).

Im Zweiten Weltkrieg versuchten Deutschland, die Türkei, die UdSSR und Großbritannien vergeblich, eine Allianz mit dem Iran zu schließen. Um die mögliche Besetzung der iranischen Ölfelder durch deutsche Truppen zu verhindern, besetzten britische und russische Truppen Teile des Iran. Auf Drängen der Alliierten musste der Schah, der die Einflussnahme Deutschlands förderte, abdanken. Sein Sohn Mohammed Resa Pahlevi wurde sein Nachfolger und verbündete sich mit den Alliierten. In der Konferenz von Teheran im November 1943 wurden dem Iran von Seiten der Alliierten unter anderem die Souveränität und die territoriale Integrität zugesichert.

Unter Premierminister Mohammed Mossadegh, der die Verstaatlichung der Ölindustrie unterstützte, wurde die bislang für Ölförderung verantwortliche und unter britischer Kontrolle stehende Anglo Iranian Oil Company enteignet und aufgelöst. Mossadegh geriet auch zunehmend in politischen Konflikt mit dem Schah. Anhänger Mossadeghs revoltierten öffentlich gegen die Truppen des Schahs, worauf der Schah das Land verließ. Mit Hilfe der Armee und Polizei sowie der CIA erlangten die Royalisten nach blutigen Aufständen die Kontrolle zurück. Mossadegh wurde verhaftet. De facto oblag die Verwaltung der iranischen Ölfelder einem internationalen Konsortium, ein Großteil der Gewinne landete aber in der iranischen Staatskasse (Microsoft® Encarta® Professional 2002).

1961 leitete Schah Mohammed Resa Pahlevi die so genannte "Weiße Revolution" ein, sie umfasste Bodenreform, Industrialisierung, Ausbau des Bildungs- und Gesundheits-

Copyrighted material

wesens, Gründung landwirtschaftlicher Genossenschaften sowie Gewährung politischer Rechte für Frauen. Der Schah verfolgte eine Annäherung in wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Weise an die westlichen Industrienationen, um so eine Vormachtstellung im persisch-arabischen Raum zu erlangen. Das Land verzeichnete ein beträchtliches Wirtschaftswachstum. Anhänger der Opposition hingegen wurden verfolgt und flohen wie der schiitische Führer Ajatollah Ruholla Khomeini (1963 – Paris) ins Ausland (WAHDAT-HAGH 2003, S. 116-123).

Die 1970er Jahre waren gekennzeichnet von Repressionen und Verfolgung. Die staatliche Geheimpolizei „SAVAK" sowie Armee und Polizei fungierten als Werkzeuge des Regimes. Die gesellschaftliche Entwicklung wurde durch solche Probleme wie Landflucht, Bevölkerungswachstum, Arbeitslosigkeit und Inflation blockiert. Im März 1975 kündigte der Schah das Ende des Mehrparteiensystems an, von nun an war die einzige zugelassene Partei die Iranische Nationale Erneuerungspartei. 1978/79 kam es zu Massendemonstrationen von fundamentalistisch-islamischen und sozialrevolutionären Gruppen im In- und Ausland. Unter Führung konservativer schiitischer Muslime brachen in verschiedenen iranischen Städten Demonstrationen aus. Sie forderten die Umwandlung des Staates in eine Islamische Republik. Als im Land bürgerkriegsähnliche Zustände herrschten, zwangen die Gefolgsleute von Ajatollah Ruholla Khomeini den Schah, ins Ausland zu fliehen. Khomeini kehrte kurz darauf in den Iran zurück (WAHDAT-HAGH 2003, S. 116-123).

1.3 Gründe der Revolution

Als Ursache für die islamische Revolution wird hauptsächlich die Modernisierungspolitik des Schahs angeführt. Er versuchte, mit einem umfassenden Reformpaket den Iran an westliche Industrienationen anzugleichen. Er führte eine Bodenreform durch, bei der die alten feudalen Besitzverhältnisse beseitigt und das Land unter den Bauern verteilt wurde. Neu gegründete Genossenschaften sollten die Produktivität erhöhen. Allerdings waren die zugeteilten Nutzflächen teilweise zu klein, um die Selbstversorgung zu sichern. Und die enteigneten Feudalherren, meist in der Stadt lebende Basaries, wurden von einer ihrer Geldquellen enteignet. Somit trafen die Reformen reiche wie arme Bevölkerungsschichten. Des Weiteren waren die mangelnden Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung an der politischen Willens- und Entscheidungsbildung im zentralisierten und autokratisch durch den Schah regierten Iran Ursachen für Unmut in der Bevölkerung.

Der Iran war durch die Reformbestrebungen des Schahs zu einer reichen Konsumgesellschaft (MOHAMMADI 1995, S. 66) geworden, stellen islamistische Sozialwissenschaftler fest. Das iranische Militär sei stark entwickelt gewesen und hat seinen König wie einen Gott gepriesen. Es unterstützte die Polizei bei der Zerschlagung von Aufständen und übernahm Aufgaben der Polizei und der Justiz. Der Geheimdienst „SAVAK" nutzte die Militärgerichte als Werkzeug (EBERT et al. 1987, S. 76). Der Iran – im Dienste der USA stehend – galt als Polizist der Golfregien, der die westlichen Werte verteidigte. Denn es befanden sich 60 % des nachgewiesenen Öls in der Region. Diese auf „Gott, König und Heimat" gegründete, militärisch starke und relativ reiche Konsumgesellschaft sei durch eine gesellschaftliche Macht, unter Führung der „Olama", der Gelehrten und der „Rohanium", des Klerus, gestürzt worden (EBERT et al. 1987, S. 87). Nach MOHAMMADI haben drei Elemente die gesellschaftliche Macht bei der islamischen Revolution bestimmt: 1. Die Bevölkerung, 2. die Führung und 3. die Ideologie.

Copyrighted material

Die Bevölkerung bestand zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts hauptsächlich aus Bauern, mit einem Anteil von 25 % Nomaden. Teheran wuchs in dieser Zeit von etwa 20.000 Menschen auf jetzt ca. 6,8 Millionen an (Iran Statistical Yearbook, 1380). Die Gesamteinwohnerzahl verzehnfachte sich innerhalb von 100 Jahren auf über 60 Millionen. Unzufriedenheit verbreitete sich unter der Bevölkerung durch die Landreform des Schahs und durch Missachtung religiöser Werte. Religiöse Führer beklagten die Nichtbeachtung der Sitten, eine übertriebene Freiheit und Prostitution, die Veränderung der islamischen Zeitrechnung und Propagierung vorislamischer Sitten (EBERT et al. 1987, S. 137). Nach MOHAMMADI haben die Iraner nicht für eine Demokratie gekämpft, sondern für die Errichtung einer islamischen Herrschaft. Somit habe die islamische Masse, die „Ommat", sich gegen den Schah gestellt und wollte an der Zukunft des Iran teilhaben. Das Individuum ist hier Teil einer amorphen Masse, deren Zukunft religiös vorbestimmt sei.

Zweiter Faktor der gesellschaftlichen Macht sei der mehrheitlich aus den armen Schichten stammende Klerus gewesen. Er kenne die Probleme und Leiden der Bevölkerung. Der Klerus habe nach MOHAMMADI durch Nachahmung und Vorbild die Funktion, zwischen den großen religiösen Führern und der nachahmenden Bevölkerung zu vermitteln. Er müsse die Überzeugungen und Rechtsurteile der Vorbilder den Frommen eintrichtern. Auf diese Weise wurde die Geistlichkeit eine sensible und relevante Macht in sozialen und politischen Bewegungen um die Bevölkerung zu führen (EBERT et al. 1987, S 140). In dem heutigen islamischen Staat Iran legitimiert sich die Führungsriege des Staates aus der klerikalen Standeshierarchie.

Dritter Faktor der islamischen Revolution war für MOHAMMADI die Ideologie. So habe auch Khomeini das Kalifat als Zukunft des nachrevolutionären Staates gesehen. Khomeini habe mit taktischen Schritten versucht, den dynastischen Staat zu schwächen um so sein Ziel zu erreichen (MOHAMMADI 1995, S. 188):

- Beendigung aller Kontakte mit den staatlichen Institutionen
- Vermeidung der Kooperation mit dem Staat
- Vermeidung jeder Aktivität, die dem Staat hilfreich sein könnte
- Gründung von neuen rechtlichen, finanziellen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Institutionen.

Das System der westlichen Demokratie sei ein fremdes Modell gewesen und hätte die Einflussnahme Fremder und fremder Ideen bereitet. Die islamische Revolution sei gegen „bürgerlichen Kapitalismus", „Marxismus" und sei antikommunistisch und antisozialistisch. Die Monopolisierung der Macht und der totalitäre Anspruch darauf werden in der islamischen Revolution sichtbar. Eine Beteiligung an der Macht oder eine politische Integration von anders ausgerichteten politisch-gesellschaftlichen oder religiösen Gruppen ist hier nicht beabsichtigt.

1.4 Das administratives System

Der Iran ist in 28 Provinzen (Ostan), 172 Gouvernements, 499 Distrikte und 889 Städte mit über 5000 Einwohnern sowie 2305 ländliche Siedlungen unterteilt (Iran Statistical Yearbook, 1380). Die Hauptstadt Teheran fungiert dabei als politisches und administratives Machtzentrum im zentralstaatlich organisierten Iran.

Zu Beginn der 20er Jahre des vergangenen Jahrhunderts, mit Aufkommen der Industrialisierung unter Reza Schah, wurde dieser zentralistische Staatsaufbau etabliert und vom

Copyrighted material

Sohn Mohammed Reza Schah noch ausgebaut. Auch nach der islamischen Revolution 1979 änderte sich nichts an dieser zentralistischen Struktur. So wird auch den Provinzen durch zentralistische Machtstrukturen eine autonome Selbstverwaltung weitgehend verwehrt.

Die Verfassung Irans, laut Artikel 100 (MADANI 1990, S. 41), sieht zwar die Beteiligung der Bevölkerung an der politischen Willensbildung auf jeder Ebene (Provinzen, Bezirke, Gemeinden) mittels Rätewahlen vor, doch steht dem gegenüber die Tatsache, dass die Ernennung der Provinzgouverneure durch den Innenminister erfolgt. Diese Tatsachen und die exponierte machtpolitische Stellung des Innenministers (laut Artikel 103 der Verfassung) stehen einer autonomen Selbstverwaltung auf Provinzebene entgegen. Weiterhin ist die Provinzregierung lediglich befugt, nach Artikel 102 der Verfassung Gesetzesvorlagen zu unterbreiten. Die Gesetzgebungskompetenz liegt weiterhin laut Artikel 71 der Verfassung beim nationalen Parlament. Diese zentralstaatliche Entscheidungs- und Organisationsstruktur setzt sich fort bis zur untersten räumlichen Ebene. So besitzen Städte und Siedlungen nur eingeschränkte Rechtsautonomie. Mit den ersten Kommunalwahlen 1999 wurden zwar Volksvertreter bestimmt und somit erste Elemente kommunaler Selbstverwaltung eingeführt, doch sind diese Volksvertreter mit keiner Durchsetzungskraft ausgestattet (MADANI 1990, S. 41).

1.5 Das Politische System

Die Verfassung Irans unterscheidet sich in ihrem Ausgangspunkt extrem von westlichen politischen Systemen. Ist in demokratischen Systemen das Volk, der Mensch Grundlage und Ausgangspunkt, bestimmende Macht und zu achtendes Gut, so ist in der iranischen Verfassung Gott höchste Instanz und Macht. Gott ist hier der Herrscher und die Menschen seine Diener. „Die Verfassung betrachtet die Welt aus „göttlicher Sicht" und betrachtet die Herrschaft als die Manifestation der Herrschaft Gottes" (EBERT et al. 1987, S. 23) In diesem Maße stellt sich auch die Machtpyramide des islamischen Systems dar: der Führer, der Präsident, die Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen (MTMN), der oberste Rat der Nationalen Sicherheit (SAAM), der Wächterrat, der Expertenrat, die Justiz, das Militär, der islamische Versammlungsrat (MSE), die islamischen Räte und die Ommat – die breite iranisch Bevölkerung (WAHDAT-HAGH, 2003, S. 246). WAHDAT-HAGH, ordnet diese zehn Institutionen in eine Machtpyramide ein, so dass der Führer, der das Wort Gottes verbreite, die absolute Macht in Händen hält. Allerdings geht die Verfassung davon aus, dass die Solidarität der Menschen im Schutze des Glaubens eine ideale koranische Gesellschaft schaffen könne „ nur wenn die Herrschaft nicht den Weg Gottes folge, sei sie illegitim" (EBERT et al. 1987, S. 23). Ziel der islamischen Herrschaft sei die „Schaffung einer frommen Gesellschaft" (MADANI 1990, S. 51).

Die Aufsicht über die richterliche Gewalt, die Exekutive und die Legislative obliegen dem religiösen Führer nach Artikel 57 der Verfassung. Der Präsident stellt eine Verbindung dar zwischen diesen Gewalten. Der Wächterrat setzt sich aus sechs geistlichen und sechs weltlichen Juristen zusammen, wobei die sechs geistlichen Juristen vom geistlichen Führer bestimmt werden und in Uneinigkeit mit den weltlichen Juristen höheres Stimmgewicht besitzen. Solange der Wächterrat nicht vollständig besetzt ist, kann die Majless, das iranische Parlament, nicht arbeiten, da der Wächterrat die Entscheidungen der Majless kontrolliert. Der Führer besetzt die höchste Position der Justiz, der Vorsitzende

Copyrighted material

des Obersten Gerichts und der Oberstaatsanwalt wurden nach Beratung mit den Richtern des Obersten Gerichtshofes vom Führer bestimmt. Der Einfluss des religiösen Führers beinhaltet auch die Position des Präsidenten. Die Eignung des Präsidenten wird vom Wächterrat und dem religiösen Führer bestimmt. Der religiöse Führer besitzt ein Vetorecht, das es ihm ermöglicht, den vom Volk gewählten Präsidenten nicht anzuerkennen. Der Präsident kann durch die Majless oder durch Entscheid des Obersten Gerichtshofes seines Amtes enthoben werden. In beiden Fällen hat der religiöse Führer die entscheidende Stimme. Der religiöse Führer ist weiterhin Oberbefehlshaber des Militärs, der Präsident steht hier laut Artikel 113 erst an zweiter Stelle. Denn der Präsident ist Mitglied des Obersten nationalen Rates der Verteidigung, dessen Zusammensetzung vom religiösen Führer bestimmt wird. Das Militär selbst muss nach Artikel 144 islamisch sein. Der Religionsführer kann weiterhin die Oberbefehlshaber aller drei Teilstreitkräfte bestimmen und nach Rücksprache mit dem Obersten nationalen Rat der Verteidigung, zu dem der Präsident, der Ministerpräsident, der Verteidigungsminister, die Vorsitzenden des gemeinsamen militärischen Stabes, der Oberbefehlshaber der Pasdaran (Revolutionswächter) und zwei Berater des Führers gehören, über Krieg und Frieden entscheiden. Somit hat der Religionsführer auch die absolute Macht über das Militär. Der Führer selbst wird vom Expertenrat auf unbestimmte Zeit gewählt. Die 83 Mitglieder des Expertenrates werden vom Wächterrat gewählt. Über die Qualifikation der Mitglieder des Expertenrates entscheidet allein der Wächterrat. Der Religionsführer muss die Wahl der Mitglieder des Expertenrates bestätigen. Artikel 109 schreibt die Eigenschaften des Religionsführers fest, er muss wissenschaftlich und religiös qualifiziert sein. Der Religionsführer kann auf zwei Wegen gewählt werden: auf direktem Weg durch Wahl und Akzeptanz durch die Bevölkerung, wie es der Fall war bei Khomeini, oder durch die indirekte Wahl durch den Expertenrat. Während der Religionsführer auf unbestimmte Zeit gewählt wird, werden der Präsident und die Majless für vier Jahre, die Mitglieder des Obersten Rates der richterlichen Gewalt für fünf Jahre, die des Wächterrates für sechs Jahre und die Mitglieder des Expertenrates für acht Jahre gewählt (WAHDAT-HAGH 2003, S. 250-300).

1.6 Fazit

In der Islamischen Republik Iran hat es die Geistlichkeit geschafft, eine Doppelrolle zu erfüllen. Sie ist für religiöse Institutionen genauso zuständig wie sie die Macht des Staates in den Händen hält. Durch die Verfassung Irans ist sichergestellt, dass von der Basis der Ommat und der Kommunalräte bis hinauf zum Religionsführer an der Spitze des Staates die Geistlichkeit die politische wie geistliche Macht innehat. Den in der Scheindemokratie gewählten Ämtern und Personen kommt keine tatsächliche Macht zu, ihnen ist immer eine von Klerikern dominierte Instanz übergeordnet. Demokratische Strukturen können durch in der Verfassung verankerte theokratische Richtlinien weitgehend ausgehebelt werden. Angesichts der übermächtigen Stellung des Religionsführers und des Absolutheitsanspruches des göttlichen Willens kann in diesem politischen System keine Rede von Gewaltenteilung sein.

Literatur

EBERT, H. G./FÜRTIG, H./MÜLLER, H. G. (1987): Die Islamische Republik Iran, Köln.

Iran Statistical Yearbook, 1380 (March 2001 - March 2002) (2002). Teheran.

Copyrighted material

MADANI, S. J. (1990): Hoquqe Assassi dar Jomhuriye Eslamiye Iran, Hakemiat, Welayat Faqih, (Rahbari) Qoweye Hakem, II, (Verfassungsrecht in der Islamischen Republik Iran, Herrschaftssysteme, (Führer), herrschende Gewalte), Band II, Teheran. Microsoft® Encarta® Professional 2002. © 1993-2001 Microsoft Corporation. Alle Rechte vorbehalten.

MOHAMMADI, M. (1995): Enquelab Eslami dar Moqayesse ba Enqelabhaye Farance war Russiye, Die islamische Revolution im Vergleich mit den französischen und russischen Revolutionen, Teheran.

WAHDAT-HAGH, W. L. (2003): Die Islamische Republik Iran, Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus, Konfrontation und Kooperation im Vorderen Orient, Band 10, Münster.

www.w-akten.de/themaderwoche/25-jahre-revolution-im-iran.phtml (Zugriff am 08.04.05).

Copyrighted material

2 Potenziale und Entwicklungshemmnisse der Iranischen Wirtschaft

Joscha Graff, Max Grömping

2.1 Einleitung

Irans Wirtschaft hat das Potential eine starke Volkswirtschaft zu entwickeln, die in der Lage ist, mit ‚entwickelten' Volkswirtschaften von anderen Golfstaaten der Region wie Saudi Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten zu konkurrieren. Irans größtes Potential liegt in den mächtigen Reserven fossiler Energieträger, namentlich in den Erdöl- und Erdgasvorkommen. Darüber hinaus gilt Irans geopolitische Lage als vorteilhaft mit Zugängen zum Kaspischen Meer und zum Persischen Golf. Ferner verfügt Iran über eine große Anzahl junger und gut ausgebildeter Fachkräfte. In den letzten Dekaden konnte sich der Iran dieses Potential nur teilweise zu Nutze machen. Innen- und außenpolitische Krisen und eine chronische Reformunfähigkeit, die sich in einer ineffizienten Redistribution der aus den Erdöleinkommen erzielten Renten manifestiert, sind die Hauptgründe für das Ausbleiben eines nachhaltigen Entwicklungs- und Modernisierungsschubs.

Im Folgenden sollen nun die Struktur und die Entwicklung der iranischen Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt vorhandener aber ungenutzter Potenziale diskutiert werden: Der erste Teil gibt einen Überblick über die Struktur und das wirtschaftspolitische System der iranischen Wirtschaft. Im zweiten Teil wird das theoretische Konzept des Rentierstaates auf den Iran angewandt, um eine Erklärung dafür zu finden, dass der Iran es trotz günstiger wirtschaftsstruktureller Ausgangslage bislang nicht vermochte, die wirtschaftlichen Probleme effizient zu bekämpfen.

2.2 System, Struktur und aktuelle Lage der iranischen Wirtschaft

2.2.1 Das Wirtschaftssystem Irans

Irans Wirtschaftsordnung stellt eine Mischform von staatlich gelenkter Planwirtschaft und kapitalistischer Marktwirtschaft westlicher Prägung dar. KOOROSHY (1990, S. 27) bezeichnet diese Wirtschaftsordnung als „Marktwirtschaft mit Markteingriffen, Produktions- und Konsumlenkung und Preisregulierung".

Nach Meinung schiitischer Rechtsgelehrter beruht das Wirtschaftssystem Irans auf der ‚islamischen Wirtschaftsordnung', welche nach den drei Prinzipien ‚soziale Gerechtigkeit', ‚begrenzte wirtschaftliche Freiheit' und ‚gemischtes Eigentum' (Einteilung nach Sadr in KOOROSHY 1990, S. 52) gegliedert ist. Aus diesen Prinzipien ergibt sich ein Verantwortungsbewusstsein des Staates gegenüber sozial schlechter Gestellten. Der Staat besitzt teilweise Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und entscheidet zugleich über die Bereitstellung von Kapital und Investitionen. Irans Wirtschaft ist folglich durch eine Kombination von Privatsektor, verstaatlichten Unternehmen sowie einem bedeutenden Genossenschaftswesen gekennzeichnet. Daneben spielen auch Stiftungen eine wirtschaftlich bedeutsame Rolle.

Copyrighted material

2.2.1.1 Der Staatssektor

Seit der Revolution im Jahr 1979 nimmt der Staat eine bedeutende Rolle in der Wirtschaft des Landes ein. Im Zuge der islamischen Revolution wurden ungefähr 1000 industrielle Großbetriebe, private Banken und Versicherungen verstaatlicht (KOOROSHY 1990, S. 130). Viele dieser Unternehmen gehörten teilweise der Schahfamilie, teilweise handelte es sich um multinationale und ausländische Unternehmen. Die staatliche Kontrolle bezieht sich vor allem auf die Bereiche Erdöl und Erdgas sowie die Petrochemie. Aber auch die Maschinenbauindustrie, die Metallverarbeitung und Rüstungsindustrie sowie die Sektoren Energieversorgung, Banken, Versicherungen und Verkehr werden vorwiegend staatlich kontrolliert. Nach Schätzungen werden 60 % der iranischen Volkswirtschaft direkt vom Staat kontrolliert, weitere 10-20 % über semistaatliche Institutionen. Damit ist der Staat gleichfalls der größte Arbeitgeber des Landes. Planwirtschaftliche Strukturen schlagen sich auch in der Preisbildung nieder, da ein großer Teil der Preise durch staatliche Festpreise reguliert wird, die sich einem marktwirtschaftlichen Angebots- und Nachfragemechanismus entziehen. Dazu zählen insbesondere die Preise von Grundnahrungsmitteln und Brennstoffen (Benzin). Der staatliche Sektor gilt als starr, ineffizient und überbesetzt und wird als ein großes Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung gesehen (SCHÄFER/JOSEPH 2004, S. 1, KOOROSHY 1996, S. 202 f.).

2.2.1.2 Der privatwirtschaftliche Sektor

Der privatwirtschaftliche Sektor lässt sich in einen traditionellen und in einen modernen Subsektor einteilen. Der traditionelle Subsektor setzt sich aus einer Vielzahl von Kleinhändlern, Handwerkern, Landwirten, Teppichknüpfern und anderen Dienstleistern zusammen. Zum modernen Subsektor zählen vorwiegend mittelgroße und große industrielle und agrarindustrielle Betriebe. Darüber hinaus umfasst der moderne Sektor Dienstleistungsunternehmen im Bereich des Handels (KOOROSHY 1990, S. 163 f.). Dem privatwirtschaftlichen Sektor kommt eine besondere wirtschaftliche Bedeutung zu, da sein Investitionsvolumen groß ist und der Beitrag zum BIP durch Liberalisierungsmaßnahmen ständig ansteigt.

2.2.1.3 Das Genossenschaftswesen

Der Genossenschaftssektor ist im Iran als Gegengewicht zum staatlichen und privatwirtschaftlichen Sektor ausgeprägt (KOOROSHY 1990, S. 154). Genossenschaftsorganisationen gibt es im Iran in unterschiedlichen Sektoren, vor allem aber in der Landwirtschaft. Ländliche Kooperativen organisieren den Absatz und die Vermarktung von Agrarprodukten sowie die Beschaffung von Finanz- und Sachkapital (Kredite, Maschinen, Saatgut, Dünger) (Statistisches Bundesamt 1992). Darüber hinaus regeln sie die Vergabe und Verteilung von Konsumgütern und den Ankauf von Überschüssen. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften unterstehen dem Landwirtschaftsministerium.

2.2.2 Die Aktuelle wirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung Irans zeichnete sich während der letzten drei Jahrzehnte durch einen ständigen Wechsel von Aufschwung, Krise und Niedergang aus. Diese Zyklen korrespondieren zeitlich mit politisch bedeutsamen Ereignissen wie der islami-

Copyrighted material

schen Revolution, der Absetzung des Schahs, dem Irak-Iran-Krieg in den 1980er Jahren sowie mit Jahren der Rekonstruktion und Stabilisierung (vgl. KOOROSHY 1996, S. 190 ff.).

Gegen Ende des Irak-Iran-Krieges (1980-1988) lag die iranische Wirtschaft am Boden. Unsicherheit und immer wiederkehrende Umbrüche und Schocks führten zu Desinvestitionen des privaten Sektors. Der öffentliche Sektor war aufgebläht und ineffizient. Die Einnahmen aus der Erdölproduktion unterlagen starken Schwankungen. Das gewachsene Budgetdefizit musste komplett von der Zentralbank refinanziert werden, da eine Auslandsverschuldung aufgrund des Handelsembargos unmöglich war. Dies bildete die Ausgangslage für einen Wandel in der iranischen Wirtschaftspolitik und die Implementierung qualitativ und quantitativ definierter makroökonomischer Ziele in den Fünfjahresplänen (1989/1990 bis 1993/1994, 1994/1995 bis 1999/2000, 1999/2000 bis 2004/2005) (vgl. GHASIMI 1992).

2.2.2.1 Makroökonomische Kennzahlen

Obwohl die iranische Wirtschaft mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen hat, zeigen die makroökonomischen Wirtschaftsindikatoren für die letzten Jahre positive Anzeichen (vgl. Tab. 2-1). Grund dafür sind insbesondere die hohen Ölpreise. Nach dem Einbruch des Wirtschaftswachstums gegen Ende der 1990er Jahre aufgrund niedriger Ölpreise, geringer Ölexporte, sowie dem Einbruch in der Landwirtschaft infolge einer Dürreperiode, scheint sich die Wirtschaft seit der Implementierung des dritten Fünfjahresplanes wieder zu erholen. Das Wirtschaftswachstum persisierte in den letzten zwei Jahren über der 6 % Marke. Die Inflationsrate (auf Verbraucherpreisbasis - CPI) fiel seit dem Jahr 1999 von 20,1 % auf 11,4 % im Jahr 2001/2002, stieg jedoch aufgrund starker Binnennachfrage, hoher anhaltender Liquiditätszuflüsse und des relativ starren Wechselkursregimes wieder auf 15,6 % im Jahr 2003/04. Auf ähnlich hohem Niveau befindet sich die Arbeitslosenquote, die seit der Implementierung des jüngsten Fünfjahresplanes nicht entscheidend gesenkt werden konnte (IMF 2003, IMF 2004, S. 3).

Tab. 2-1: Makroökonomische Indikatoren für die Jahre 1999–2004

Indikatoren	1999/2000	2000/2001	2001/2002	2002/2003	2003/2004 (vorläufig)
Wachstum des realen BIP zu Faktorkosten in %	1,6	5,0	3,3	7,4	6,7
Inflation (CPI) in %	20,1	12,6	11,4	15,8	15,6
Arbeitslosenquote in %	13,4	14,1	14,7	12,2	11,2
Haushaltsdefizit in % des BIP	-0,6	8,7	1,8	-2,4	-0.2
Zahlungsbilanz in % des BIP	6,6	12,5	6.0	3.6	2.1
Wechselkurs (in Rials pro US $, Jahresdurchschnitt)	7.908	8.078	7.921	7.967	8.282

Quelle: IMF 2004, S. 3.

Copyrighted material

2.2.2.2 Arbeitslosigkeit

Der übersättigte Arbeitsmarkt Irans ist eine Folge des explosionsartigen Bevölkerungswachstums in der postrevolutionären Phase. Obwohl die Bevölkerungswachstumsrate in der letzten Dekade stark gesunken ist (lediglich 1,7 % Wachstum im Jahr 2002/03) (CBI 1381, S. 13), kommen nun, rund 20 Jahre nach der Revolution, die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt, der nicht ausreichend Arbeitsplätze bietet (vgl. SCHÄFER/JOSEPH 2004, S. 3). Die Arbeitslosenquote liegt nach offiziellen Angaben bei 11,2 % (IMF 2004, S. 3). Inoffizielle Schätzungen gehen jedoch von 30-40 % aus. Mittlerweile treten jährlich 1,8 Mio. Menschen ins Erwachsenenalter ein. Verstärkt sich das Missverhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, so sind weitere starke soziale Verwerfungen und Spannungen absehbar. Um der sozialen Polarisierung entgegenzuwirken, hat die iranische Regierung das Thema Arbeitslosigkeit zur Chefsache erklärt. Aus diesem Grund fördert der Staat auch die Nicht-Öl-Exporte, da der Erdölsektor zwar hohe Erlöse, jedoch nur geringe Beschäftigungszuwächse verspricht. In den Sektoren Erdöl-, Erdgas und in der Petrochemie arbeiten lediglich 120.000 Personen (The Economist/US, 18. Januar 2003). Die iranische Regierung ist darüber hinaus mit dem Dilemma konfrontiert, einerseits die dringend nötigen strukturellen Reformen und insbesondere die Privatisierung von Staatsbetrieben voranzutreiben, andererseits damit einen Stellenabbau in Kauf zu bewirken.

2.2.2.3 Liberalisierung und Privatisierung

Präsident Chatami knüpfte seit seinem Amtsantritt im Jahr 1997 an die Reformpläne seines Vorgängers Rafsanjani an. Ihm gelang es jedoch nur teilweise, die Liberalisierung und Privatisierung des starren Staatssektors voranzutreiben. Die Fraktion der islamischen Fundamentalisten und die radikalen Geistlichen widersetzen sich vielen Reformvorhaben. Nichtsdestoweniger vollzieht sich die wirtschaftliche Liberalisierung kontinuierlich, wenn auch sehr langsam. Privatisierungsvorhaben wurden vor allem im petrochemischen Sektor und in der Kommunikationsindustrie vorangetrieben. Um ausländisches Kapital anzulocken, toleriert das Regime ausländische Direktinvestitionen (ADI's) in Form von Joint Ventures und Investitionen multinationaler Unternehmen (vgl. The Middle East, Dezember 2002). Darüber hinaus wurden so genannte Offshore-Freihandelszonen für ausländische Unternehmen eingerichtet. Auslandsinvestitionen bleiben aufgrund der unsicheren politischen Lage verhalten. Die meisten ADI's wurden in der chemischen Industrie, der Automobilproduktion und im Bau- und Hotelgewerbe getätigt (ebd.) Aufgrund der ständigen Gefahr der Verstaatlichung bleiben ADI's verhalten. Ein Beitritt in die WTO würde dem iranischen Außenhandel sicherlich einen deutlichen Aufschwung verleihen. Kurzfristig erscheint dies allerdings unrealistisch, da sich insbesondere die USA mehrfach gegen einen Beitritt ausgesprochen haben.

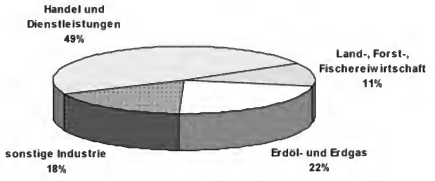
2.2.3 Die Wirtschaftsstruktur Irans

Das BIP zu Marktpreisen lag im Haushaltsjahr 1381 (2002/2003) nach Angaben der iranischen Zentralbank bei 927.677 Mrd. Rials. Im internationalen Vergleich liegt Irans Wirtschaftskraft gemessen am BIP pro Kopf in Kaufkraftparitäten mit 7.000 US $ pro Kopf auf gleicher Höhe mit Rumänien, jedoch deutlich hinter den anderen Erdöl exportierenden Staaten des Nahen Ostens, wie beispielsweise den Vereinigten Arabischen Emiraten

Copyrighted material

(23.200 US $), Oman (13.100 US $) oder Saudi Arabien (11.800 US $) (CIA: The World Factbook, Zahlen sind für 2004 geschätzt).
Der Beitrag einzelner Wirtschaftssektoren zum BIP zeigt, dass der Dienstleistungssektor im Iran, anders als im Falle vieler Entwicklungs- und Schwellenländer, mit 50 % einen relativ hohen Stellenwert einnimmt. Auch der Öl- und Gassektor, der ausschließlich vom Staat reguliert wird, ist mit 12 % von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaft. Nichtsdestoweniger ist der Anteil dieses Sektors am BIP von 30-40 % in den 1970er Jahren auf inzwischen 20 % gesunken. Im selben Zuge kam es zu einer zunehmenden Diversifizierung der Wirtschaft. Der Öl- und Gassektor ist nach wie vor der größte Devisenbringer des Landes. Das restliche produzierende Gewerbe (Industrie) und der primäre Sektor tragen nur zu 18 % bzw. 11 % des BIP bei (Abb. 2-1).

Abb. 2-1: Zusammensetzung des BIP (in Marktpreisen) nach Wirtschaftssektoren für das Jahr 2003/2004



Quelle: Eigene Berechnungen nach CBI 1382, S. 30.

2.2.3.1 Die Landwirtschaft

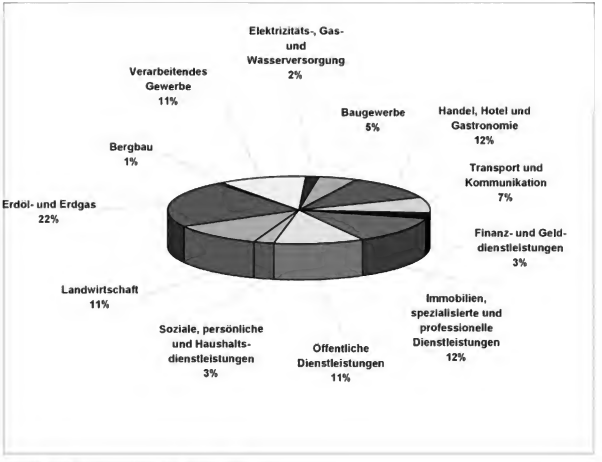
Obwohl mehr als die Hälfte der iranischen Bevölkerung indirekt oder direkt von der Landwirtschaft lebt, ist der Beitrag dieses Sektors zum BIP relativ gering. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind durch eine staatlich stark regulierte Preispolitik festgelegt. Dem Sektor fehlen weiterhin Investitionen und eine tiefgreifende Mechanisierung, um weitere Modernisierungsschübe einzuleiten. Lediglich staatlich geführte oder von Genossenschaften verwaltete Großbetriebe verfügen über eine effiziente Nutzung von Maschinen. Viele Kleinbauern haben keine ausreichenden finanziellen Mittel, um Maschinen und Handelsdünger anzuschaffen. Überdies sind die Betriebsflächen aufgrund der im Iran traditionell praktizierten Realerbteilung stark parzelliert, so dass ein Maschineneinsatz kaum möglich ist. Aufgrund der geringen Produktivität müssen Agrarerzeugnisse und Nahrungsmittel importiert werden, um den gesteigerten heimischen Bedarf

Copyrighted material

zu decken. Die Steigerung der internen Nachfrage, eine technische wie organisatorische Rückständigkeit in der Landwirtschaft sowie landwirtschaftliche Dürren sind für Engpässe der nationalen Versorgung verantwortlich (EHLERS 1980, S. 225 f.).

Hauptanbauprodukte der Landwirtschaft im Iran sind nach Größe der Anbaufläche Weizen, Gerste und Hülsenfrüchte. Große Erntemengen wurden im Jahr 2002/03 auch bei Zuckerrohr und Kartoffeln erzielt (CBI 1382, S. 34). Iran ist auch der weltweit führende Produzent von höherwertigen Pistazien.

Abb. 2-2: Zusammensetzung des BIP (in Marktpreisen) nach Wirtschaftssektoren für das Jahr 2003/2004



Quelle: Eigene Berechnungen nach CBI 1382, S. 30.

2.2.3.2 Das Produzierende Gewerbe

Das Produzierende Gewerbe umfasst die Energie- und Wasserwirtschaft, den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, sowie das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe. Der Anteil dieses Sektors am Bruttoinlandsprodukt ohne den Öl- und Gassektor liegt seit mehreren Jahren bei ca. 20 % des BIP (CBI 1382, S. 30).
Obwohl sich der Anteil der Öl- und Gasproduktion am BIP in den letzten Dekaden verringert hat, ist dieser Sektor immer noch von größter Bedeutung.
Mit einem Anteil von 92 % der Betriebe mit zehn oder mehr Beschäftigten ist das Verarbeitende Gewerbe privatwirtschaftlich dominiert (2000/2001). Der vergleichsweise geringe Beitrag dieses Sektors zum BIP ist auf die betriebliche Struktur und die Dominanz

Copyrighted material

von kleinen Familienbetrieben sowie auf vorwiegend traditionelle Wirtschaftsaktivitäten zurückzuführen (EHLERS 1980, S. 295). Von besonderer Bedeutung für den Beitrag zur Bruttowertschöpfung sind Großbetriebe in den Bereichen Textilindustrie, chemische Industrie, Ernährungsindustrie, metallverarbeitende Industrie und die Produktion von Fahrzeugen. Im Iran werden u. a. Modelle von Peugeot, Kia und die iranische Marke Peykan gebaut. Der Qualitätsstandard der Fahrzeuge liegt allerdings unter dem des Weltmarktes und die Preise liegen bedingt durch staatliche Regulierungen über dem Weltmarktniveau.

2.2.3.3 Handel, Verkehr und weitere Dienstleistungen

Einen besonders starken Anteil am tertiären Sektor haben professionelle und spezialisierte Dienstleistungen und Immobilien, Handel und Gastronomie sowie Verkehrs- und Kommunikationsdienstleistungen. Telekommunikation und Tourismus wuchsen in den letzten Jahren besonders stark. Aufgrund zunehmender Privatisierung zeichnet sich ein neuer Wachstumssektor im Bankengewerbe ab. Iran besitzt momentan eine vollständig privatisierte Bank, die Karafarin Bank. Der Zins für Kredite liegt durchschnittlich 3,5 Prozentpunkte unterhalb der staatlichen Banken (SCHÄFER/JOSEPH 2004, S. 4). Drei weitere Banken sind teilprivatisiert. Es dominiert weiterhin ein übermäßiges Angebot an öffentlichen Dienstleistungen.

2.2.4 Außenhandel

Hauptexportprodukt Irans ist nach wie vor das Erdöl. Im Haushaltsjahr 2002/03 beliefen sich die Erdöl- und Erdgasexporteinnahmen Irans auf 22,8 Mrd. US $, was einem Anteil von 80,1 % der Exporteinnahmen entspricht (CBI 1381). Steigende Deviseneinnahmen durch Erdölexporte sind im Iran jedoch nicht mit steigenden Importen von Investitionsgütern gleichzusetzen, die der Iran dringend nötig hätte, um veraltete Produktionsanlagen zu ersetzen. Grund dafür ist die restriktive Politik der iranischen Regierung, die seit der Zahlungsbilanzkrise von 1993/94 einem unkontrollierten Anstieg der Importe entgegenzuwirken versucht. Strikte Kapitalverkehrskontrollen und starke Interventionen seitens der Zentralbank zur Stützung des Wechselkurses verhindern eine freie Konvertibilität des Rials (SCHÄFER/JOSEPH 2004). Der Anteil der Nicht-Öl- und Nicht-Ergas-Produkte an den Exporten ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich angestiegen. Tab. 2-2 gibt einen Überblick über die Hauptexportprodukte dieser Kategorie.

Tab. 2-2: Hauptexportprodukte Irans im Haushaltsjahr 2003/2004 ohne Erdöl- und Erdgas und Elektrizität

Produkt	Exporterlös (Mio. US $)
Chemische und petrochemische Produkte	1388,9
Teppiche	573,3
Pistazien	803,2
Eisen und Stahl	318,4
Textilien	208,1

Quelle: CBI 1382, S. 63.

Copyrighted material

2.3 Der Iran als Rentierstaat

Wie lässt sich erklären, dass der Iran trotz seines enormen Ölreichtums, sonstiger natürlicher Ressourcen und einer großen Anzahl gut ausgebildeter Arbeitskräfte unter den beschriebenen Problemen leidet und seine Wirtschaft stagniert?
Einen Erklärungsansatz bietet das Konzept des Rentierstaates, laut dem eben dieser Ölreichtum einer der Hauptgründe für Misswirtschaft und lahmende wirtschaftliche Entwicklung ist. Der Iran gilt beinahe schon als klassisches Beispiel einer Rentenökonomie. Bereits MAHDAVY (1970) legte dies dar. BOBEK (1974) führte seine Überlegungen zum Rentenkapitalismus und zu den Entwicklungsstufen der Menschheit ebenfalls am Beispiel dieses Landes aus, und der Beitrag des Konzeptes zur Erklärung der wirtschaftlichen Misere des Irans hat nicht abgenommen.

2.3.1 Rentierstaatliche Merkmale des Iran

Als gemeinsame Merkmale so genannter Rentierstaaten lassen sich vor allem zwei Kennzeichen nennen:
- Ein Rentierstaat verfügt in erheblichem Umfang über regelmäßig von außen einströmende Renteneinkommen und
- diese Einnahmen fließen direkt dem Staat als zentrale Rentenaneignungsinstanz zu (vgl. MAHDAVY 1974, SCHMID 1991).

Renteneinkommen sind dabei Einnahmen, die „auch ohne Einsatz von Produktionsfaktoren oder ohne direkte Gegenleistung appropriiert werden und deshalb zur freien Verfügung stehen" (SCHMID 1991, S. 78). Die Voraussetzungen für eine solche Art von Einkommen sind stets eingeschränkte Konkurrenzbedingungen, was in der Regel bedeutet, dass wenige Akteure über die Quellen des Renteneinkommens verfügen und diese nicht frei handelbar sind. Beispiele hierfür sind Renten, die aus der Inwertsetzung von geographischer Lage (z.B. Tourismusrente, Kontrolle über strategisch wichtige Kanaldurchfahrten), Status (Entwicklungshilfenrente) oder eben Rohstoffen entstehen (vgl. BRUNOTTE et al. 2002, S. 157).

Von internationaler Rente wird gesprochen, wenn aufgrund des Vorhandenseins von Rohstoffen, niedrigen Löhnen, niedrigen Umweltstandards o. ä. Wertschöpfungsmöglichkeiten in einem Land entstehen, die unter Konkurrenzbedingungen nicht vorhanden wären. Diese Art der Rente existiert seit der Verfestigung der internationalen Arbeitsteilung und lässt sich auf die grundsätzliche struktureller Heterogenität zwischen den einzelnen Staaten zurückführen.

Die externen Renteneinnahmen werden von der staatlichen Bürokratie zentral angeeignet und hauptsächlich zur Selbstprivilegierung und zur Sicherung des Machterhaltes eingesetzt. Die Rentendistribution nach politischen Gesichtspunkten dient der Staatsklasse als Mittel zur Herstellung von Legitimität gegenüber ihrer Klientel.

Im Verlauf der Studienreise fanden sich immer wieder Hinweise auf die hohe Relevanz dieses Konzeptes als Erklärung für Entwicklungsblockaden und wirtschaftliche Stagnation im Iran.

Copyrighted material

Wie bereits dargelegt, verfügt der Iran zweifellos „in erheblichem Umfang" über von außen einströmende Einkommen in Form der Erdölrente. Die Erdölexporte machen 82 % der Deviseneinnahmen des Landes aus (BERIÉ et al. 2004), welche in ihrer Gesamtheit als internationale Rente anzusehen sind.

Des Weiteren ist der iranische Staat als Monopolist im Erdölsektor die alleinige Renteneaneignungsinstanz. Eingeschränkte marktwirtschaftliche Konkurrenzbedingungen finden sich also im Iran sehr offensichtlich wieder, da der Staat alle Wirtschaftssektoren in einem Maße dominiert, wie sonst nur in rein planwirtschaftlichen Ökonomien, und als peripherer Staat Strukturen und Instrumente entwickelt, um die internationale Rente als Einnahme zu sichern.
Durch das Öleinkommen ist er relativ unabhängig von seiner binnenwirtschaftlichen Basis, da er sich nicht aus Steuern finanzieren muss. Stattdessen bilden die Öleinkünfte die wirtschaftliche Grundlage des Staates. Dabei sind die eigentlichen Nutznießer der Renteneaneignung in erster Linie Bürokratie oder Staatsclique. Die bedeutende Rolle des Familienverbandes in der Wirtschaft des Landes lässt erahnen, dass diese Selbstprivilegierung durchaus äußerst personenbezogen abläuft und eine dünne staatstragende Schicht aus Rentiers perpetuiert. Daher nannte GREUSSING (1980) den Iran schon vor 25 Jahren eine „bürokratisch-kapitalistische Plutokratie", was verdeutlicht, dass diese Struktur bereits vor der islamischen Revolution prägend für das Land war. Die zentralistisch-bürokratische Herrschaftstradition dieses Landes erleichterte wie in anderen Staaten der Region die Eingliederung in das internationale Wirtschaftssystem als Rohstofflieferant, während sie nach innen von Anfang an nach rentenkapitalistischer Manier die Anhäufung des Besitzes an produktivem Grund und Boden sowie Rohstoffen in einer Hand begünstigte. Hier schließt sich die Lücke zu BOBEKs Ausführungen (vgl. BOBEK 1974), der die rentenkapitalistischen Stadt-Umland-Beziehungen für wirtschaftliche Stagnation im Iran sowie im gesamten Mittleren Osten verantwortlich macht. Die bereits vorhandene Rentierstaatlichkeit wurde „durch den Siegeszug der internationalen Öl-Rente in bislang noch nie gekannter Weise akzentuiert" (SCHMID 1991, S. 92).

2.3.2 Wirtschaftliche Stagnation und Abkopplung der politischen Elite

Das dominierende Merkmal der iranischen Wirtschaft ist die „Rent-Seeking-Mentalität". Für die Wirtschaftssubjekte haben solche Aktivitäten, die auf den Erwerb von und den Zugang zu Renteneinkommen abzielen, einen höheren Nutzen als solche, die auf „Profit-Seeking" ausgerichtet sind. So entsteht eine Konkurrenz um präferentiellen Rentenzugang.
Der überwiegende Teil der Wirtschaft ist in der einen oder anderen Weise von den Einkommen aus dem Ölsektor abhängig. Zum einen werden nahezu alle öffentlichen Investitionen letztlich aus den Öleinkünften bezahlt. Bei der herausragenden Rolle des Staates als wirtschaftlicher Akteur ist somit bereits ein großer Teil des Wirtschaftslebens von den Renteneinkommen betroffen. Eine bevorzugte Behandlung durch die Verteilungsbürokratie wird wichtiger als Innovation und Effizienz, weswegen Ressourcen eher für „Rent-Seeking" als für andere Aktivitäten aufgewendet werden. Zum anderen stammen natürlich die Gehälter von Staatsbediensteten und den Angestellten staatlicher Betriebe (wie oben erwähnt 60-80 % aller Betriebe) ebenfalls aus den Öleinkünften, so dass die Kaufkraft im Wesentlichen eine Funktion der Rentenumverteilung ist.

Copyrighted material

Neben der extremen Abhängigkeit der gesamten Wirtschaft von der Renten generierenden Ressource Öl ist wirtschaftliche Stagnation ein Hauptresultat einer solchen Rentenökonomie, denn belohnt werden nicht effiziente und innovative Produktionsmethoden, sondern die Fähigkeit, über Kontakte und Korruption Zugang zu staatlichen Investitionen und somit zu Renteneinkommen zu erhalten.

Das wirtschaftliche Wachstum des Irans ist in einem hohen Maß abgekoppelt von der binnenökonomischen Entwicklung sowie von gesellschaftlicher Arbeit und wird im Wesentlichen durch den Ölpreis auf den Weltmärkten bestimmt. Obwohl die Renteneinkommen objektiv die Möglichkeit zur Diversifizierung der Wirtschaft bieten, geschieht dies kaum. Stattdessen werden sie hauptsächlich für Reinvestitionen in den Ölsektor aufgewendet oder nach politischen Gesichtspunkten weiter verteilt. Aus diesem Grund wird häufig von einem autodestruktiven „Verhaltensparadox des Rentier-Staates" gesprochen, da ein solcher Staat stets verleitet ist, kurzfristigen Machterhaltungsinteressen den Vorzug vor langfristigen Gestaltungsverpflichtungen zu geben" (SCHMID 1991, S. 96).

Somit enthalten die Öleinkünfte auch eine wichtige politische Dimension, die den Rentierstaat Iran entscheidend prägen.

Die Rentenallokation folgt nicht wirtschaftlichen Kriterien, sondern dient der politischen Elite zur Legitimationssicherung und ist gleichzeitig ein Mittel der Machtausübung. Denn die Ölrente wird nicht nur zur Selbstprivilegierung der Staatsklasse eingesetzt, sondern auch, um Entwicklungspläne durchzusetzen und das Land in eine den Rentiers genehme Richtung zu lenken. Ein Beispiel für eine solche politisch motivierte Verwendung von Ölgeldern ist ein von uns besuchtes Stahlwerk bei Isfahan, welches aus raumplanerischen Gründen in einer weder erz- noch kohlereichen Region etabliert wurde, um dort Schwerindustrie aufzubauen. Aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten ist der Standort dieses Werkes falsch gewählt, aber es schafft zum einen Arbeitsplätze und damit Legitimität für die Renten verteilende Instanz (die Regierung). Zum anderen wurden politische Entwicklungsziele wie die Förderung bestimmter Regionen und die Steuerung von Migrantenbewegungen durch die Standortwahl verfolgt.

Die Redistribution der Rente nach politischen Gesichtspunkten hat letztlich zur Folge, dass Wirtschaft und Gesellschaft in einer Hierarchie des Rentenzugangs organisiert sind. Es existieren verschiedene Ebenen direkter und indirekter Rentenprofiteure, doch letztlich sind bis auf den informellen Sektor alle Bereiche der Wirtschaft unmittelbar betroffen.

Aus diesem Grunde kann die soziale Schichtung des Iran als Funktion der relativen Abhängigkeit von der staatlichen Rentenverteilung interpretiert werden, wobei die unterste Schicht im informellen Sektor kaum von den Öleinkünften profitiert. Die direkten Rentiers dagegen rekrutieren sich aus den wenigen Familien, die politische Ämter und wirtschaftliche Schlüsselpositionen besetzt halten. Es gibt keine Trennung zwischen politischer Herrschaft und ökonomisch herrschender Klasse, weswegen die Gefahr der Verselbständigung der politischen Klasse besteht. Da sich deren Renteneinkommen aus Deviseneinnahmen durch Ölexporte speist, gibt es kaum eine Bindung an die gesellschaftliche und binnenwirtschaftliche Basis. Die schlechte Lage der Wirtschaft und die hohe Arbeitslosigkeit im Iran tangieren die Regierung daher nur eingeschränkt und es kann von einer Abkopplung der politischen Elite gesprochen werden.

Copyrighted material

2.4 Ausblick

Zusammenfassend kann man konstatieren, dass der Iran über große wirtschaftliche Potenziale verfügt, die bei der derzeitigen Lage und unter dem aktuellen wirtschaftspolitischen Regime nur zu einem geringen Ausmaß genutzt werden (können). Zu den wichtigsten Aufgaben der Politik gehört die Schaffung von Arbeitplätzen, um eine zunehmende Verarmung der jungen Bevölkerungsschichten zu verhindern. Dies impliziert gleichermaßen eine weitere Diversifizierung der Wirtschaft, da der Erdölsektor zwar kapital-, aber nicht arbeitsintensiv ist. Die große Abhängigkeit vom Erdöl birgt auch ein ständiges Rezessionsrisiko bei einem möglichen Verfall des Erdölpreises. Aufgrund der mangelnden internationalen Konkurrenzfähigkeit vieler wirtschaftlicher Sektoren wird der Erdölsektor allerdings auch zukünftig als Haupt-Devisenbringer fungieren. Damit wird die Abhängigkeit vom Öl trotz zunehmender Diversifizierung der Wirtschaft mittelfristig bestehen bleiben.
Einen abrupten Regimewechsel wird es im Iran auf absehbare Zeit nicht geben. Der Machterhalt als erstrangiges Ziel der Funktionseliten zementiert nach wie vor den Rentierstaat. Es bleibt abzuwarten, ob der Iran den von Chatami initiierten Kurs einer langsamen und behutsamen Deregulierung und Liberalisierung der Wirtschaft fortsetzen wird. Private Investitionen sind bei der derzeitigen Lage eine *conditio sine qua non* für Innovation, technischen Fortschritt und Modernisierung.

Literatur

BERIÉ, E. et al. (2004): Fischer Weltalmanach Länderatlas 2004. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt a. M.

BOBEK, H. (1974): Zum Konzept des Rentenkapitalismus. In: Tijdschrift voor economische en sociale Geografie, Bd.65/Nr. 2: 73-78.

BRUNOTTE, E./ GEBHARDT, H. et al. (Hrsg.) (2002): Lexikon der Geographie. Spektrum Akademischer Verlag, Berlin.

Central Bank of the Islamic Republic of Iran (CBI) (1382): Annual Review 1382 (2003/04). http://www.cbi.ir, abgerufen am 20.12. 2004.

Central Bank of the Islamic Republic of Iran (CBI) (1381): Annual Review 1381 (2001/02). http://www.cbi.ir, abgerufen am 05.07.2004.

Central Intelligence Agency (CIA). The World Factbook. http://www.cia.gov/cia/publications/factbook/geos/ir.html, abgerufen am 05.07.2004.

EHLERS, E. (1980): Iran: Grundzüge einer geographischen Landeskunde (=Wissenschaftliche Länderkunde, Bd. 18). Darmstadt.

GHASIMI, M. R. (1992): The Iranian Economy After the Revolution: An Economic Appraisal of the Five-Year Plan. International Journal of Middle East Studies, Vol. 24, No. 4. Pp. 599-614.

GREUSSING, K. (1980): Iran – Polizeistaatskapitalismus, Marginalisierung und islamische Revolution. In: NAMEH, M. (1980): Jahrbuch zur Geschichte der Gesellschaft des Mittleren Orients. Frankfurt. 46-76.

Copyrighted material

International Monetary Fund (IMF) (2003): IMF Concludes 2003 Article IV Consultation With the Islamic Republic of Iran. Public Information Notice (PIN) No. 03/109 September 5, 2003. http://www.imf.org/external/np/sec/pn/2003/pn03109.htm, abgerufen am 5.7. 2004.

International Monetary Fund (IMF) (2004): Islamic Republic of Iran - Statistical Appendix = Country Report No. 04/307.

KOOROSHY, J. (1990): Wirtschaftsordnung der Islamischen Republik Iran. Anspruch und Wirklichkeit. Deutsches Orient Institut. Hamburg.

KOOROSHY, J. (1996): Ökonomischer Transformationsprozess in der Islamischen Republik Iran. Wirtschaftsentwicklung seit 1989. *Orient Band 37, Heft Nr. 2.* Pp. 281-296.

MAHDAVY, H. (1970): The Patterns and Problems of Economic Development in Rentier States: The case of Iran. In: COOK, M. A. (Hrsg.) (1970): Studies in Economic History of the Middle East. New York, Toronto. S. 428-467.

SCHÄFER, R./JOSEPH, G. (2004): Iran. Zunehmende Integration in die Weltwirtschaft. Working Paper No. 4. 29.01.2004. Economic Research Allianz Group. Dresdner Bank.

SCHMID, C. (1991): Das Konzept des Rentier-Staates. Ein sozialwissenschaftliches Paradigma zur Analyse von Entwicklungsgesellschaften und seine Bedeutung für den Vorderen Orient. Münster.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1992): Länderbericht Iran 1992. Wiesbaden.

The Economist (US). January 18th 2003. Stunted and Distorted; A Distorted Economy. (Iran's Economy and Economic Policy).

The Middle East. December 2002, 48(4). Neil Ford: A Difficult Birth: The Liberalisation of the Iranian Economy.

Copyrighted material

3 Die Bevölkerungsentwicklung im Iran

Katja Hein

Die Islamische Republik Iran hat sich neben ihren wirtschaftlichen, außenpolitischen und physisch-geographischen Herausforderungen auch einer „inneren" Problematik zu stellen, die wiederum Auswirkungen auf das gesamte System haben kann.

Die Bevölkerung im Iran hat sich in dem Zeitraum zwischen 1970 und 2000 mehr als verdoppelt. Bewahrheiten sich die Prognosen für das Jahr 2025, bei denen von Werten um die 90 Millionen (Statistisches Bundesamt 2004, S. 213) ausgegangen wird, steht der Islamischen Republik ein nochmaliges enormes Bevölkerungswachstum in relativ kurzer Zeit bevor.

Die nachfolgende Darstellung soll die rasante Zunahme noch einmal verdeutlichen.

Tab. 3-1: Bevölkerungsentwicklung seit 1970

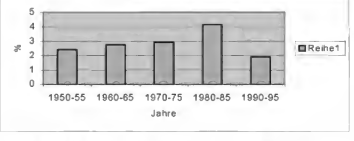
Jahr	1970	1980	1990	2000	Prognose 2025
Mio. Ew.	28,8	39,3	56,7	66,4	90,9

Quelle: Statistisches Bundesamt 2004, S. 213.

Die letzte Volkszählung im Iran war im Jahr 1996. Zu diesem Zeitpunkt lebten 60,1 Million Menschen in der Islamischen Republik. Alle folgenden Bevölkerungsangaben wurden fortgeschrieben beziehungsweise geschätzt. Laut Statistischem Jahrbuch für das Ausland 2004 (S. 201) beträgt die aktuelle Bevölkerungszahl 69.788.000 Millionen Einwohner. In acht Jahren nahm die Bevölkerung somit um weitere 10 Millionen zu.

Die jährliche Wachstumsrate ist mittlerweile auf 1,24 % gesunken. Wie aus Abb. 3-1 ersichtlich ist, lag sie jedoch drei Jahrzehnte (1950-1980) bei einem Wert zwischen zwei und drei Prozent. Einige Gründe für das starke Wachstum liegen im Sturz des Schahs und der Errichtung der Islamischen Republik. 1979 schöpften viele Iraner Vertrauen und hofften auf ein freieres und besseres Leben. Der Höhepunkt der Bevölkerungszunahme liegt in der ersten Hälfte der 80er Jahre.

Abb. 3-1: Jährliche Wachstumsraten in Prozent



Quelle: Eigener Entwurf nach Zahlen von Khalatbari 1983.

Copyrighted material

Der Krieg mit dem Irak von 1980 bis 1988 kostete Millionen Menschen das Leben und schwächte das Land. Die Hauptaufgabe des neuen Staatspräsidenten H. Rafsandjani lag während seiner achtjährigen Regierungszeit (1989–1997) im Wiederaufbau des Landes. Man begann damit, ein allgemeines Rentensystem und Krankenversorgungssystem einzuführen sowie dem vorherrschenden Analphabetentum entgegenzuwirken. Zudem wurde seitens der Regierung „eine straffere Familienplanung propagiert, die pro Familie maximal zwei Kinder empfahl" (RASHAD 2002, S. 84).

Der mit Beginn der 90er Jahre einsetzende Wandel in der iranischen Gesellschaft hat das Gesellschaftsbild nicht grundlegend verändert. Jedoch findet beispielsweise die Familiengründung nicht mehr zwingend vor dem Erreichen des 20. Lebensjahr statt. Bei der jugendlichen Stadtbevölkerung liegt das Durchschnittsheiratsalter sogar über 25 Jahren. Der Geburtenrückgang, der während dieser Zeit begann, setzt sich kontinuierlich fort und hat neben wirtschaftlichen auch soziale Ursachen.

Problematisch für die islamische Republik ist ihre junge Altersstruktur. Im Jahr 2003 betrug der Anteil der unter 15jährigen 29,3 %. Der Anteil der Erwerbsfähigen lag bei 65,8 % sowie 4,8 % waren über 65 Jahre alt. Hierbei ist zu beachten, dass die Lebenserwartung bei 69 Jahren liegt (Fischer Weltalamanach 2001, S. 377).

Von den Kindern, die derzeit fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachen, bilden die im Jahre 1996 10- bis 14-Jährigen die besonders geburtenstarke Jahrgänge, was in der Bevölkerungspyramide sichtbar wird. Diese Jahrgänge drängen in den folgenden Jahren auf einen Arbeitsmarkt, der bereits jetzt eine Vielzahl der Arbeitssuchenden nicht aufnehmen kann. Die offizielle Arbeitslosigkeit lag im Jahr 1380 (2001–2002) bei 17 %. Nach inoffiziellen Angaben sind aber über 30 % erwerbslos. Der Fischer Weltalmanach spricht sogar von über 50 % einschließlich verdeckter Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (2004, S. 377).

Zieht man das Medianalter von 23,5 Jahren (im Jahr 2004, CIA World Factbook) zu diesen Betrachtungen hinzu, wird die Dimension dieser wachsenden Gesellschaft deutlich. Rund 35 Millionen Einwohner machen demnach die „junge" Bevölkerungshälfte aus und verkörpern ein enormes Wachstumspotential, das durch den Staat zunächst einmal betreut werden muss (Abb. 3-2).

Der so genannte Altersstruktureffekt spielt im Iran eine entscheidende Rolle: Selbst wenn sich jedes Paar mit zwei Kindern in der nächsten Generation lediglich "ersetzt", wird die Bevölkerung nicht sofort aufhören zu wachsen. Das Bevölkerungswachstum setzt sich aufgrund der "jungen" Altersstruktur auch dann für einige Zeit fort, wenn das so genannte "Ersatzniveau", d.h. eine durchschnittliche Anzahl von zwei Kindern pro Frau, erreicht ist. Die Bevölkerungszahl kann noch einmal um mindestens die Hälfte zunehmen.

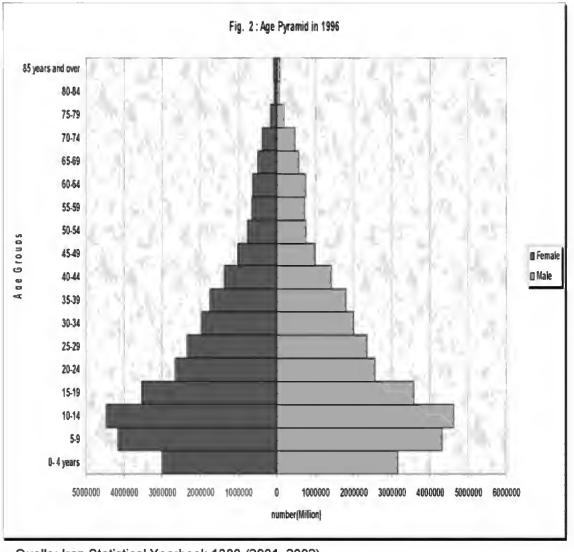
Da die Hälfte der knapp 70 Millionen Iraner noch unter 24 Jahre alt ist, wird die Prognose von 90 Millionen mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit übertroffen, auch wenn die „total fertility rate" von 1,93 (im Jahr 2004, CIA World Factbook) bereits unter das Bestandserhaltungsniveau gefallen ist.

Neben den Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt kann die junge Alterstruktur auch Einfluss politischer Art nehmen. „Das passive und aktive Wahlrecht haben alle Iraner, Männer wie

Copyrighted material

Frauen, ab dem 16. Lebensjahr" (RASHAD 2002, S. 84). Die überproportionale Verteilung der Jugend hat bereits bei der Wahl Khatamis im Jahr 1997 ein entscheidendes Gewicht gehabt.

Abb. 3-2: Alterspyramide für das Jahr 1996



Quelle: Iran Statistical Yearbook 1380 (2001–2002).

Da davon auszugehen ist, dass die Lebenserwartung in den kommenden Jahren steigen wird, steht der islamische Staat in finanzieller Hinsicht vor neuen Herausforderungen. Zum einen wird die Anzahl der Rentenberechtigten zunehmen und zum anderen muss der Infrastrukturausbau auch im peripheren Raum vorangetrieben werden, damit die Abwanderung der jungen Bevölkerung in die Agglomerationsräume abgefedert werden kann.

Der Anteil der Stadtbevölkerung betrug im Jahr 2003 66,7 % bei einer jährlichen Wachstumsrate von 2,34 %. Dem steht eine „Abwanderungsrate" von -0,93 % gegenüber (Statistisches Bundesamt 2004, S. 219). Einen Großteil der Zuwächse verzeichnen die Städte aus der zuziehenden Landbevölkerung. Grund dafür sind die Hoffnungen auf bessere Erwerbsmöglichkeiten. Die Städte weisen eine größere Branchendiversität auf,

Copyrighted material

die durch höhere Einkommensmöglichkeiten den Pull-Faktor-Charakter noch unterstützen.

Besonders junge Erwachsene wollen der Perspektivlosigkeit entfliehen und erhöhen den Druck auf die Städte. Diese sind zum Teil den jetzigen Anforderungen schon nicht mehr gewachsen. Der notwendige Ausbau infrastruktureller Kapazitäten wird dem derzeitigen Wachstum der Stadtbevölkerung noch nicht gerecht.

Literatur

CIA World Factbook (www.worldfactbook.de)

Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (2003): DSW-Datenreport 2003. http://www.weltbevoelkerung.de/pdfs/dswdatenreport03.pdf

Fischer Weltalmanach (o.J.): (www.weltalmanach.de)

KHALATBARI, P. (Hrsg.) (1983): Die Weltbevölkerung in Zahlen. Berlin.

LESER, H. et al. (Hrsg.) (1997): Wörterbuch Allgemeine Geographie, Braunschweig.

RASHAD, M. (2002): Iran. Geschichte, Kultur und lebendige Traditionen – antike Stätten und islamische Kunst in Persien. Köln.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2004): Statistisches Jahrbuch 2004. Für das Ausland. Wiesbaden.

Copyrighted material

4 Stadtstrukturmodelle des islamischen Orients und die Dezentralisierung Teherans

Christoph Rosenke

4.1 Einleitung

Die Beschäftigung mit den Themenbereichen „Die islamisch-orientalische Stadt" und „Die Dezentralisierung Teherans" offenbaren eine Vielzahl von Informationen. Diese zu strukturieren, gegeneinander abzugrenzen und teilweise zu bewerten ist das Ziel dieser Arbeit. Thematisch gliedert sich der Text in zwei Bereiche.

Zunächst werden verschiedene ausgewählte Stadtstrukturmodelle der islamisch-orientalischen Stadt vorgestellt und erläutert. Dieser Abschnitt beinhaltet auch einen kurzen Überblick über die jeweiligen Anwendungsbereiche der Modelle.

Im zweiten Teil wird das Thema „Dezentralisierung Teherans" behandelt. Die unterschiedlichen Dezentralisierungsstrategien werden in einer zeitlichen Abfolge dargestellt und inhaltlich erläutert, bevor abschließend die Resultate und die etwaigen Entwicklungshemmnisse betrachtet werden.

4.2 Modelle der islamisch-orientalischen Stadt

Dieser Teil der Arbeit wird drei wichtige Strukturmodelle der islamisch-orientalischen Stadt inhaltlich darstellen. Hierbei sollen wesentliche Unterschiede aufgezeigt werden, die zwischen den Modellen hinsichtlich ihrer Anwendungsbereiche und Aussagekraft bestehen und somit ein Wandel der Konzeption der islamisch-orientalischen Stadt verdeutlicht werden. Entsprechend der großen Bedeutung der Stadtstrukturforschung in der deutschsprachigen Geographie (SEGER 2001, S. 106) sollen hier die Modelle von DETTMANN, SEGER und EHLERS untersucht werden. Dass dies nicht die einzigen Modelle zur islamisch-orientalischen Stadt und ihrer funktionalen Gliederung sind, versteht sich von selbst, sie sollen hier lediglich als Auswahl dienen (vgl. EHLERS 1993, S. 32 f.).

4.2.1 Das Idealschema des Funktionalgefüges der islamisch-orientalischen Stadt (DETTMANN, 1969)

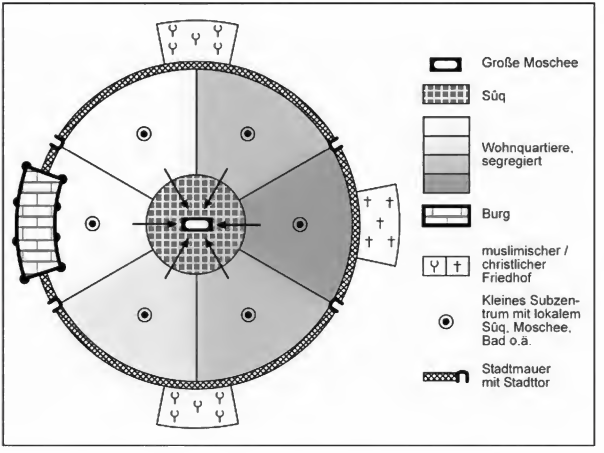
DETTMANNs kreisförmiges Idealschema der orientalisch-islamischen Stadt bezieht sich ausschließlich auf die traditionellen Altstädte und zeigt deren funktionale und sozialräumliche Grobgliederung auf. Charakteristisch sind hierbei folgende Stadtstrukturelemente: die ***Große Moschee*** oder **Freitagsmoschee** in der Mitte bildet das geistige, intellektuelle und öffentliche Zentrum der Stadt. **Suq** oder **Bazar** stellen traditionell den wirtschaftlichen Mittelpunkt der orientalischen Stadt dar. Neben seiner wichtigen Funktion als Kommunikationszentrum vereinigt sich hier (z. T. ambulanter) Einzelhandel, Groß- und Fernhandel auf engstem Raum. Die Ladenstraßen, überdachten Hallen oder Arkaden sind räumlich nach Branchen bzw. Handelswaren gegliedert (vgl. WIRTH 1974/75, S. 203-260, bzw. S. 6-46; FALATURI (Hrsg.) 1990, S. 219 ff.).

Copyrighted material

Die **Wohnquartiere** sind sehr stark segregiert (z.B. nach Sippenzugehörigkeit, Religion, Nationalität und Sprachgemeinschaft) und mit Subzentren (lokaler Suq, Moschee) ausgestattet. Die **Stadtmauer** bildet die äußere Begrenzung der orientalischen Stadt und schließt die peripher gelegene **Burg** bzw. **Zitadelle** mit ein. Die Friedhöfe befinden sich extra muros und sind nach Religionsgruppen getrennt.

Nicht im Modell dargestellt, gleichwohl von großer Bedeutung sind der **Sackgassengrundriss** der Wohnquartiere mit der der Straße abgewandten **Innenhofarchitektur** und die **Hammam**, die öffentlichen Bäder, die eine große Bedeutung bei der rituellen Reinigung vor dem Gebet im Islam haben (FALATURI (Hrsg.) 1990, S. 218). Hinsichtlich des Sackgassengrundrisses und der Innenhofarchitektur sei angemerkt, dass diese einerseits der Verteidigung gegen Reiternomaden und den Herrscher der Stadt dienten, andererseits den Aspekt der Privatheit im Orient widerspiegeln (HEINEBERG 2001, S. 270; FALATURI (Hrsg.) 1990, S. 204 ff.).

Abb. 4-1: Das Idealschema des Funktionalgefüges der islamisch-orientalischen Stadt



Quelle: Veränderung des Autors nach DETTMANN; zit. nach HEINEBERG (2001, S. 269).

4.2.2. Die orientalisch-islamische Stadt unter westlichem Einfluss (SEGER, 1975)

Mit den räumlichen und funktionalen Veränderungen der traditionellen orientalisch-islamischen Stadt in Folge von Überprägungsprozessen setzt sich SEGER in seinem „Modell einer orientalischen Stadt unter westlich-modernem Einfluss" auseinander. Am Beispiel

Copyrighted material

Teherans zeichnet er das Bild einer Bipolarität der Zentrenstrukur und einer Wohnsegregation nach Sozial- bzw. Einkommensschichten.

Das Zentrum der Stadt weist in diesem Modell zwei Kerne auf, den Bereich des traditionellen **Bazar** und den neuen, westlich geprägten **Central Business District** (CBD). Beide Kerne sind durch ein Netz älterer Geschäftsstraßen miteinander verbunden. Der CBD-Kern hat sich in ehemals gehobenen Wohngebieten entwickelt und ist in Teheran einer periodischen Nordverschiebung unterlegen (SEGER 2001, S. 103). Als Folge der phasenhaften Nordverschiebung dieses Bereiches des „westlichen" Wirtschaftens kann eine funktionale Segregation des CBD-Kerns festgestellt werden. So befinden sich die modernsten und neuesten wirtschaftlichen Einrichtungen an der (nördlichen) Peripherie des CBD, während Einrichtungen mit Regierungs- und Verwaltungsfunktion sowie Botschaften etc. im älteren, dem traditionellen Zentrum zugewandten Teil der City liegen (SEGER 1975, S. 37).

Neben der zweipoligen Zentrenstruktur in der „orientalischen Stadt unter westlich-modernem Einfluss" ist vor allem auch die Segregation der Wohngebiete auffällig. Die Mittel- und Oberschicht leben in den landschaftlich und ökologisch präferierten Gebieten. Diese finden sich in diesem Modell bzw. in Teheran im Norden der Stadt[1] (SEGER 1997, S. 239). Nördlich des CBD schließt sich eine Zone moderner, mehrgeschossiger Apartmenthäuser westlichen Stils an, welche die peripheren Villenvororte von diesem abgrenzt.
Die Altstadt und angrenzende jüngere Viertel dienen der Unterschicht als Wohnviertel. Diese Bereiche der Stadt weisen zum Teil eine ganz erhebliche Bevölkerungsverdichtung auf. Den äußersten südlichen Rand der Stadt bildet eine Slumzone, die sich infolge des starken Expansionsprozesses Teherans herausbildete.
Die industriellen Großbetriebe orientieren sich entlang der Ausfallstraßen und sind räumlich von den dicht bebauten Wohngebieten getrennt. In der Altstadt und in den angrenzenden Wohngebieten sind jedoch Kleinindustrie und Gewerbe dispers verteilt (HEINEBERG 2001, S. 272).

SEGER hat sein Modell der zweipoligen Stadt in jüngerer Zeit modifiziert und an neuere Forschungsdaten angepasst. So stellt er für den Stadtkern „comercial blight" im westlich geprägten CBD fest und konstatiert Standorten mit Regierungsfunktion eine räumliche Persistenz, umgeben von einem marginalisierten Wohn- und Geschäftsgebiet (dazu sowie zum übrigen Stadtgebiet: SEGER 1997, S. 252 ff.).

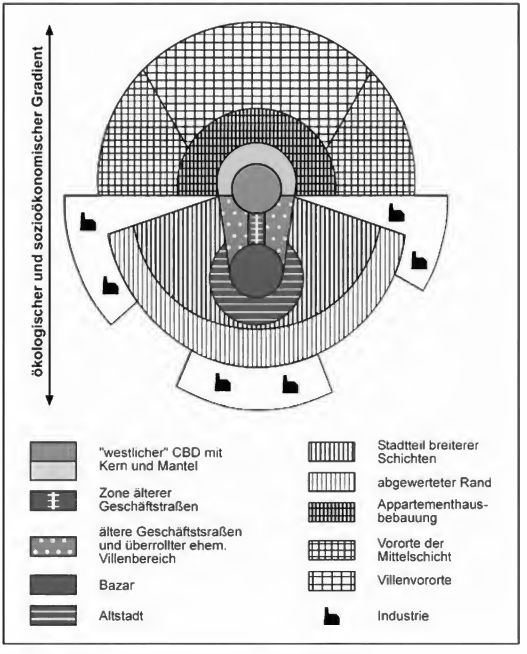
4.2.3 Modell der Stadt des islamischen Orients nach Form, Funktion, Wachstumstendenzen und Verflechtungsbereichen (EHLERS, 1993)

Dieses komplexe Modell einer orientalisch-islamischen Stadt wurde von EHLERS aufbauend auf SEGERs Konzeption einer orientalischen Stadt unter westlichem Einfluss (s. o.) und vermittels eigener Überlegungen entworfen. Indem das Modell (A) sozioökonomische, (B) baulich-formale und (C) funktionale Kriterien berücksichtigt, ermöglicht es Einblicke in „de[n] [...] doppelten Dualismus – innerstädtischer Dualismus und Altstadt/Neustadt-Gegensatz" (EHLERS 1993, S. 36) und zeigt räumliche Entwicklungstendenzen auf.

[1] Die höhere Lage über N.N. verspricht kühlere und weniger verschmutzte Luft.

Copyrighted material

Abb. 4-2: Die orientalisch-islamische Stadt unter westlichem Einfluss



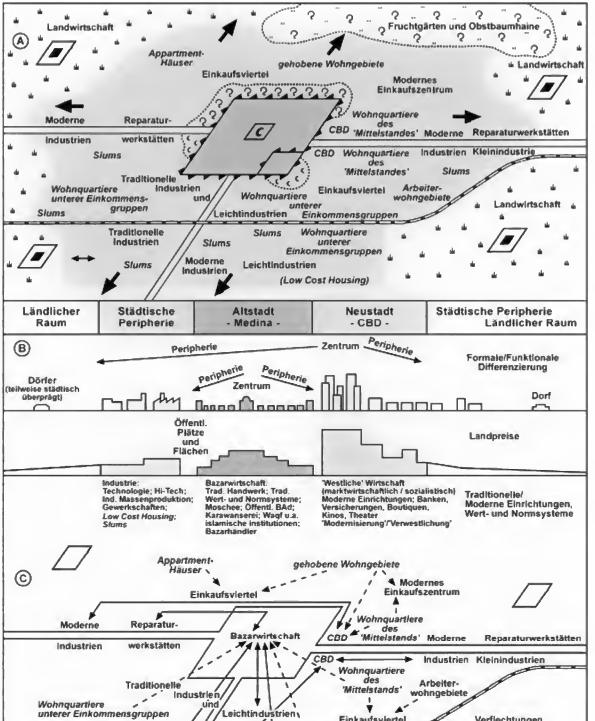
Quelle: Veränderung des Autors nach SEGER (1997, S 241).

Der Abschnitt (A) der Darstellung zeigt die Stadt vereinfacht und flächenhaft in einer der Kavalierperspektive ähnlichen Ansicht. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Veranschaulichung der relativen Lage bestimmter Stadtstrukturen zueinander, wobei die Altstadt oder Medina im Zentrum verortet ist. Weiterhin werden mit Pfeilen räumliche Entwicklungsrichtungen der Stadt in das Umland hinein dargestellt. Im Abschnitt (B) wird anhand einer Seitenansicht die baulich-formale Struktur der Stadt dargestellt, wobei der Dualismus der beiden Zentren (Altstadt vs. Neustadt/CBD) anhand von Landpreisen und unterschiedlicher wirtschaftlicher Nutzung verdeutlicht wird. Die in Abschnitt (C) abgebildeten Pfeile stellen vereinfacht und überhöht Waren-, Verkehrs- und Kommunikationsströme dar. Sie „weisen auf das de facto-Nebeneinander nicht nur der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, sondern auch von deren wirtschaftlichen Aktivitäten, ihren

Copyrighted material

raumrelevanten Verhaltensmustern und den ihnen entsprechenden urbanen Formen und Funktionen hin" (EHLERS 1993, S. 36).

Abb. 4-3: Modell der Stadt des islamischen Orients nach Form, Funktion, Wachstumstendenzen und Verflechtungsbereichen



Quelle: Veränderung des Autors nach EHLERS (1993, S. 273).

Copyrighted material

4.2.4 Vergleich der Modelle und ihrer Anwendbarkeit

Die vorgestellten Modelle sind hinsichtlich ihres jeweiligen Anwendungsbereiches und ihrer daraus resultierenden Aussagekraft sehr unterschiedlich. DETTMANN beschäftigt sich ausschließlich mit der Altstadt bzw. der Medina und veranschaulicht deren Grobgliederung. Aussagen zu neustädtischen Entwicklungsprozessen oder deren Potenzialen lassen sich aus diesem Modell nicht ableiten, da es statisch eine Situation darstellt. Trotzdem hat dieses Idealschema weiterhin große Bedeutung für eine grundlegende Funktionsanalyse traditioneller islamisch-orientalischer Stadtkerne (s. Abb. 4-2).

SEGERS Konzeption der orientalisch-islamischen Stadt unter westlichem Einfluss kommt vor allem wegen der Darstellung der bipolaren Tendenzen zwischen traditionellem Zentrum und CBD sowie der Wohnsegregation Bedeutung zu. Obwohl es im Kern ebenfalls ein statisches Modell ist (es stellt die Situation in Teheran Mitte der 1970er Jahre dar), sind doch Entwicklungstendenzen erkennbar bzw. ableitbar. Zudem besitzt dieses Konzept noch immer Aussagekraft über die gegenwärtige Situation in Teheran. Noch in den 1990er Jahren fanden sich die Kernaussagen (Segregation, ökologische Standortbewertung, Stadtentwicklungsstrukturen) bestätigt (SEGER 2001, S. 108 ff.).

Das komplexe Modell der Stadt des islamischen Orients, welches EHLERS vorschlägt, weist einige Vorteile auf. Zunächst ist es nicht (zumindest nicht offensichtlich) von einer einzelnen Stadt hergeleitet, auch wenn es in Anlehnung an SEGERS Modell entstanden ist. Weiterhin verbindet es in anschaulicher Weise die Darstellung sozioökonomischer, baulich-formaler sowie funktionaler Eigenschaften der islamisch-orientalischen Stadt. Das Aufzeigen des Nebeneinanders qualitativ verschiedener Waren-, Verkehrs- und Kommunikationsströme ist relevant und nützlich. Es lassen sich damit raumbedeutsame Verhaltensmuster erkennen und mit Entwicklungsprognosen in Verbindung bringen.

Generell erfordert die Arbeit mit verschiedenen Stadtstrukturmodellen ihre räumliche bzw. zeitliche Einordnung (vgl. EHLERS 2001, S. 33). Nicht zuletzt scheint eine gewisse Vorsicht vor dem Mythos der islamisch-orientalischen Stadt und ihren Veränderungen angebracht, denn Überformungen von Stadtstrukturen hat es schon immer gegeben (EHLERS 1993, S. 39).

4.3 Die Dezentralisierung Teherans

Das Modell SEGERS zeigt eindrucksvoll, dass Teheran von starken innerstädtischen Disparitäten betroffen ist. Doch nicht nur innerhalb Teherans sind Ungleichgewichte hinsichtlich der Nutzung des Raums festzustellen. Dies gilt für den gesamten Iran. Deshalb sollen im Folgenden die Bemühungen zur Dezentralisierung Teherans dargestellt werden.

Die Ausführungen stützen sich dabei hauptsächlich auf die Arbeit von HENNINGS, JENSSEN und KUNZMANN, die einen Einblick in die Dezentralisierungs- und Regionaliierungsstrategien des Iran vor der Revolution ermöglichen sowie auf ein Interview des Autors mit Prof. Dr. Taghi RAHNEMAI von der Geographischen Fakultät der Universität Teheran am 28.09.2004. Die Beschäftigung mit dem Thema Dezentralisierung ergab sich aus der Frage nach den Ursachen und den Folgen des Bedeutungsüberschusses Teherans.

Copyrighted material

Ein Teil der Gründe für die heutige Stellung Teherans und den starken Dualismus zwischen „Metropole und Provinz" im heutigen Iran liegen in zwei historischen Entscheidungen. Zum einen die Verlegung der Hauptstadt von Shiraz nach Teheran im 18. Jahrhundert und zum anderen die beginnende Modernisierung des Staates und der Hauptstadt während der Pahlevi-Ära (HENNINGS, JENSSEN, KUNZMANN 1978, S. 36). Dadurch ergab sich eine Vielfalt von Entwicklungsvorteilen, die z. T. noch heute wirksam sind. Als Beispiele seien hier die starke Zentrierung der Staatsgewalt auf die Residenzstadt und die Konzentration des Rentenkapitals in dieser Stadt, der Aufbau einer westlich orientierten Verwaltung und Infrastruktur sowie die bevorzugte Industrialisierung in der Hauptstadt erwähnt. Und so finden sich bereits in den 1970er Jahren Hinweise in der Literatur auf starke räumliche Ungleichverteilungen im Iran und die Notwendigkeit einer regionalen Dezentralisierung (HENNINGS, JENSSEN, KUNZMANN 1978, S. 34).

Mag die „islamische Revolution" eine wichtige Zäsur im Hinblick auf die meisten gesellschaftlichen Aktivitäten im Iran sein, so eignet sie sich kaum als Unterscheidungsmerkmal im Bezug auf Dezentralisierungsbemühungen. Vielmehr lassen sich sowohl vor als auch nach der Revolution Bestrebungen erkennen, den Status Teherans als „Primate City" (SEGER 1997, S. 239) zu ändern und die sich daraus ergebenden Probleme zu lösen. Es lässt sich also eine gewisse Kontinuität bei dem Ziel der Dezentralisierung erkennen. In Folge dessen sollen die Maßnahmen zur Dezentralisierung Teherans in einer Abfolge von vier Phasen dargestellt werden, wie sie sich während des Interviews mit Professor RAHNEMAI dargestellt haben.

4.3.1 Die vier Phasen der Dezentralisierungsbemühungen Teherans

4.3.1.1 Phase 1: Förderung der Provinzhauptstädte als Entwicklungspole

Bereits seit 1949 werden im Iran Entwicklungspläne erstellt und seit 1973 sind darin Maßnahmen zur Dezentralisierung enthalten (5. Fünfjahresplan, gültig 1973-78). Diese sollte zunächst über die Bestimmung bereits bestehender größerer städtischer Siedlungen als Wachstumspole erreicht werden. Durch die Konzentration staatlicher Investitionen in diesen „secondary cities" hoffte man, dort regionale Wirtschaftsaktivitäten zu mobilisieren (HENNINGS, JENSSEN, KUNZMANN 1978, S. 38 f.). Die so entstehenden Arbeitsplätze sollten die Wachstumspole attraktiv für Migranten machen und damit Teheran als wichtigste Wirtschaftsregion des Iran entlasten. Als Entwicklungspole waren ursprünglich die Provinzhauptstädte Arak, Tabriz, Esfahan, Abadan, Shiraz und Mashad vorgesehen und mit der Entscheidung diese Standorte besonders zu fördern ging eine Verordnung einher, welche die Neuansiedlung bzw. den Ausbau weiterer Industriebetriebe in einem Radius von 100 km um Teheran verbot (HENNINGS, JENSSEN, KUNZMANN 1978, S. 40).[2]

Mögen die Bestrebungen, die oben genannten Provinzhauptstädte zu industrialisieren, in den 1960er Jahren zunächst Ausdruck der Modernisierungs- und Wirtschaftspolitik des Schahs gewesen sein, so kam ihnen spätestens seit Beginn der 1970er Jahre die Rolle von Entlastungsstandorten Teherans zu. Trotz dieser Maßnahmen wuchs die Einwohnerzahl Teherans zwischen 1976 und 1986 auf 5,08 Mio. (neben der natürlichen Bevölkerungsentwicklung spielen dabei auch Flüchtlinge während des Iran-Irak-Krieges eine nicht

[2] Die Entfernungsangaben differieren, auf Seite 43 benennen HENNINGS, JENSSEN und KUNZMANN den Umkreis der Ansiedlungssperre mit 120 km.

Copyrighted material

unbedeutende Rolle) (Eigene Berechnung nach: SEGER 1997, S. 240 und S. 249). Letzten Endes ist die die Dezentralisierung durch die Förderung von Entwicklungspolen am Bedeutungsüberschuss Teherans gescheitert, denn gerade die ausländischen Unternehmer siedelten sich in der unmittelbaren Nähe zur (zentralisierten) politischen Macht und Verwaltung an (HENNINGS, JENSSEN, KUNZMANN 1978, S. 36).

4.3.1.2 Phase 2: „New Towns"

Die folgende Phase war durch die Planung von fünf so genannten „New Towns" im Großraum Teheran geprägt, deren Umsetzung nur in drei Fällen erfolgte. Wegen des anhaltenden Wachstums der Metropole und der sich daraus ergebenden z. T. massiven Wohnungsnot wurden diese Städte geplant, um als eine Art Auffangbecken für Teheran zu fungieren. Ziel war es, den Bevölkerungsdruck, der durch den stetigen Zuzug nach Teheran entstanden war, zu mindern.

Statt allerdings zu wesentlichen Entlastungen und zu einer Verringerung der Bevölkerungsdichte zu führen, in dem Teile der Teheraner Bevölkerung in die neu entstehenden Städte zogen, wurden diese Wohnquartiere zumeist von weiteren Migranten aus anderen Provinzen bezogen. An dieser Tatsache konnten auch Versuche nichts ändern, den weiteren Zuzug nach Teheran durch die künstliche Anhebung der Lebenshaltungskosten in der Hauptstadt zu verringern. Tatsächlich bewirkte dies lediglich eine Umlenkung des Migrantenstroms auf die Dörfer zwischen Teheran und den „New Towns", welche dadurch zumeist einem beträchtlichen Wachstum ausgesetzt waren und innerhalb kürzester Zeit selbst Stadtstatus erhielten (vgl. FERDOWSIAN 2002, S. 34 f.).[3] Die Folge dieser Maßnahmen war keine Entlastung Teherans oder gar sein Verlust als nationales Migrationsziel. Vielmehr wurde das Teheraner Umland weiter zersiedelt. Dadurch gingen wertvolle Ackerflächen in einem Land verloren, welches auf Lebensmittelimporte angewiesen ist.

4.3.1.3 Phase 3: Entlastung Teherans durch Verlagerung administrativer Funktionen

Zu Beginn der 1990er Jahre gab es Überlegungen, durch die Verringerung der Attraktivität Teherans als Wanderungsziel bzw. seiner nationalen Bedeutung eine spürbare Entlastung des Großraumes Teheran zu erreichen. Dies sollte durch die Verlegung der Hauptstadtfunktion aus Teheran realisiert werden. Ähnliche Vorschläge hatte es immer wieder gegeben, beispielsweise war 1959 der Plan zur Verlegung der Hauptstadt nach Esfahan an fehlender politischer Unterstützung gescheitert (HENNINGS, JENSSEN, KUNZMANN 1978, S. 43). Vor einer endgültigen Entscheidung, ob es zu einer Verlegung kommen sollte, waren vier wichtige Fragestellungen zu klären:

1) Wohin sollte die Hauptstadtfunktion verlegt werden?
2) Welche Kosten würde die Verlegung verursachen?
3) Welche Entlastung würde sich aus der Verlegung für Teheran ergeben?
4) Welchen Zeitraum würde die Verlegung benötigen?

Die Studien zeigten, dass Esfahan zwar eine gewisse Eignung aufwies, die administrativen Funktionen aufzunehmen. Jedoch führten schließlich die zu erwartenden hohen Kosten einer Verlegung (allein die 1. Phase wurde mit ca. 1 Mrd. $ veranschlagt), die vor-

[3] Wachstum der Dörfer um Teheran schon vor dem Bau der „New Towns"; Stadtstatus ab 5.000 Ew.

Copyrighted material

aussichtlich viel zu geringe Entlastung Teherans (ca. 500.000 EW) und der lange Zeitraum zur vollständigen Realisierung des Projekts zur Ablehnung des Plans (Interview des Autors mit Prof. Dr. Taghi RAHNEMAI, 28.09.2004).

4.3.1.4 Phase 4: Zentralisierung der Provinzhauptstädte

Die vierte Phase der Dezentralisierungsbemühungen, welche seit etwa Mitte der 1990er Jahre erkennbar ist, basiert im Prinzip auf dem Konzept der Dezentralen Konzentration. Durch die Konzentration zentraler Funktionen (Flughäfen, Universitäten etc.) in den Provinzhauptstädten sollen viele kleinere „Gegengewichte" zu Teheran geschaffen werden. Stand früher die Metropole der Provinz gegenüber, so wird nun versucht, eine Instanz zwischen Metropole und Provinz, die Provinzhauptstädte, zu installieren und zu stärken.

Es sollen „mehrere Teherans geschaffen" werden (Zitat: RAHNEMAI, Interview vom 28.09.2004), um so die Migrationsströme auf andere Ziele umzuleiten und damit Teheran wirkungsvoll zu entlasten und die räumlichen Disparitäten im Iran zu mildern.

4.3.2 Resultate und Problembetrachtung

Im Rückblick muss konstatiert werden, dass den Versuchen zur Dezentralisierung Teherans, und somit zur Minderung der räumlichen Disparitäten im Iran, kein Erfolg beschieden war. Eindrucksvoll zeigen dies die Untersuchungen von SEGER, welche die Veränderungen der besiedelten Fläche Teherans dokumentieren (SEGER 2001, S. 104 f.). Auch die sich aus dem ungebrochenen Stadtwachstum ergebenden Probleme (Wohnungsnot, Wasserversorgung etc.) stellen eine weitere Herausforderung für die Zukunft dar. Nach wie vor nimmt Teheran als „Primate City" eine besondere Stellung ein und wird diesen Bedeutungsüberschuss wohl auch in absehbarer Zeit nicht verlieren.

Hauptsächlich kranken die Dezentralisierungsbemühungen seit jeher an dem stark zentralisierten Staatsapparat des Iran (HENNINGS, JENSSEN, KUNZMANN 1978, S. 36; FERDOWSIAN 2002, S. 34 f.). Die Konzentration aller wichtigen Verwaltungs- und Entscheidungsinstanzen in Teheran wurde im Wesentlichen auch durch die Revolution nicht berührt.

Trotz zunehmender Agglomerationsnachteile ist die wirtschaftliche Bedeutung des Großraums Teheran immer noch erheblich. Diesen Status wird er voraussichtlich in Zukunft beibehalten.

Ob dem jüngsten Ansatz zur Dezentralisierung Teherans (siehe 2.1.4) Erfolg beschieden sein wird, bleibt abzuwarten. Jedoch scheint fast sicher, dass ohne eine Aufweichung des starren Zentralismus und die Verlagerung von wichtigen Entscheidungsbefugnissen auf Provinz- und Kommunalebene auch dieser Ansatz scheitern wird. Ohne solche Reformen werden auch weiterhin die Nähe zu den zentralisierten Verwaltungsinstanzen und Machteliten starke Anziehungskraft auf die Wirtschaft ausüben und so das bestehende Wohlstands- und Modernitätsgefälle innerhalb des Iran konservieren. Die Provinzhauptstädte werden sich dann nicht nur wegen des wirtschaftlichen Übergewichts und der administrativen Vorteile nicht gegen Teheran durchsetzen können; vielmehr werden sie außerdem gegen den ideellen Bedeutungsüberschuss der Hauptstadt ankämpfen müssen – sie werden weiterhin nur „Provinz" bleiben.

Copyrighted material

4.4 Zusammenfassung

Es wurden ausgewählte Stadtstrukturmodelle vorgestellt und auf ihren jeweiligen Anwendungsbereich und ihre Aussagekraft hin untersucht. Statische Modelle beispielsweise (DETTMANN) eignen sich ausschließlich zur Darstellung von Ist-Zuständen, da sie jegliche raum-zeitliche Entwicklungsaspekte unberücksichtigt lassen. Durch die Aneinanderreihung mehrerer dieser Darstellungen kann die Veränderung der räumlichen Strukturen im Zeitverlauf veranschaulicht werden. Es bleibt also festzuhalten, dass bei der Verwendung bereits bestehender Modelle diese stets auf ihre Aussagekraft und Verwendbarkeit hin überprüft werden müssen.

Des Weiteren wurden die historischen Ursachen für die Entstehung der „Primate City" Teheran und die daraus folgenden Konsequenzen aufgezeigt. Besonderes Augenmerk kommt dabei der Tatsache zu, dass es kontinuierlich Dezentralisierungsversuche gab; sowohl vor als auch nach der islamischen Revolution. Ebenso ist es von großer Bedeutung, dass trotz dieser langen Bemühungen keine nennenswerten Erfolge erzielt wurden. Die nationale Bedeutung Teherans als zentrale Entscheidungsinstanz besteht unangetastet weiter und die Partizipationsmöglichkeiten der Provinzen bleiben stark eingeschränkt.

Literatur

EHLERS, E. (1993): Die Stadt des Islamischen Orients. Modell und Wirklichkeit. In: Geographische Rundschau. Band 45. Heft 1. S. 32-39.

FALATURI, A. (Hrsg.) (1990): Islam: Raum – Geschichte – Religion. Bd.1. Der Islamische Orient. Grundlagen zur Länderkunde eines Kulturraumes. Köln.

FERDOWSIAN, F. (2002): Modern and Traditional Urban Design Concepts and Principles in Iran. (Universität) Stuttgart.

HEINEBERG, H. (2001): Grundriß Allgemeine Geographie: Stadtgeographie. Paderborn.

HENNINGS, G./JENSSEN, B./KUNZMANN, K. (1978): Dezentralisierung von Metropolen in Entwicklungsländern. Dortmund.

SEGER, M. 1997): Teheran von Schah zu Schia. In: FELDBAUER, P./HUSA, K./PILZ, E./STACHER, I. (Hrsg.): Mega-Cities: Die Metropolen des Südens. Wien. S. 233-257.

SEGER, M. (2001): Teheran from Space. In: Beiträge zur Stadtforschung: Beispiele aus der Türkei und Iran. Klagenfurt. S 95-115.

SEGER, M. (1975): Strukturelemente der Stadt Teheran und das Modell der modernen orientalischen Stadt. In: Erdkunde 29. Heft 1. S. 21-38.

WIRTH, E. (1974/1975): Zum Problem des Bazars. Versuch einer Begriffsbestimmung und Theorie des traditionellen Wirtschaftszentrums der orientalisch-islamischen Stadt. In: Der Islam 51 (1974). Heft 2. S. 203-260; 52 (1975). Heft 1. S. 6-46.

Copyrighted material

5 Der Iran-Irak-Krieg und die daraus folgende Migration

Hardy Siering

Dieser kurze Aufsatz soll einen Einblick in den ersten Golfkrieg zwischen dem Iran und Irak (1980–1988) geben. Zu Beginn der Arbeit sollen mögliche Ursachen für diese gewaltsame Auseinandersetzung angeführt werden. Durch die anschließende Darstellung des Kriegsverlaufs werden die Dimensionen des Konflikts deutlich. Die Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, im Besonderen die Fluchtbewegungen aus den Kriegsgebieten des Irans, sollen im Zentrum dieser Arbeit stehen. Anhand von einigen zugänglichen Statistiken, sowie unterstützend durch ein narratives Interview mit einem Zeitzeugen, sollen die Rahmenbedingungen der Zwangsmigration erläutert werden.

5.1 Ursachen des Krieges

Die Antwort auf die Frage nach den Ursachen dieses mehr als acht Jahre andauernden Krieges ist derart komplex, dass sie einerseits den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde und anderseits der vorgegeben Zielsetzung zuwiderlaufen würde. Eine systematische Aufarbeitung und Darstellung kann daher nur in Grundzügen vorgenommen werden, ohne den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben. Die Suche nach den Ursachen beschränkt sich daher nur auf einzelne Aspekte.

Der Ausbruch des ersten Golf-Krieges ist ohne eine Betrachtung der jüngeren Geschichte beider Länder nicht zu verstehen. In den letzten Jahrhunderten war es in dieser Region mehrmals zu Konflikten bzw. kriegerischen Auseinandersetzungen gekommen. Aber erst im 20. Jahrhundert wurden zahlreiche ernsthafte Versuche unternommen, um vor allem die Grenzstreitigkeiten zwischen den Staaten zu beenden (RASOUL 1987, S. 21 ff.).

Die wiederkehrenden Grenzkonflikte, vor allem im Bereich des Schatt Al Arab, sollten mit dem Protokoll von Istanbul (17. Oktober 1913) und den darauf folgenden Beschlüssen der Grenzkommission von 1914 grundsätzlich gelöst werden. Auf Druck der europäischen Großmächte England und Russland wurde der Verlauf der Grenze zwischen dem Osmanischen und dem Persischen Reich neu geregelt. Demnach wurde der Schatt Al Arab dem Osmanischen Reich zugesprochen und einzelne, der persischen Provinz Abadan vorgelagerten Inseln, dem Persischen Reich zugeteilt. Doch schon der Zerfall des Osmanischen Reiches als Resultat des Ersten Weltkrieges erzeugte neue Konflikte und Streitigkeiten. Der Iran erkannte den neuen Nachbarstaat Irak nicht an und erklärte das Protokoll von Teheran als ungültig. Auf Drängen der Briten kam es dennoch 1937 mit der Charta des Sa'adabad-Paktes zu einer neuen Vereinbarung und damit zur Anerkennung des Staates Irak durch den Iran. Der neue Grenzverlauf wurde zu Gunsten des Irans auf den Talweg des Schatt Al Arab gelegt. Das Drängen Englands und anderer westlicher Staaten auf eine Befriedung dieser Region ist mit der Angst vor einem starken Einfluss der Sowjetunion im mittleren Osten zu erklären (RASOUL 1987).

Doch bereits mit der *irakischen Revolution* 1958 und der darauf folgenden innenpolitischen Instabilität (MÖLLER 1995, S. 102 ff.) wurde die auf einem antisowjetischen Bündnis beruhende Vereinbarung von 1937 einseitig vom Iran am 19. April 1969 aufgehoben. Daraufhin verstärkte der Irak seine Ansprüche auf die iranischen Provinzen

Copyrighted material

Khuzistan[4] und Ahwas (FÜRTIG 1992, S. 18). Im Jahr 1971 besetzte der Iran drei Inseln vor der Straße von Hormus, um somit nicht nur den Seehandel zu kontrollieren, sondern vor allem um die Hegemonieansprüche zu unterstreichen. Die Zeit zwischen 1969 und 1975 war somit bereits geprägt von gegenseitigen Provokationen und Misstrauen.

Überraschenderweise kam es am Rande der OPEC-Konferenz von Algier am 6. März 1975 zu einem erneuten Vertragsabkommen, in dem alle bestehenden Konflikte zwischen beiden Ländern gelöst werden sollten. Darin wurde nicht nur die Grenzziehung zwischen dem Iran und dem Irak neu geregelt, sondern vor allem die Beziehung zueinander sollte auf eine friedliche Basis gestellt werden. In Fragen der Grenzziehung wurden wesentliche Teile des Protokolls von Istanbul übernommen. Der Schatt Al Arab aber wurde nicht dem Irak zugesprochen, sondern wie schon 1937 vereinbart, markiert die Talweglinie des Flusses den Grenzverlauf. Im Gegenzug stellte der Iran die Hilfe für die Unabhängigkeitsbestrebungen der irakischen Kurden ein. Insgesamt vereinbarten beide Staaten jegliche Einmischungen in staatsinterne Fragen zu unterlassen (NOORANI 1991, S. 7).

Trotz dieser erneuten Vereinbarung entspannte sich das Verhältnis nicht wirklich, es spitzte sich eher zu. Obwohl nach außen hin eine freundschaftliche Beziehung auf beiden Seiten verbreitet wurde, war die irakische Führung mit dem Vertrag von Algier nicht zufrieden, im Gegenteil, man empfand diese Vereinbarung als eine Art von Zwangsmaßnahme, um nicht in eine Zweifrontenkonfrontation zwischen Israel im Westen und dem Iran im Osten zu gelangen. Die Islamische Revolution im Iran 1979 verhärtete aufgrund der veränderten politischen Rahmenbedingungen das Verhältnis zwischen beiden Staaten.

Im Zuge des durch die regierende Baht Partei im Irak propagierten arabischen Nationalismus wurden auf der ideologisch-politischen Ebene die Perser als Staatsfeinde der Araber denunziert. Dies gipfelte in eine massenhafte Ausweisung iranischer Staatsbürger zu Beginn des Jahres 1980.[5] Der Konfrontationskurs wurde vor allem nach der Islamischen Revolution auch von Seiten des Irans intensiviert, in dem die neue geistlichen Führung verstärkt gegen den arabischen Nationalismus im Irak predigte und den Export der Islamischen Revolution in die arabischen Staaten forderte. Des Weiteren war das Verhältnis im Vorfeld des Krieges von gegenseitigen Provokationen bestimmt. Man bezichtigte sich gegenseitig eine Vielzahl von Grenzverletzungen (MÖLLER 1995, S. 55 ff.).

Am 17. September 1980 erklärt der Irak aufgrund von Grenzverstößen des Irans den Vertrag von Algier als ungültig.

Die Ursachen des Krieges können jedoch trotz der oft angegebenen Grenzkonflikte nicht allein auf diese reduziert werden.

---

[4] Der Irak bezeichnet die Provinz aufgrund der dort lebenden Araber Arabistan, um damit zugleich die Zugehörigkeit zum Irak zu verdeutlichen. Im Juli 1969 wurde in Bagdad sogar die „Volksfront zur Befreiung Arabistans und Ahwaz" gegründet (FÜRTIG 1992, S. 18).

[5] Zu der Zahl der Ausweisungen gibt es widersprüchliche Aussagen, es wird von Zahlen zwischen 15000 und 42542 gesprochen (zitiert nach HIRO, D. (1984): Chronical of the Gulf War. In: MERIP-Report, Washington D.C. Nr. 125/126. S. 5. In: FÜRTIG 1992, S. 57).

Copyrighted material

Eine weitere mögliche Ursache lässt sich aus der unterschiedlichen konfessionellen Zugehörigkeit der beiden Staaten herleiten. Zahlreiche schiitische Heiligtümer liegen beispielsweise auf dem Gebiet des Iraks (z.B. in Kerbala). Des Weiteren wurde der schiitischen Bevölkerungsmehrheit unter dem Regime von Saddam Hussein im Irak nur eine Minderheitenrolle zugesprochen. Die theokratische Regierung im Iran mit ihrer Politik des Exports der Islamischen Revolution versuchte die schiitischen Kräfte im Irak für sich zu vereinnahmen. Für die irakische Führung sind die eigene schiitische Bevölkerungsmehrheit und der Iran somit als Destabilisierungsfaktor für die eigene Machtposition anzusehen.

Auf der irakischen Seite wurde der Versuch unternommen, durch den ideologischen Aufbau eines arabischen Nationalismus (Panarabismus) der schiitischen bzw. iranischen „Gefahr" entgegenzuwirken.

Die theokratische Ausrichtung des Irans unter Khomeini und die zu einem großen Teil auf arabischen Nationalismus basierte Macht des Regimes von Saddam Hussein stellten zwei diametral entgegengesetzte Zielsysteme dar.

Die unterschiedliche Konfession kann nur indirekt als Ursache des Krieges benannt werden. Sie wurden von dem jeweiligen System lediglich instrumentalisiert, um die eigenen regionalen Hegemonieansprüche durchzusetzen.

Des Weiteren ist auf die Bedeutung der Region des Schatt Al Arab einzugehen. Die Region besaß auf Grund des Ölvorkommens vor allem eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung, aber auch eine strategische und handelspolitische. Der Schatt Al Arab sichert den Zugang zum Persischen Golf. Gerade für den Irak besitzt diese Region einen enormen Stellenwert, da das Land keinen weiteren direkten Zugang zum Meer besitzt.

Neben diesen internen Bestimmungsfaktoren ist aber auch auf die weltpolitische Situation einzugehen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war die Region durch die Auseinandersetzung zwischen den zwei Supermächten USA und UdSSR geprägt. Vor allem die USA versuchten, durch Unterstützung des Schahs im Iran den Nahen Osten in ihr globales Hegemonialsystem zu integrieren (MÖLLER 1995, S. 100). Im Gegenzug unterstützte der *Osten* den Irak.

Somit war und wurde die Region Spielball weltpolitischer Auseinandersetzungen. Vor allem die zahlreichen Waffenlieferungen können als mögliche Ursache für die Eskalation angeführt werden (RASOUL 1987, S. 121 ff.).

5.2 Chronologie des Krieges

Der Beginn des Krieges kann aufgrund der gegensätzlichen Angaben der beiden Staaten nicht exakt bestimmt werden[6]. Obwohl in zahlreichen Literaturangaben der Kriegsbeginn auf den 22. September 1980 datiert wird (RASOUL 1987, S. 90; FÜRTIG 1992, S. 60 f.), ist

[6] Während der Irak den 4. September 1980 als offiziellen Kriegsbeginn benennt, wird in Teheran und in den westlichen Ländern der Beginn der militärischen Konfrontation auf den 22. September 1980 und damit auf den Zeitpunkt der Invasion irakische Streitkräfte in Khusistan datiert. (Vgl. Brief vom iranischen Präsidenten Khamenei an den UN-Generalsekretär vom März 1988. In: NOORANI 1991, S. 33.)

Copyrighted material

darauf hinzuweisen, dass bereits seit Februar 1979 die Grenzregion Schauplatz militärischer Auseinandersetzung gewesen ist (FÜRTIG 1992, S. 59.). Mit massiven Angriffen der irakischen Luftwaffe am 22. September 1980 auf Militär- und Zivilflugplätze, u. a. in Teheran, Kermanshahr, Tabriz, Isfahan, Ahvaz, Hamadan, Schiraz, Buschehr und Khorramshahr, sowie auf die bedeutenden Raffinerieanlagen in Abadan und des Verladeterminals von Khark gewann die Auseinandersetzung eine neue Qualität. Begleitet wurde diese Offensive durch das Eindringen mehrerer Infanterie- und Panzer-Divisionen in den westlichen Grenzprovinzen des Irans (Bakhtaran, Ilam und Khuzestan), wobei sich der Hauptstoß der irakischen Armee auf die Erdölprovinz Khuzestan bezog und im Dezember des selben Jahres bis auf die Provinz Kurdestan ausbreitete. Das eigentliche Kriegsziel, innerhalb von zwei Wochen die westlichen Grenzprovinzen des Iran fast vollständig einzunehmen, gelang der irakischen Armee jedoch nicht. Auf dem Höhepunkt ihres Vormarsches konnten die irakischen Truppen nur ca. 14.000 km² erobertes Land verbuchen (FÜRTIG 1992, S. 60 ff.).

Im Gegenzug zu den irakischen Bombenangriffen gelang es der iranischen Luftwaffe, einige irakische Ölförder- und Produktionsanlagen und militärisch wichtige Ziele erfolgreich zu schädigen. Diese Angriffe zerstörten gut 30 % der irakischen Ölanlagen, die als ein schmerzhafter Stoß in die insgesamt funktionierende Wirtschaft des Irak empfunden werden musste (MÖLLER 1995, S. 64.). Denn im Gegenteil zum Iran konnte der Irak bis zum September 1980 ein steigendes Wirtschaftswachstum vorweisen. Der Iran hingegen befand sich seit dem anbahnenden Fall der Monarchie in einer prekären wirtschaftlichen Situation.

Die einst so schlagkräftige und moderne iranische Armee befand sich einerseits aufgrund von *Säuberungen* seitens der Regierung sowie massenhaft desertierten Soldaten in einem elenden Zustand. Andererseits war mit der Garde der Revolutionsmilizen (Pasdaran) eine neue schlagkräftige Einheit entstanden. Wirksame Rekrutierungsmechanismen und ein bedeutender Ansturm von Freiwilligen ließen die Truppen der Pasdaran anschwellen und die zahlenmäßige Überlegenheit der irakischen Divisionen in den am stärksten umkämpften Gebieten schwinden (FÜRTIG 1992, S. 66 ff.).

Demgegenüber blieb der von der irakischen Seite erhoffte Rückhalt der zahlenmäßig bedeutenden arabischen Bevölkerung in Khuzestan aus und entpuppte sich vielmehr als ein weiteres Desaster der Offensive (RASOUL 1987, S. 99-102; FÜRTIG 1992, S. 67).

Im Kriegsjahr 1981 herrscht zwischen beiden Ländern eine militärische Pattsituation. Militärische Offensiven mit hohen Verlusten beider Staaten führten zu keinen nennenswerten Erfolgen (RASOUL 1987, S. 100).

Innenpolitisch musste der Irak die direkten sozialen Folgen des anhaltenden Krieges bremsen und auch der Iran kämpfte im Inneren mit politischen Unruhen, die der Entmachtung des Präsidenten Bani Sadr folgten und zeitweilig auch zu Einstellungen größerer Kampfhandlungen führten (MENASHRI 1990, S.177 ff.).

Ab dem Ende des Jahres 1981 konnte der Iran durch ein erfolgreiches offensives Vorrücken seiner Truppen an einigen Frontabschnitten Gebiete zurückgewinnen. Die Offensiven der Iraner waren so erfolgreich, dass sie einen Rückzug der irakischen Truppen und einen einseitigen Waffenstillstand des Iraks unter Saddam Hussein bewirkten. Am 30. Juni 1982 hatte der Krieg seinen räumlichen Ausgangspunkt wieder

Copyrighted material

erreicht (MÖLLER 1995, S. 71-73). Der Irak war in die Defensive gedrängt worden und eine neue Phase des Krieges wurde eingeleitet.

Iranische Truppen konnten nun vermehrt Gefechte auf irakischem Boden austragen. Doch konnten auch sie ungeachtet wiederholter Landoffensiven (von 1982-1987) gegen Al Basra und der Halbinsel Al Fao im Süden sowie gegen Rawanduz im Norden in den folgenden Jahren den Krieg nicht für sich entscheiden (MÖLLER 1995, S. 73-79).

Durch gezielte Raketen- und Artillerieangriffe auf Ballungszentren beider Staaten vervielfältigte der „Städtekrieg" die Opfer in der Zivilbevölkerung (MÖLLER 1995, S. 81-83).

Anfang 1984 verstärkte die irakische Luftwaffe ihre Angriffe auf den internationalen Tankerverkehr, um somit einerseits dem Gegner die wirtschaftliche Existenzgrundlage zu nehmen und andererseits den Konflikt zu internationalisieren. Bereits 1988 durchkreuzten 90 Schiffe der NATO-Flotte den Golf und davon weit über die Hälfte unter US-amerikanischer Flagge. Einzelne Zwischenfälle führten zu direkten amerikanisch-iranischen Konfrontationen. Die Bestrebungen des Iraks, weitere Kriegsteilnehmer in den Konflikt mit einzubeziehen, um somit die eigenen Lasten zu reduzieren, fruchteten (FÜRTIG 1992, S. 80-93).

Dieser achtjährige „Abnützungskrieg" (RASOUL 1987, S. 100) kostete mehreren Hunderttausend Menschen das Leben und verschlang exorbitante Summen. Der massive Einsatz chemischer Waffen seitens der irakischen Armee gegen das iranische Militär und die iranische sowie eigene Zivilbevölkerung steigerte den grausamen Charakter des Konflikts.

Ohne das Erreichen jeglicher Kriegsziele oder eine Lösung für Widersprüche gefunden zu haben, endete dieser Krieg.

Mit der bedingungslosen Anerkennung der UN-Sicherheitsresolution Nr. 598 durch den Iran trat der Waffenstillstand am 20. August 1988 und somit das offizielle Ende des Krieges in Kraft (SLUGLETT 2002, S. 240 ff.).

5.3 Sozioökonomische Kriegsziele

Seit Beginn des Krieges lässt sich eine starke Involvierung der Zivilgesellschaft in den Konflikt beobachten. Schon mit den ersten Bombardierungen strategisch-ökonomisch wichtiger Ziele durch die irakische Luftwaffe wurden umliegende Wohngebiete vorsätzlich in Kriegshandlungen involviert (FÜRTIG 1992, S. 61). Die Zerstörung der städtischen Infrastruktur in beiden Grenzregionen erhöhte zudem die Zahl der Opfer in der Zivilbevölkerung.

Seit 1982 lassen sich systematische Luft- und Raketenangriffe auf iranische Grenzstädte beobachten, die eine irakische Antwort auf iranische Offensiven darstellte. Der bis 1984 anfangs ausführlich von irakischer Seite geführte „Städtekrieg" verschärfte sich mit dem Artilleriebeschuss Al Basras und den Luftangriffen auf Vororte Bagdads und anderen Städten im Irak durch den Iran, die als Antwort auf einen schweren Raketenbeschuss Dezfuls in Khuzestan zurückzuführen sind. Bis zu diesem Zeitpunkt versuchte die iranische Führung Verluste unter der irakischen Zivilbevölkerung zu vermeiden, um sie gegen Saddam Hussein aufzubringen und höchstwahrscheinlich für die islamische

Copyrighted material

Revolution zu gewinnen. Die Angriffe auf nicht nur ökonomische, militärische und infrastrukturelle Ziele in Städten setzten sich bis zum Waffenstillstand 1988 fort.[7] Ab dem März 1985 weitete sich die Bombardierung von Städten im ganzen Iran, im Besonderen auf Teheran, Gom und Isfahan aus (MÖLLER 1995, S. 81-83).

Die häufige Verwendung von chemischen Waffen durch den Irak führte zu einer weiteren Steigerung der Qualität des Krieges. Hiervon waren nicht nur die iranischen Truppen, sondern auch die Zivilbevölkerung betroffen.[8]

5.4 Migrationsbewegung

Das Chaos des Krieges und die Begleiterscheinung einer Isolation des Irans machen es so gut wie unmöglich, konkrete Aussagen zu Flüchtlingsströmen aus den Grenzprovinzen und aus den bombardierten Städten zu treffen.

Aufgrund ungenügender Literatur und mangelnder statistischer Daten lässt sich die durch den Krieg eingeleitete Binnenmigration nur sehr schwer erfassen.

Am Beispiel der Provinz Khuzestan geben die Statistiken des Statistical Center of Iran (SCI) einen Hinweis auf eine Fluchtbewegung. Die dort besonders umkämpften Städte Abadan und Khorramshahr, die 1976 noch 294.068 (Abadan) bzw. 140.490 (Khorramshahr) Einwohner zählten, werden in der darauf folgenden Erhebung 1986 ohne Einwohnerzahl geführt (SCI 2005). Da die Statistiken aber nur Zahlen für Großstädte aufführen, wird das tatsächliche Wanderungsvolumen der grenznahen Gebiete nicht sichtbar.

Aus der weiteren Betrachtung dieser Quellen lassen sich auch keine eindeutigen Wanderungsrichtungen erkennen. Keine der großen Städte abseits des Kriegsgebietes wie z.B. Isfahan, Shiraz oder Teheran hatten außergewöhnliche Bevölkerungszuwächse zu verzeichnen. Trotz ungenügender Literatur und mangelnder statistischer Untersuchungen lässt sich eine gleichmäßige Verteilung auf den gesamten Raum Iran vermuten.

Fundierte Aussagen über Wanderungsbewegung aus dem Iran ins Ausland während der Kriegsjahre hingegen bieten die Statistiken des United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR). Diese Daten zeigen in diesem Zeitraum eine ansteigende Zahl von Emigrationen aus dem Iran. Vor allem in Europa und den USA sind steigende Zahlen von Asylanträgen iranischer Staatsangehöriger zu beobachten. Von 1980 bis 1988 stellten allein 135.083 Iraner Asylanträge an europäische Staaten, die im Vergleich rund zehn Prozent aller Asylanträge in Europa umfassten.[9] Vergleichbare Zahlen liefern die USA, in

---

[7] Eine Ausnahme ist die Zeit zwischen dem 12. Juni 1984 und dem 17. März 1985. Beide Staaten verpflichteten sich gegenüber den Vereinten Nationen zu einer Einstellung der Bombardierung und Beschießung von Städten. Mit der iranischen Frühjahrsoffensive im März 1985 brach der Irak durch die Erklärung des gesamten iranischen Luftraums zum Kriegsgebiet dieses Abkommen (MÖLLER 1995, S. 81).

[8] Der Einsatz chemischer Kampfstoffe gegen die kurdische Bevölkerung des Dorfes Halabadscha verdeutlicht die Härte und Grausamkeit dieses Krieges (vgl. MÖLLER 1995, S. 214-216).

[9] Europa umfasst in diesem Zusammenhang die Länder: Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal,

Copyrighted material

der ein Anwachsen der iranischen Immigrantenzahl von 1980 (ca. 120.000) bis 1987 (rund 200.000) zu erkennen ist.[10] Der anfängliche Rückgang der Anträge in den Jahren nach dem Krieg lässt die Vermutung einer Flucht vor dem Krieg zu.

Indikatoren, die diese Thesen bestätigen, sind zwar die anfangs sinkende Zahl von Asylanträgen; aber in der letzten Dekade des zwanzigsten Jahrhunderts stagniert die Zahl der Asylsuchenden in Europa, Kanada und den USA. Von 1990-1999 suchten 126.005 Iraner Asyl in Europa und weitere rund 20.000 in Kanada und den USA (UNHCR 2001, S. 160, 167, 168.).

Folglich müssen auch andere Motive wie die Islamische Revolution und ihre gesellschaftlichen Folgen mit einbezogen werden.

Abschließend muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass durch illegale Grenzübertritte oder mangelnde administrativer Überwachung in den Grenzländern wie zum Beispiel Pakistan oder der Türkei und der unterschiedlichen statistischen Schätzungen [11] die tatsächliche Zahl der iranischen Emigranten nicht zu ermitteln ist.

Aufgrund der unzureichenden Informationen über Fluchtbewegungen aus den umkämpften Regionen des Irans folgt an dieser Stelle unterstützend ein Interview mit einem Zeitzeugen.

5.5 Interview mit einem Zeitzeugen

Die Befragung eines Zeitzeugen bietet die Möglichkeit eine akteurspezifische Sichtweise auf die *Zwangsmigration* zu erhalten. Ein narratives Interview[12] gestattet auf Grund der bestehenden unzureichenden Dokumentation und Aufarbeitung der Flüchtlingsbewegung einen Einblick in die, durch den Krieg ausgelösten, Wanderungsbewegungen innerhalb des Irans. Durch die Wiedergabe der persönlichen Erfahrungen wird nicht nur auf ein Einzelschicksal eingegangen, sondern auch eine Möglichkeit gegeben, auf die Rahmenbedingungen der Flucht näher einzugehen.

Interviewt wurde Frau Gity Salami vom Institut für Iranistik der Freien Universität Berlin zu ihren Erinnerungen an die Flucht aus der Grenzregion. Die Erzählung ihrer Erlebnisse und persönlichen Erfahrungen sollen hier einen Einblick in die Flucht der Menschen vor dem tobenden Krieg geben.

Frau Gity Salami stammt aus Abadan, einer Stadt mit damals ca. 294.000 Einwohner (1976; SCI 2005.). Abadan befindet sich in der Provinz Khuzestan innerhalb der

---

Rumänien, Schweden, Schweiz, die Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, Zypern (UNHCR 2001, S. 148).

[10] Vgl. Federal Research Division of the Library of Congress, http://countrystudies.us/iran/34.htm.

[11] Vgl. UNHCR 2001, http://countrystudies.us/iran/34.htm.

[12] Ziel eines narrativen Interviews ist es, in Erfahrung zu bringen, welche Ereignisse und Probleme der befragten Person besonders wichtig erscheinen (BOHNSACK 1999, S. 21). Die Besonderheit narrativer Interviews liegt darin, dass der Gesprächsverlauf hauptsächlich vom Interviewten bestimmt wird. Da nur das Rahmenthema vorgegeben wird, erfolgt so gut wie keine Strukturierung durch den Interviewer. Narrationen sind immer in einen sozialen oder lebenswelttlichen Kontext eingebunden, daher ist es wichtig, zu Beginn des Interviews auf den persönlichen Hintergrund einzugehen.

Copyrighted material

Grenzregion am Schatt Al Arab. Ihr Vater stammte ursprünglich aus einer kleinen Stadt in der Nähe von Shiraz. Aus Mangel an Bildungs- und Arbeitsangeboten verließ ihr Vater im Alter von 14 Jahren die Provinz Fars und ging nach Abadan, wo er seit dem Ende des zweiten Weltkrieges für die Anglo-Iranian Oil Company (AIOC) arbeitete. Frau Salami war zu Kriegsbeginn 1980 21 Jahre alt. Sie hatte bereits vor der Islamischen Revolution ihre Heimatstadt Abadan verlassen, um in Shiraz zu studieren. Doch bereits zu Beginn des Regimewechsels und der damit verbundenen Schließung aller Hochschulen kehrte sie zu ihrer Familie nach Abadan zurück.
Frau Salami beschreibt die Situation in der Grenzregion vor dem Krieg als entspannt, es habe keine offenen Konflikte zwischen Persern und Araber in der Stadt Abadan gegeben. Ein Grund dafür sei das Selbstverständnis der Araber gewesen, die sich zuerst als Iraner und dann als Araber gesehen hätten.

Den Kriegsbeginn hat sie erst mit dem Fall der Stadt Khorramshahr am 24. Oktober 1980 wahrgenommen. Es seien zwar schon in den Nächten zuvor Gewehrschüsse zu hören und ein- oder zweimal wäre zwar Alarm gegeben worden, aber sie und der größte Teil der Bevölkerung seien dennoch nicht ernsthaft beunruhigt gewesen. Das alltägliche Leben hätte weiterhin seinen normalen Verlauf genommen. Am 24. September 1980 war sie zusammen mit ihrer Freundin sogar noch in Khorramshahr gewesen und sie wussten da noch nicht, dass die Armee von Saddam bereits vor den Stadttoren Stellung bezogen hatte. Erst in Khorramshahr waren sie von der Bevölkerung gewarnt worden. Nach der Rückkehr in Abadan hätte ihr Vater ihr dann mitgeteilt, dass Khorramshahr gefallen sei und die Armee auf ihre Heimatstadt zu marschiere.

Über Flucht sei innerhalb ihrer Familie auch dann noch nicht diskutiert worden. Aber richtig bewusst, erinnere sie sich, wurde der Krieg erst als am folgenden Tag der Strom ausfiel und sie ihr Haus verließen, um bei ihrer Tante im Stadtkern unterzukommen. Ihr eigenes Haus lag an der Westgrenze der Stadt und damit wäre das Gefahrenpotential dort viel höher gewesen. Sie haben ihr ganzes Eigentum zurückgelassen und nur die wichtigsten persönlichen Dinge mitgenommen. Aber auch das Haus ihrer Tante bot keine Sicherheit mehr, Bombeneinschläge wären überall im Stadtgebiet zu verzeichnen gewesen. Zudem hätte ihre Mutter, die zu dieser Zeit in Shiraz gewesen war, Ihnen per Telefon mitgeteilt, dass Sie durch die BBC im Radio erfahren hätte, dass die irakischen Truppen vor Abadan stehen und sie *„sind dann alle zusammen raus"*. Sie sind mit einem Linienbus nach Shiraz zu ihren Verwandten gefahren. Sie könne sich aber nicht erinnern, dass dieser Transport durch die Regierung organisiert wurde. Sie glaube eher, dass die Einwohner von Abadan die Sache selbst in die Hand genommen hätten.

Zurück geblieben seien – wenn überhaupt – nur Männer und der größte Teil der arabisch stämmigen Bevölkerung.

In Shiraz sind sie bei ihren Verwandten aufgenommen worden. Viele Flüchtlinge seien in Shiraz in der Universität und den Schulen untergekommen. Die Flüchtlinge seien natürlich nicht nur nach Shiraz gegangen, sondern auch nach Isfahan und vor allem nach Teheran bzw. in den Norden des Landes.

Insgesamt führte sie fort, sei die Bevölkerung in Abadan von der Regierung nur unzureichend auf den bevorstehenden Krieg und die bedrohliche Situation vorbereitet worden. In den iranischen Medien hätte es keine Nachrichten darüber gegeben.

Copyrighted material

Auf die konkretisierende Frage, ob der Krieg auch ein Grund gewesen sei für die spätere Migration nach Deutschland, erwiderte Sie nur zum Teil, ein wesentlicher Grund bestand in der Perspektivlosigkeit die gerade in ihrer Generation nach der Revolution vorherrschte.

Ihre Familie sei nicht wieder nach Abadan zurückgekehrt, sondern in Shiraz geblieben. Nach dem Krieg seien ihren Aussagen nach nur wenige wieder nach Abadan zurückgekehrt. Es seien vor allem regimetreue Bevölkerungsteile in Abadan neu angesiedelt worden.

5.6 Schlussbetrachtung

Die Taktiken des Krieges haben die Zivilbevölkerung direkt in die Kampfhandlungen mit einbezogen. Die gezielte Bombardierung der Städte sowie der Einsatz chemischer Kampfmittel gegen die Zivilbevölkerung unterstreichen diesen angeführten Punkt. Massenhafte Flucht und Emigration waren die Konsequenz des Konflikts.
Aus den Erzählungen der Zeitzeugin wurde deutlich, dass die iranische Zivilbevölkerung das Kriegsgebiet verließ. Die Flucht erfolgte danach eher unkontrolliert, da sie auch nur unzureichend auf den Krieg vorbereitet wurde. Wanderungsziele waren vor allen Dingen die großen Städte Isfahan, Shiraz und Teheran. In diesen Städten wurden zivile Einrichtungen wie Schulen oder Universitäten zu Unterbringung der heimatlosen Flüchtlinge genutzt. Wie viele Menschen das gesamte Krisengebiet verlassen haben, lässt sich aufgrund fehlender Daten nicht darstellen. Auch über die Situation der Flüchtlinge nach dem Ende des Krieges lässt sich nur spekulieren. Nach Angaben von Frau Salami sind nur wenige Familien wieder zurückgekehrt.

Literatur

BOHNSACK, R. (1999): Rekonstruktive Sozialforschung: Einführung in Methodologie und Praxis qualitativer Forschung. Opladen.

Federal Research Division of the Library of Congress (o. J.): Iran. http://countrystudies.-us/iran/34.htm (Letzter Zugriff: 19.02.2005).

FÜRTIG, H. (1992): Der irakisch-iranische Krieg 1980–1988. Ursachen – Verlauf – Folgen, Berlin.

NOORANI, A.G. (1991): The Gulf Wars. Documents and Analysis, Delhi.

MENASHRI, D. (1990): Iran. A Decade of War and Revolution, New York.

MÖLLER, H. (1995): Der Krieg Irak-Iran, 1980–1988. Endogene und exogene Bestimmungsfaktoren, ein Beitrag zur Kriegsursachendiskussion, Berlin.

RASOUL, F. (1987): Irak-Iran. Ursachen und Dimensionen eines Konflikts. Hrsg.: Österreichischen Institut für Internationale Politik, Wien.

SLUGLETT, P. (2002): The International Context of Iraq from 1980 to the Present. In: Nicholson, Emma und Clark, Peter (Hrsg.), The Iraqi Marshlands. A Human and Environmental Study. London. S. 240-261.

Statistical Center of Iran (SCI) (2005): Cities with a Population of 100,000 and more: The 1375 census. http://www.sci.org.ir/index/htm (Letzter Zugriff: 22.02.2005).

UNHCR (2001): Asylum Applications in Industrialized Countries 1980-1999, Genf.

Copyrighted material

6 Die Binnenwanderungen im Iran

Jessica Krause

6.1 Einleitung

Im Iran ist im direkten Zusammenhang mit der starken Urbanisierung eine bedeutende Land-Stadt-Wanderung zu beobachten. Dies ist einerseits ein für Entwicklungsländer typischer Vorgang, andererseits wurde er im Iran z.B. durch prä- und post-revolutionäre Landreformen gefördert. Diese Arbeit soll einige wichtige Gründe und Folgen von Binnenwanderungen im Iran aufzeigen. Dabei wird von den folgenden Definitionen ausgegangen:

„*Binnenwanderung* [ist eine] Wanderung innerhalb eines Gebietes (Staat, Region usw.) im Gegensatz zur grenzüberschreitenden Außenwanderung. Die Binnenwanderung setzt sich aus Zuzügen und Fortzügen zusammen" (LESER et al. 2001, S. 87).

Dabei ist ein *Wanderungsvorgang* eine Wohnsitzverlegung über eine administrative Grenze hinweg, die auch dauerhaft, jedoch mindestens für einen längeren Zeitraum angelegt ist.

In diesem Sinne ist Nomadismus weder eine Binnenwanderung noch eine Wanderung. In Iran bewegen sich die meisten Nomaden zwar innerhalb einer Provinz, doch findet bekanntlich keine dauerhafte Wohnsitzverlegung statt. Nomadismus ist daher eine Wirtschaftsform, bei der Wanderungsbewegungen durchgeführt werden (LESER et al. 2001, S. 566). Aus diesem Grund soll er hier keine Beachtung finden.

6.2 Binnenwanderungen

6.2.1 Gründe

Für Binnenwanderungen im Iran gibt es verschiedene Push- und Pull-Faktoren.

Gründe, die insbesondere ländliche Herkunftsregion zu verlassen, d.h. Push-Faktoren, hängen oft mit der fehlenden Infrastruktur zusammen. So ist Wasserknappheit in den Dörfern ein wichtiger Grund, in die Stadt auszuwandern. Auch fehlende Schulen und hygienische Einrichtungen sowie schlechte Straßen geben den Menschen Anlass, die Nähe zur Stadt zu suchen, ebenso wie hohe Sterberaten bei Frauen und Kindern mangels medizinischer Einrichtungen. Die Landreformen der iranischen Regierung haben dazu beigetragen, dass Landlose, die zuvor gepachtetes Land bewirtschafteten, dieses verloren und auch bei den neuen Besitzern keine Arbeitsmöglichkeit mehr hatten. Sie waren also gezwungen, in der Stadt Arbeit zu suchen. Doch auch Landbesitzer wandern in die Stadt ab, da die Landwirtschaft oft ein zu geringes Einkommen abwirft, was z.B. auf gestiegene Produktionskosten bei fallenden Verkaufspreisen zurückzuführen ist. Bisweilen falsche oder fehlende Beratungen durch die landwirtschaftlichen Behörden, die dann ökonomische Nachteile zur Folge haben, werden ebenso als Gründe für eine Abwanderung genannt (AFSCHAR 1988, S. 65). Hinzu kommen Naturkatastrophen oder eine unsichere politische Lage, z.B. für Kurden in Westaserbaidschan, die das Leben in der

Copyrighted material

Stadt attraktiver erscheinen lassen. Auch persönliche Probleme wie Familienstreitigkeiten oder Rauschgiftgefährdung sind Gründe, die ländliche Region zu verlassen (AFSCHAR 1988, S. 65, 217).

Doch sind nicht immer negative Faktoren am Herkunftsort Auslöser für eine Wanderung, ebenso können positive (oder Pull-) Faktoren am Zielort Zuzügler anziehen. Als solche treten etwa Verwandte im Zuwanderungsgebiet auf. Auch Heirat ist insbesondere für weibliche Personen ein Wanderungsgrund. Diese Wanderungen finden dann aber eher über kurze Distanzen statt, d.h. z.B. ins Nachbardorf. Eine weitere Entfernung wird zwecks Heirat meist nur dann zurückgelegt, wenn z.B. einer der Ehepartner früher im selben oder im Nachbardorf gelebt hat und zur Arbeitssuche bereits in die Stadt gezogen ist. Eine günstigere Lage zum Arbeitsmarkt mit etwa der Möglichkeit im Gewerbe oder der Industrie in der Stadt eine Beschäftigung als Lohnarbeiter zu finden ist ein weiterer Zuzugsgrund (AFSCHAR 1988, S. 66). Auch eine bessere Infrastruktur der Stadt ist ein Anziehungsfaktor, selbst wenn die Zuwanderer nur in die Slumgebiete der Stadt ziehen. Die Slumgebiete bieten einerseits verhältnismäßig günstige Grundstücke bzw. günstigen Wohnraum, die Nutzung der städtischen Infrastruktur ist aber immer noch möglich. Einkommensdisparitäten zwischen Stadt und Land fördern des Weiteren den Zuzug. Auch ethnische Zugehörigkeit soll als Anziehungsfaktor nicht unerwähnt bleiben, so suchen z.B. westaserbaidschanische Kurden, die aus politischen Spannungsgebieten nach Orumiehe zuwandern, laut AFSCHAR (1988, S. 66) auch wiederum die Nähe von Kurden.

6.2.2 Betroffene Bevölkerungsgruppen

Es gibt Bevölkerungsgruppen, die stärker von Wanderungsvorgängen betroffen sind, als andere. So ist dem Iran Statistical Yearbook 1380 (S. 68 f.) zu entnehmen, dass die Gruppe der unter 35jährigen ca. 82 % der Migranten ausmacht (vgl. Tab. 6-1). Prinzipiell wandern eher Menschen mit einer gewissen Bildung. Dies lässt sich u. a. damit erklären, dass z.B. Menschen mit Abitur eher in der Stadt eine ihrem Bildungsstand angemessene Arbeit finden; auch zum Hochschulstudium muss in die Stadt gezogen werden (AFSCHAR 1988, S. 112). Insgesamt hat sich seit der Revolution in Iran auch die Schulbildungsrate verbessert, also haben auch die jüngeren Migranten eine höhere Bildung.

Etwa 57 % der Migranten sind weiblich. Diese wandern aber, meist auf Grund einer Heirat, im Vergleich mit den männlichen Migranten eher über kurze Distanzen.

In Städte oder deren direkte Umgebung wandern nach AFSCHAR (1988, S. 88) zu ca. 84 % Familien mit Kindern. Eine Erklärung könnte sein, dass einerseits die Landwirtschaftliche Nutzfläche auf dem Dorf nicht ausreicht, die ganze Familie sowohl mit Arbeit als auch mit Nahrung zu versorgen, andererseits eine größere Nähe zur besseren Infrastruktur der Stadt gesucht wird, um die Familie medizinisch und schulisch besser betreut zu wissen.

Aus Tab. 6-3 geht hervor, dass insgesamt Städter mobiler sind als Angehörige der ländlichen Bevölkerung. Dabei wird aber ein Großteil dieser Wanderungen von Stadt zu Stadt erfolgen. Dennoch ist der ländliche Bevölkerungsanteil der Migranten mit knapp einem Drittel beachtlich, zumal die meisten Wanderungen vom Land in die Stadt stattfinden, wie etwa dem immensen Rückgang der ländlichen Bevölkerung (vgl. Tab. 6-4) zu entnehmen ist.

Copyrighted material

6.2.3 Wanderungsziele

Wie bereits erwähnt kann aus der starken Urbanisierung der letzen Jahre (vgl. Tab. 6-4, Abb. 6-1) geschlossen werden, dass ein großer Teil der Migranten eine Stadt zum Ziel hat. Wandern aber z.B. viele Menschen in einen kleineren Ort, so kann dieser durch den Bevölkerungszuwachs den Stadtstatus erhalten. Ein Anwachsen der urbanen Bevölkerung ist also nicht allein auf eine stärkere Wanderung in die vorhandenen Städte zurück zuführen, sondern begründet sich auch in der Zuwanderung in kleinere Orte, die als Folge den Stadtstatus erhalten. Typische Wanderungsziele sind daher nach AFSCHAR (1988, S. 67) die Provinzhauptstädte, andere Distriktstädte und Teheran. Dies sei „früher" (d.h. vor 1986/87, dem Zeitpunkt der Befragung) anders gewesen. Wanderungen über große Entfernungen, z.B. nach Teheran, in die Ölregionen oder in arabische Ölländer, seien häufiger gewesen (AFSCHAR 1988, S. 67).

Die Beobachtung, dass heute vor allem Wanderungen über kürzere Distanzen stattfinden, bestätigt auch das Iran Statistical Yearbook 1380 (S. 70 f.). So finden ca. 63 % der Wanderungen innerhalb derselben Provinz statt. Qom bildet hierbei eine Ausnahme, hier kommen ca. 90 % der Migranten aus einer anderen Provinz oder dem Ausland (vgl. Tab. 6-2). Dies ist mit der religiösen Funktion von Qom zu erklären.

Bei den Distanzen der Wanderungen sind auch Unterschiede nach Altersgruppen zu beobachten. So wandern die über 35-Jährigen zu einem höheren Anteil in derselben Provinz als die unter 35-Jährigen (vgl. Tab. 6-1).

6.2.4 Regionale Unterschiede

Die Migrationsbewegungen unterscheiden sich je nach Provinz. So beträgt der Anteil der Migranten der letzten zehn Jahre an der Bevölkerung zwischen 4,8 % und 22,5 % (vgl. Abb. 6-2). In Teheran sind als größter Stadt des Landes, dazu versehen mit der in Iran sehr zentralen Hauptstadtfunktion, sehr viele Migrationsbewegungen zu verzeichnen. Ebenso in den Erdölregionen Khuzestan und Ilam. Oft aber nicht immer korreliert der Migrantenanteil mit der Bevölkerung pro km^2, d.h. in einer Provinz mit geringer Bevölkerungsdichte wie Kerman ist auch der Anteil der Zuwanderer recht gering. Die Provinzen mit den geringsten Migrantenanteilen haben jedoch alle eine mittlere Bevölkerungsdichte. In Gilan mit der zweithöchsten Bevölkerungsdichte ist nur ein mittlerer Migrantenanteil zu verzeichnen.

Gewisse Zusammenhänge zwischen Urbanisierung und Migrantenanteil macht ein Vergleich von Abb. 6-2 und Abb. 6-4 deutlich. So ist die Provinz Teheran mit einem sehr hohen Migrantenanteil auch sehr stark urbanisiert. Migrantenärmere Provinzen wie Sistan und Baluchestan sind auch weniger stark urbanisiert. Ausnahmen bildet z.B. das Kaspische Tiefland, dort ist der Migrantenanteil von einem mittleren Wert, die Urbanisierungsrate jedoch gering. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass dieser Bereich von landwirtschaftlicher Bedeutung ist, Migranten daher wandern, um in der Landwirtschaft Arbeit zu finden. Ähnlich verhält es sich in den Erdölprovinzen Ilam und Khuzestan: der hohe Migrantenanteil steht einer geringen bis mittleren Urbanisierung gegenüber. Auch hier ist der Grund die wirtschaftliche Prägung der Region.

Copyrighted material

6.2.5 Folgen

Die Binnenwanderungen in Iran haben verschiedene Folgen. So ist die Urbanisierung zum großen Teil Resultat der Migrationsbewegungen. Mit der Verstädterung geht eine Slumbildung am Rande der Städte einher. Die Grundstückspreise am Stadtrand sind verhältnismäßig niedrig und die Erreichbarkeit der städtischen Infrastruktureinrichtungen sowie des städtischen Arbeitsmarktes ist gewährleistet. Auch geht z.B. mit der besseren Erreichbarkeit und Nutzung der medizinischen Einrichtungen eine sinkende Sterblichkeitsrate einher, was wiederum zu einem stärkeren Bevölkerungswachstum führt.

Dadurch, dass vor allem die jüngere Bevölkerung von der Wanderung betroffen ist, findet langsam eine Veralterung der ländlichen Bevölkerung statt. Dies wirkt sich z.B. auf die Produktivität der Landwirtschaft aus.

Positive Folgen sind etwa steigende Chancen mit der Wanderung in die Stadt, einen Arbeitsplatz zu finden. Ebenso bessert sich der allgemeine Gesundheitszustand durch eine erhöhte Erreichbarkeit medizinischer Einrichtungen. Der Zugang zu höheren Bildungseinrichtungen in der Stadt, die für die ländliche Bevölkerung nicht zu erreichen sind, trägt zudem zu einem höheren Bildungsstand der Bevölkerung bei.

6.3 Internationale Migration

An dieser Stelle soll zusätzlich auf Emigration von Iranern und Immigration nach Iran eingegangen werden.

Die Nettomigration in Iran beträgt -58 720 oder -0,86 ‰ Einwohner (www.welt-in-zahlen.de). Das bedeutet, dass weniger Menschen nach Iran einwandern, als es verlassen. Diese Zahlen gelten für das Jahr 2003. In früheren Jahren lag die Nettomigration bei etwa -5 ‰ Einwohnern (http://www.indexmundi.com/g).

Genaue Zahlen zu internationalen Migration sind nicht zu finden. Bekannt sind Bevölkerungszahlen der im Iran lebenden Ausländer für das Jahr 1375 (1995/96). Doch dürften z.B. Flüchtlinge, obwohl sie angeblich registriert werden, zumindest nur teilweise darunter vorkommen.

6.3.1 Emigration

Seit der Revolution wanderten nach US-Angaben ca. 750 000 bis 1,5 Mio. vor allem gebildete Iraner nach Westeuropa, in die USA oder die Türkei aus (FEDERAL RESEARCH DIVISION OF THE LIBRARY OF CONGRESS, countrystudies.us/iran/34.htm, 1986-98). Die iranische Regierung hat nichts gegen diese Situation, wenn sie sie nicht sogar fördert. Gebildete Menschen können leicht zu Regierungskritikern werden. Daher nimmt man in Kauf, eine Bildungselite zu verlieren zugunsten einer gewissen erhofften Stabilität.

Auch in den iranischen Anrainerstaaten leben iranische Emigranten. Ihre Auswanderung hat religiöse Gründe, z.B. Juden oder Angehörige der Bahai-Religion, sie gehören ethnischen Minderheiten an, desertierten vom Militärdienst oder verließen den Iran aus politischen Gründen. Ökonomische Emigranten sind keine zu finden, auch wenn einige

Copyrighted material

tausend Menschen weiterhin in Kuwait, Katar und anderen Persischen Golfstaaten arbeiten wie vor der Revolution (FEDERAL RESEARCH DIVISION OF THE LIBRARY OF CONGRESS, countrystudies.us/iran/34.htm, 1986-98).

6.3.2 Immigration

Das Iran Statistical Yearbook 1380 (S. 73) gibt an, dass im Iran im Jahre 1375 (1995/96) etwa 1,1 Mio. Ausländer wohnten. Diese Ausländische Bevölkerung setzte sich aus 80 % Afghanen (804404 Personen), 17,8 % Irakern (179061), 0,9 % Pakistanern (8836) und 1,3 % aus anderen Staaten, wie Türken, Armeniern, Turkmenen und Aserbaidschanern zusammen. Ihr Anteil an der gesamten Bevölkerung lag bei 1,83%.

Im Jahre 1991 waren mehr als 3 Mio. Flüchtlinge in Iran, davon ca. 2-2,5 Mio. aus Afghanistan. Etwa die Hälfte dieser Flüchtlinge gehörte der Volkgruppe der Hazara an, einer afghanischen Minderheit schiitischen Glaubens. Sie wanderten inoffiziell und von Iran geduldet, nicht ausschließlich wegen des Krieges, nach Iran aus und fanden dort Arbeit als Gastarbeiter oder absolvierten ein theologisches Studium (GREVEMEYER 1992).

Laut Fischer Weltalmanach 1998 (1997) lebten im Jahre 1996 ca. 1,4 Mio. Afghanen, 580 000 Iraker und rund 40000 Flüchtlinge aus anderen Staaten im Iran. Die Differenzen zu den offiziellen iranischen Angaben dürften auf nicht registrierte Flüchtlinge, die von internationalen Institutionen erfasst wurden, zurückzuführen sein. Die im Iran Statistical Yearbook genannten sind offiziell eingewanderte Ausländer, im Gegensatz zu Kriegsflüchtlingen.

Die oben genannten Zahlen dürften sich seit den letzten Kriegen in Irak und Afghanistan erheblich verändert haben, neuere Zahlen liegen aber bisher nicht vor.

6.4 Fazit

Iran ist ein Entwicklungsland mit typischen Merkmalen wie einem starken Bevölkerungswachstum und einem dynamischen Urbanisierungsprozess. Beides hängt eng mit Binnenwanderungen zusammen. Stark vereinfacht kann man diesen Zusammenhang folgendermaßen darstellen: Mit einer wachsenden ländlichen Bevölkerung kann das Land seine Bewohner nicht mehr ernähren, auch mangelt es dadurch an Arbeitsplätzen. Insbesondere die jüngere und mehr gebildete Bevölkerung wandert daraufhin in Städte aus, die sowohl ein bessere Infrastruktur, als auch einen besseren Arbeitsmarkt bieten. Dörfer oder kleinere Ortschaften werden auf Grund des Zuzuges zu Städten.

In Iran leben heute etwa 64 % der Bevölkerung im städtischen Raum.

Mit dem Abzug der jüngeren Bevölkerung findet zudem eine zunehmende Veralterung der ländlichen Bevölkerung statt.

Migranten unterscheiden sich nach verschiedenen Migrationsgründen, diese wirken sich wiederum auf die betroffene Bevölkerungsgruppe aus. Es kann z.B. nach Distanzen der Migration oder Alter der Migranten unterschieden werden, wobei auch diese beiden Merkmale wiederum zusammenhängen.

Copyrighted material

Generell kann zusammengefasst werden, dass junge Migranten wesentlich stärker vertreten sind als alte. Diese Altersdifferenzierung ist einerseits durch die Heirat zu erklären, andererseits auch durch einen höheren Bildungsstand und damit einer Suche nach einer dem Bildungsstand angemessen Arbeit, die eher in der Stadt zu finden ist. Auch die allgemein größere Flexibilität der Jugend darf nicht vergessen werden. Ältere Migranten und Frauen legen eher kurze Entfernungen zurück, die Gründe unterscheiden sich allerdings deutlich. Insgesamt migrieren weibliche Personen etwas häufiger als männliche, da Frauen oft auf Grund der Hochzeit wandern.

Insgesamt gibt es viele Gründe für Binnenwanderungen und internationale Migrationen. Neben all den genannten ist es jedoch in erster Linie eine besser Infrastruktur, die von den Wandernden gesucht wird.

Literatur

AFSCHAR, J. E. (1988): Regionale Implikationen des Bevölkerungswachstums und der Bevölkeungsanderung im Iran – Auswirkungen von Industrialisierung und Urbanisierung – dargestellt am Beispiel der Provinz Westaserbeidschan, Dissertation, Gießener Schriften zur Wirtschafts- und Regionalsoziologie, Heft 16, Gießen.

FEDERAL RESEARCH DIVISION OF THE LIBRARY OF CONGRESS, http://countrystudies.us/iran, 1986-98, 20.7.2004

GREVEMEYER, J.-H. (1992): Kämpfer Gottes, Gastarbeiter, Flüchtlinge: Die afghanischen Hazara im Iran, Arbeitsheft, Berliner Institut für vergleichende Sozialforschung, Berlin.

Iran Research Group (1989): Yearbook Iran 89/90, Bonn.

LESER, H. et al. (Hrsg.) (2001): Diercke-Wörterbuch Allgemeine Geographie, 12. Auflage, München.

SHARBATOGHILE, A. (1991): Urbanization and Regional Disparities in Post-Revolutionary Iran.Colorado.

Statistic Center of Iran (Hrsg.): Iran Statistical Yearbook 1380, Tehran.

Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.) (1988): (Statistik des Auslandes/ Landesericht Iran 1988, Stuttgart, Mainz.

Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.) (1992): Länderbericht Iran 1992, Wiesbaden.

www.indexmundi.com/g, 22.7.2004.

www.sci.org.ir, 21.7.2004.

www.welt-in-zahlen.de, 20.7.2004.

Copyrighted material

6.5 Tabellen und Abbildungen

Tab. 6-1: Migranten und Immigranten während der letzten zehn Jahre nach Altersgruppen, 1375 Zensus (1995/96)

Alters-gruppe	Gesamt	nach < 35 und ≥ 35					
		Gesamt		Wanderung			
				innerhalb derselben Provinz*		aus einer anderen Provinz oder dem Ausland*	
		Personen	In %	Personen	% der Altersgr.	Personen	% der Altersgr.
Gesamt	8 718 770	8 718 770	100	5 495 944	63,0	3 178 252	36,5
0–4	417 016	7 125 604	81,7	4 466 735	62,7	2 622 895	36,8
5–9	1 110 515						
10–14	1 243 280						
15–19	1 095 020						
20–24	1 320 766						
25–29	1 141 964						
30–34	797 043						
35–39	563 852	1 588 266	18,2	1 129 306	71,1	450 402	28,4
40–44	354 045						
45–49	203 159						
50–54	126 314						
55–59	97 676						
60–64	88 970						
65 u. älter	154 250						
keine Angabe	4 900	4 900	0,1	2 112	43,1	2 746	56,0

Quelle: Iran Statistical Yearbook, 1380, Auswahl und eigene Berechnungen.

* die Differenz zu 100% bzw. Gesamt: keine Angabe

Tab. 6-2: Migranten und Immigranten während der letzten zehn Jahre nach dem vorherigem Wohnort und der Provinz des derzeitigen Wohnortes für ausgewählte Provinzen, 1375 Zensus (1995/96)

Provinz des derzeitigen Wohnortes	Gesamt	vorheriger Wohnort			
		in derselben Provinz	in anderer Provinz	im Ausland	Keine Angaben
Gesamt	8 718 770	5 495 944	2 939 921	238 331	44 574
Gesamt %	100	63,0	33,7	2,7	0,6
Qom	137 218	14 262	106 754	15 093	1 109
Qom %	100	10,4	77,8	11,0	0,8
Teheran	2 052 566	1 135 683	837 343	66 418	13 095
Teheran %	100	55,3	40,9	3,2	0,6
Fars	480 237	340 158	121 253	16 597	2 229
Fars %	100	70,8	25,2	3,5	0,5
Khuzestan	841 710	522 051	278 336	36 076	5 247
Khuzestan %	100	62,0	33,1	4,3	0,6
Yazd	94 754	49 455	41 250	3 634	415
Yazd %	100	52,2	43,5	3,9	0,4

Quelle: Iran Statistical Yearbook, 1380, Auswahl und eigene Berechnungen.

Copyrighted material

Tab. 6-3: Migranten und Immigranten während der letzten zehn Jahre, nach vorherigem Wohnort in der Stadt oder auf dem Land, 1375 Zensus (1995/96)

	Gesamt	vorheriger Wohnort		
		Stadt	Land	Ausland bzw. keine Angabe
Gesamt	8 718 779	5 602 865	2 833 000	282 905
Gesamt (in %)	100	64,3	32,5	3,2

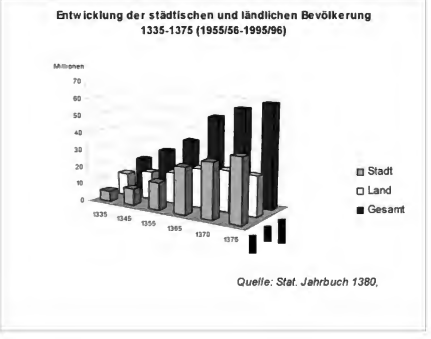
Quelle: Iran Statistical Yearbook, 1380, Auswahl und eigene Berechnungen.

Tab. 6-4: Entwicklung der städtischen und ländlichen Bevölkerung 1335-1375 (1955/56-1995/96)

Jahr	Stadt	Prozentualer Anteil der Stadtbev.	Land	Prozentualer Anteil der Landbev.	Gesamt
1335	5.953.563	31,41 %	13.001.141	68,59 %	18.954.704
1345	9.794.246	37,98 %	15.994.476	62,02 %	25.788.722
1355	15.854.680	47,03 %	17.854.064	52,97 %	33.708.744
1365*	26.844.561	54,29 %	22.349.351	45,20 %	49.445.010
1370*	31.836.598	57,02 %	23.636.591	42,33 %	55.837.163
1375*	36.817.789	61,31 %	23.026.293	38,34 %	60.055.488

* Differenz zwischen Stadt und Land bzw. Stadt und Land in %: Nomadische Bevölkerung.
Quelle: Iran Statistical Yearbook, 1380, Auswahl und eigene Berechnungen.

Abb. 6-1: Entwicklung der städtischen und ländlichen Bevölkerung 1335-1375



Copyrighted material

Tab. 6-5: Urbanisierung der einzelnen Provinzen 1375 (1995/96)

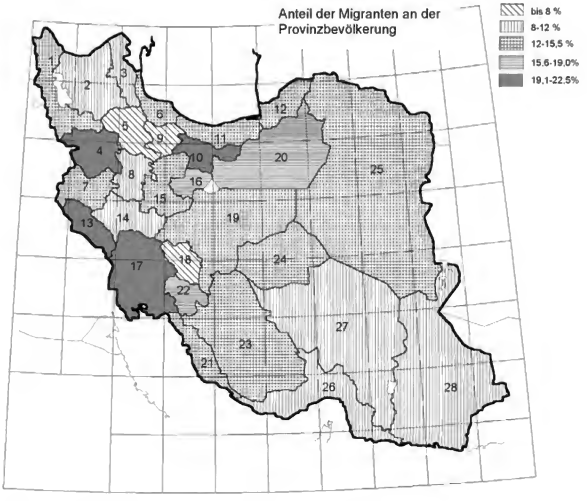
Provinz	Bevölkerung	Stadt	In %	Urbanisationsindex*
Gesamt	60.055.488	36.817.789	61,3	1,00
1. West Azarbayejan	2.496.320	1.315.161	52,7	0,86
2. East Azarbayejan	3.325.540	2.004.484	60,3	0,98
3. Ardabil	1.168.011	568.448	48,7	0,79
4. Kordestan	1.346.383	705.715	52,4	0,85
5. Zanjan	900.890	429.013	47,6	0,78
6. Gilan	2.241.896	1.049.980	46,8	0,76
7. Kermanshah	1.778.596	1.098.282	61,7	1,01
8. Hamedan	1.677.957	810.640	48,3	0,79
9- Qazvin	968.257	552.928	57,1	0,93
9. Teheran	10.343.965	8.912.331	86,2	1,41
10. Mazandaran	2.602.008	1.194.233	45,9	0,75
11. Golestan	1.426.288	588.985	41,3	0,67
12. Ilam	487.886	259.687	53,2	0,87
13. Lorestan	1.584.434	850.016	53,6	0,88
14. Markbazi	1.228.812	701.547	57,1	0,93
15. Qom	853.044	777.677	91,2	1,49
16. Khuzestan	3.746.772	2.342.514	62,5	1,02
17. Chaharmahal u. Bakhtiyari	761.168	342.905	45,0	0,73
18. Esfahan	3.923.255	2.914.874	74,3	1,21
19. Semnan	501.447	342.455	68,3	1,11
20. Bushehr	743.675	394.489	53,0	0,87
21. Kohgiluyeh u. BoyerAhmad	544.356	213.563	39,2	0,64
22. Fars	3.817.036	2.163.119	56,7	0,92
23. Yazd	750.769	564.233	75,2	1,23
24. Khorasan	6.047.661	3.421.937	56,6	0,92
25. Hormozgan	1.062.166	443.970	41,8	0,68
26. Kerman	2.004.328	1.060.075	52,9	0,86
27. Sistan u. Baluchestan	1.722.579	794.528	46,1	0,75

*Urbanisationsindex: UI=(sBP/ sBS)/(BP/ BS)
sBP: städtische Bevölkerung der Provinz
sBS: städtische Bevölkerung des Staates
BP: Bevölkerung der Provinz
BS: Bevölkerung des Staates

Quelle: Iran Statistical Yearbook, 1380, eigene Berechnungen.

Copyrighted material

Abb. 6-2: Anteil der Migranten innerhalb der letzten zehn Jahre (innerhalb der Provinz und aus anderen Provinzen oder dem Ausland) an der Bevölkerung in Prozent

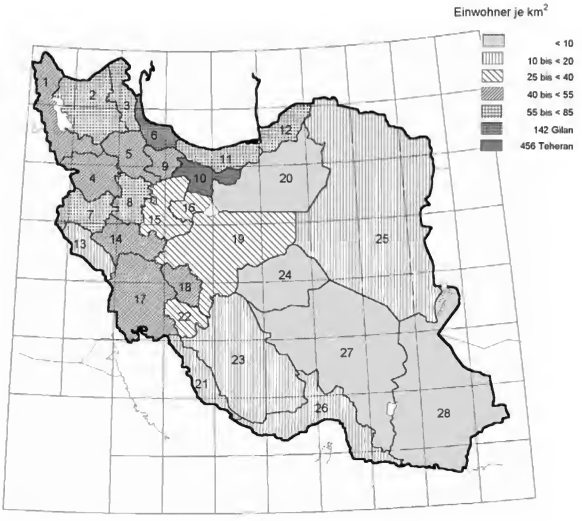


1- West Azarbayejan
2- East Azarbayejan
3- Ardabil
4- Kordestan
5- Zanjan
6- Gilan
7- Kermanshah
8- Hamedan
9- Qazvin
10- Teheran
11- Mazandaran
12- Golestan
13- Ilam
14- Lorestan
15- Markbazi
16- Qom
17- Khuzestan
18- Chaharmahal u. Bakhtiyari
19- Isfahan
20- Semnan
21- Bushehr
22- Kohgiluyeh u. BoyerAhmad
23- Fars
24- Yazd
25- Khorasan
26- Hormozgan
27- Kerman
28- Sistan u. Baluchestan

Quelle: Iran Statistical Yearbook 1380, eigene Berechnungen.

Copyrighted material

Abb. 6-3: Bevölkerungsdichte 1986

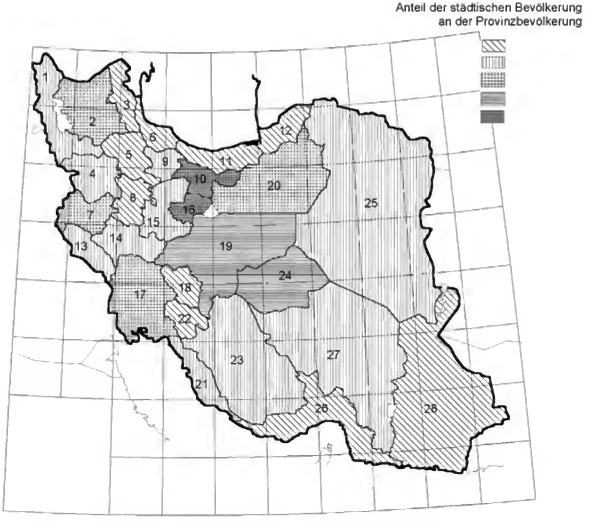


1- West Azarbayejan
2- East Azarbayejan
3- Ardabil
4- Kordestan
5- Zanjan
6- Gilan
7- Kermanshah
8- Hamedan
9- Qazvin
10- Teheran
11- Mazandaran
12- Golestan
13- Ilam
14- Lorestan
15- Markbazi
16- Qom
17- Khuzestan
18- Chaharmahal u. Bakhtiyari
19- Isfahan
20- Semnan
21- Bushehr
22- Kohgiluyeh u. BoyerAhmad
23- Fars
24- Yazd
25- Khorasan
26- Hormozgan
27- Kerman
28- Sistan u. Baluchestan

Quelle: Nach Statistik des Auslandes. Länderbericht Iran 1988.

Copyrighted material

Abb. 6-4: Urbanisierung der einzelnen Provinzen



1- West Azarbayejan
2- East Azarbayejan
3- Ardabil
4- Kordestan
5- Zanjan
6- Gilan
7- Kermanshah
8- Hamedan
9- Qazvin
10- Teheran
11- Mazandaran
12- Golestan
13- Ilam
14- Lorestan
15- Markbazi
16- Qom
17- Khuzestan
18- Chaharmahal u. Bakhtiyari
19- Isfahan
20- Semnan
21- Bushehr
22- Kohgiluyeh u. BoyerAhmad
23- Fars
24- Yazd
25- Khorasan
26- Hormozgan
27- Kerman
28- Sistan u. Baluchestan

Quelle: Iran Statistical Yearbook 1380, eigene Berechnungen.

Copyrighted material

7 Der Iran zwischen Kriegsdrohung und Kriegsbedrohung

Birgit Müller

Zusammenfassung:
Nach der islamischen Revolution 1979 führte Irans aggressive und machtstrebende Außenpolitik in die regionale sowie internationale Isolation. Chatami ist seit 1997 bestrebt, bi- und multilaterale Beziehungen in der Region wieder zu normalisieren. Der Beitrag beschreibt Konflikte sowie Differenzen der iranischen Politik und stellt kriegsbedrohende bzw. kriegsdrohende Rhetoriken und Handlungen heraus.

7.1 Einführung

Die Islamische Republik Iran nimmt durch ihre besondere geostrategische und geopolitische Lage im Nahen Osten eine Sonderstellung in der Region ein. Dadurch ergeben sich Angst- und Konfliktpotenziale für und gegen den Iran, aber auch besondere bi- und multilaterale Beziehungen.

Ich gehe der Frage nach, in wie weit sich die Islamische Republik Iran durch Krieg bedroht fühlen kann oder ob durch ihr Handeln auf der regionalen und internationalen Schaubühne, insbesondere durch das Atomprogramm, kriegsdrohende Intonationen ausgehen. Dafür nehme ich auf meine gestellte Eingangsthese Bezug. Zusätzlich werden Eindrücke, die ich im Iran selbst sammelte, in das Fazit einfließen. Wichtig ist hierfür die Klärung, warum die USA den Iran neben einer Reihe anderer Länder auf der so genannten „Achse des Bösen" verorten. Da in der öffentlichen Meinung zu den regionalen und internationalen Standpunkten der Regierung divergente Positionen, speziell zu den Beziehungen zwischen Iran und USA, vorherrschen, müssen auch innen- und außenpolitische Konfliktkonstellationen des Landes Beachtung finden.

Im Sinne terminologischer Klarheit sollen zunächst elementare Begriffe geklärt werden. Anschließend werde ich auf die geostrategische und -politische Lage des Landes eingehen. Hierdurch sollen die besondere Stellung des Iran auf der internationalen Ebene verdeutlicht sowie bedrohende Faktoren expliziert werden. Daran anknüpfend skizziere ich das Proliferationsproblem, um internationale Konfliktpunkte aufzuzeigen und gleichzeitig die damit verbundenen Ängste der internationalen Staatengemeinschaft hervorzuheben.

7.2 Terminologische Eingrenzung

Ein Nationalstaat bzw. eine Nation kann durch innen- und außenpolitisches Handeln oder Agieren *kriegsdrohend* wirken, oder sich gerade deshalb so verhalten, weil sie sich selbst von Außen oder Innen *kriegsbedroht* fühlt. Kriegsdrohend oder -bedrohend ist im Falle Irans interdependent zu betrachten.

Copyrighted material

Proliferation, so HANNING, der sich in seinem Aufsatz zur Proliferation mit Ursachen, Charakteristika und Konsequenzen auseinandersetzt, ist die Weiterverbreitung von atomaren, chemischen und biologischen Waffen. Zusätzlich weist HANNING auf die Weiterverbreitung von Träger- und Raketentechnologien sowie Mitteln, die zur Herstellung von ABC-Waffen benötigt werden, hin (HANNING 2001). Proliferation impliziert Unsicherheit für Außenstehende oder Dritte in einer bestimmten Weltregion oder sogar im globalen Kontext.

Der Begriff *´Achse des Bösen´* wurde von US-Präsident George W. Bush geprägt. Die Länder Nordkorea, Iran und Irak stellt er in einen gemeinsamen Kontext, da sie aus amerikanischer Perspektive mit Terroristen alliiert seien und (nuklear) aufrüsteten. Ein weiterer Faktor sind „totalitäre" Regime, die Desinformation, Täuschung und mangelnde Kontrollmöglichkeiten implizieren.

7.3 Geostrategische und -politische Lage der Islamischen Republik Iran

Bei Betrachtung der räumlichen Situation ist festzustellen, dass die Islamische Republik Iran in einer Region liegt, die durch Gewalt, Konflikte und Unruhen geprägt ist. Im Osten: Afghanistan, das jahrelang vom Taliban-Regime beherrscht wurde, sowie Pakistan und Indien, die den Besitz atomarer Waffentechnik offenkundig zugeben und in Tests demonstrieren. Im Westen: Irak, der durch das Baath-Regime geprägt war, welches durch die USA, einem anderen dem Iran nicht wohlgesinnten Akteur in der Region, gestürzt wurde. Der arabische Raum schließlich ist durch territoriale, gesellschaftspolitische sowie ökonomische Differenzen bestimmt. Im Gesamtkontext betrachtet, ist der Raum nach innen und außen hoch explosiv, denn Iran unterstützt fundamentalistische, militante Gruppierungen, prowestlich orientierte Staaten der Region hingegen bekämpfen diese. Als prägnantes Beispiel ist hier der israelisch-palästinensische Konflikt zu benennen. Nachfolgend werde ich eine „Mental Map" der ideologischen Interessen, Befürchtungen und Interventionen skizzenhaft darstellen.

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben in der Golfregion eine militärische Vormachtstellung eingenommen, politische sowie militärische Interventionen sind fester Bestandteil im politischen Alltag, speziell in Israel. Im Persischen Golf befindet sich zudem eine starke US-amerikanische Flotte. Aufgrund dieser Tatsachen kann der Befürchtung Teherans von einer Einkreisung durch die USA durchaus zugestimmt werden (THRÄNERT 2003a). Auch Iran hat durch den Zusammenbruch der bipolaren Welt einen Statuswechsel vom abhängigen Staat hin zum ´Schurkenstaat´ erfahren, insbesondere initiiert durch die amerikanische Außenpolitik. Bis zum Sturz des Schahs 1979 verlief die amerikanische Außenpolitik iranfreundlich. Seither haben sich die bilateralen Beziehungen massiv verschlechtert. Im ersten Golfkrieg unterstützten die Amerikaner Iran und Irak mit Waffenlieferungen, die sie gegeneinander einsetzten, denn die Amerikaner „sahen in dem ersten Golfkrieg eine Möglichkeit, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen: erstens Iran am Export seiner Revolution zu hindern und zweitens allen Ambitionen Iraks vorzubeugen, das mit dem Tod des Schahs entstandene Machtvakuum am Golf zu füllen" (MANGOL 2003, S. 36). Die achtziger und neunziger Jahre waren geprägt durch Importsperren, Wirtschaftssanktionen sowie restriktive Politikkonzepte. Nach dem Terroranschlag auf das New Yorker World Trade Center im September 2001 wurde der Iran durch Präsident G. W. Bush neben einigen anderen Staaten auf einer so genannten ´Achse des Bösen´ verortet, wodurch die Beziehungen zusätzlich zu verhärten drohten. Nach einer leichten Entspannungsphase

Copyrighted material

scheinen sich gegenwärtig die Beziehungen der beiden Staaten wieder rhetorisch zu verschlechtern, da die US-Regierung dem Iran erneute Vorwürfe in seiner angeblichen Atompolitik machen, die der Iran dementiert. Daraus resultiert aus meiner Sicht, dass die amerikanische Regierung von ihren Zielsetzungen (Regimewechsel!) gegenüber Iran keinen faktischen Abstand genommen hat.
Bilaterale Beziehungen zur arabischen Welt sind für die Region, den Iran selbst und den internationalen Kontext von besonderer Bedeutung, da die jeweiligen Konflikte Interdependenzen aufweisen. Die Beziehungen zwischen Ägypten und Iran sind seit 1952 stark angespannt. So unterstützte Ägypten den Irak im ersten Golfkrieg und wirft Iran vor, ägyptisch islamistische Gruppierungen wie die Dschihad-Gruppe und Jamal Islamiya politisch und materiell zu unterstützen. Ebenso schwerwiegend ist die Differenz über die Vormachtstellung in der Golfregion, beide Staaten streben nach einer dominanten Rolle. Teheran begründet seinen Anspruch mit der Fläche des Landes. Iran ist mit 1,6 Mio. km^2 flächenmäßig der größte Anrainer des Persischen Golfs. Dem gegenüber steht Ägypten, das sich als Zentrum der arabischen Welt versteht. Seit dem Tod Chomeinis und der Reintegration Ägyptens in die arabische Welt entspannt sich die Lage, doch die Machtdifferenzen, die prowestliche Orientierung Ägyptens und die Normalisierung der Beziehungen zu Israel sind weiterhin gegenwärtig. Befürchtete territoriale und politische Machtschwächungen beeinträchtigen normale bilaterale Beziehungen (FERHAD 2003).

Stabile, aber pragmatische Beziehungen weist Iran zu Syrien auf. Politisch sind sie sich in Bezug des Iraks und dem Nahostkonflikt einig. Differenzen sind am deutlichsten im Libanon zu spüren gewesen. Während der Iran die Hisbollah unterstützt, stärkt Syrien die Al-Amal Gruppierung. Bei Kämpfen der beiden Gruppen wurde schnell deutlich, dass Syrien „Regeln für die Zusammenarbeit im Libanon bestimmt" (FERHAD 2003, S. 41). Doch seit den gescheiterten Friedensverhandlungen im Nahostkonflikt hat sich die Verbindung wieder gefestigt, vor allem durch die Unterstützung radikaler palästinensischer Organisationen. Beide Staaten gelten als terrorismusfördernd und werden verdächtigt, ABC-Waffen herzustellen oder zu besitzen, wobei Syrien nicht auf der ´Achse des Bösen´ verortet ist. Die Beziehungen zwischen Iran und Syrien werden jedoch als nicht strategisch eingeschätzt (FERHAD 2003).

Die politischen Differenzen zwischen Saudi Arabien und Iran haben ebenfalls ihren Ursprung im Sturz des Schahs. Chomeini wollte nach 1979 die Revolution nach Saudi Arabien exportieren, um die ungerechte Herrschaft des Landes zu beenden. Saudi Arabien interpretierte dieses Handeln als expansionistisch und fühlte sich bedroht. Entspannt hat sich die Lage erst nach dem zweiten Golfkrieg. Differenzen bestehen zur Sicherheit am Golf und der damit einhergehenden Rolle Saudi Arabiens. Territoriale Konflikte bestehen in erster Linie mit den GCC-Staaten (Golfkooperation einzelner Staaten) und um drei kleine Inseln im Persischen Golf. Iran erhebt seit den neunziger Jahren einen Besitzanspruch, ähnlich wie die Vereinigten Arabischen Emirate, die allerdings durch den GCC-Rat gestärkt werden. Ursache dieser Bestrebungen ist die Vermutung großer Ölvorkommen. Trotzdem sind vor allem die kleineren GCC-Staaten an einer Machtbalance zwischen Iran, Saudi Arabien und Irak interessiert, aber der Rat würde durch eine potenzielle Aufnahme Irans seine arabische Identität verlieren (FERHAD 2003).

Copyrighted material

Die schweren Konflikte zwischen Iran und Irak sind nicht nur religiös[13] zu begründen, sondern auch durch Machtkonstellationen und territoriale Streitigkeiten. Iran stärkte die schiitische Opposition, während der Irak Volksmudschaheddin aufnahm. Zusätzlich verfolgten beide Staaten unterschiedliches außenpolitisches Bestreben in der Region. Den irakischen Regierungsrat, der durch die USA eingesetzt wurde, erkennt Iran an.
Seit Beginn der Aufarbeitung des Mykonosprozesses 1997 haben sich die Beziehungen zwischen EU-Europa und Iran stetig verbessert. Das umfangreiche Handels- und Kooperationsabkommen, das 2002/2003 noch um sicherheitspolitische Fragen erweitert wurde, erleichtert diplomatische und wirtschaftliche Verhältnisse. Besonders die Wirtschaft ist interessiert sich im Iran verstärkt zu engagieren (REISSNER 2003).

Strategische Beziehungen unterhält der Iran zu Russland, China und teilweise auch zu Pakistan und Nordkorea, wobei keine der Beziehungen spannungsfrei verläuft. Insbesondere Waffen oder Material zum Waffenbau sind aus diesen Ländern eingekauft worden. Darunter befanden sich vermutlich auch proliferationsrelevante Technologien. Iran begründet sein Interesse an proliferationsrelevanter Technologie mit dem Aufbau eines eigenen Brennstoffkreislaufes für die zivile Energiegewinnung (THRÄNERT 2003a).

7.4 Atomprogramm und Proliferationsmöglichkeiten

Die Islamische Republik Iran plant den Aus- bzw. Neubau verschiedener nuklearer Anlagen, die hauptsächlich, so die Argumentation Teherans, zivil genutzt werden sollen. Dem gegenüber steht die Ansicht der USA, die von einer militärischen Nutzung der Anlagen ausgehen. Iran macht sein Interesse geltend, einen eigenständigen Brennstoffkreislauf zur zivilen Energiegewinnung aufzubauen, um von Lieferungen von Brennstoffstäben unabhängig zu sein. Die Urananreicherung ist Iran laut den Vorgaben des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) „nicht untersagt – solange sie unter internationaler Kontrolle erfolgt" (THRÄNERT 2003a, S. 67). Zusätzlich betreibt Iran ein intensives Raketenprogramm und hat dafür in der Vergangenheit aus Libyen und Nordkorea Raketen, die für den Einsatz mit biologischen und chemischen Kampfstoffen geeignet sind, gekauft und sich an der Finanzierung der nordkoreanischen No-Dong-Rakete beteiligt. Über den Zukauf entsprechender Sprengkopfdesigns gibt es keine Informationen (THRÄNERT 2003e). „Mit dem Besitz von Kernwaffen könnte Iran daher das doppelte Ziel verfolgen, sich Respekt durch größeres militärisches Gewicht zu verschaffen und seine Sicherheit zu gewährleisten." (THRÄNERT 2003a). „Dabei ist Iran engagiertes Mitglied sämtlicher Nichtverbreitungsregime. Insofern stellt Iran die existierenden Rüstungskontrollregime vor eine härtere Belastungsprobe als Nordkorea, das den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) verlassen will [...]" (THRÄNERT 2003e, S. 5).

Seit den 1960er Jahren ist Iran in Forschungen nuklearer Technologie involviert, gefördert durch die USA und Europa. Von Anfang an ist Iran Mitglied der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO), und hat seither nachweislich nicht gegen internationale Normen verstoßen, bspw. aber Anlagen zu spät gemeldet. Trotzdem scheint der Verdacht durch westliche Experten berechtigt, denn wirtschaftlich machen Irans neueste Programmideen wenig Sinn (THRÄNERT 2003e, S. 10). „Länder wie Kanada und Argentinien haben in der Vergangenheit die Erfahrung gemacht, dass der Betrieb von

[13] Im Iran sind ca. 90 % der Muslime schiitisch, während im Irak unter Hussein die sunnitische Minderheit die Macht für sich beanspruchte und der Iran die schiitische Opposition unterstützte.

Copyrighted material

Schwerwasserreaktoren eher wirtschaftliche Verluste einbringt. Im Hinblick auf eine militärische Nutzung der Kernenergie wäre der Weg über einen Schwerwasserreaktor in Kombination mit einer Wiederaufbereitungsanlage hingegen sinnvoll." (THRÄNERT 2003e, S. 10). Ein Blick auf die räumliche Verteilung der Anlagen belegt ebenfalls die wirtschaftliche Fragwürdigkeit, ebenso wie die Argumentationen Teherans im Vergleich zu ihrem Handeln. In Bushehr, direkt am Persischen Golf, befindet sich ein Leichtwasserreaktor, der ab 2005 an das Netz gehen soll. Etwa 400 km nördlich von Bushehr befindet sich das Nuklearforschungszentrum von Isfahan. In Natanz, nördlich von Isfahan, soll 2005 eine Urananreicherungsanlage fertig gestellt sein. In Arak, ca. 250 km nördlich von Isfahan, ist eine Schwerwasserproduktionsanlage im Bau. Dort würde nicht Uran anfallen wie in den anderen Anlagen, sondern Plutonium, womit sich Iran, falls die Anlagen militärisch genutzt werden, einen regionalen Vorteil verschafft, denn Plutoniumbomben sind effektiver. Die großen räumlichen Distanzen der Anlagen stehen in keinem Kosten-Verhältnis. Insbesondere die Anlage in Arak wird von westlichen Experten als unökonomisch eingestuft. Nur die Kombination, so die Experten, der Schwerwasseranlage in Arak und einer Wiederaufbereitungsanlage wären ökonomisch tragbar, wenn sie zusätzlich militärisch genutzt wird (THRÄNERT 2003a, c, e). Die Gefahren einer derartigen Entwicklung sind vor allem regionale Proliferationsbestrebungen, der Einsatz atomarer Rüstung als Verhandlungsmasse gegenüber den USA und die Möglichkeit die NVV-Verträge zu verlassen. Andererseits ist die zivile Nutzung der Kernenergie von großer Bedeutung für die Energiesicherstellung des Landes.

7.5 Fazit

Iran befindet sich in einer muslimisch geprägten Region, die fundamentalistisch-militanten Gruppierungen *ein zu Hause* bietet. Zusätzlich befinden sich in unmittelbarer Nachbarschaft Staaten, die nukleare Waffen besitzen und herstellen. Die Sonderstellung die Iran einnimmt, kann in der Mitgliedschaft in internationalen Nichtverbreitungregimen gesehen werden. Zum anderen ist das Land weniger von ethnischen Konflikten betroffen als seine Nachbarn und kann auf diese Weise als Stabilisator für die Region von Bedeutung sein. Aufgrund dieser relativen Stabilität könnte Iran eine wichtige Rolle bei der Krisenbewältigung im persischen und angrenzenden Raum einnehmen. Nach der Verortung des Landes auf der 'Achse des Bösen' durch die US-Regierung ist diese Möglichkeit jedoch stark eingeschränkt worden. Da Iran politisch und materiell die fundamentalistisch-militanten Gruppen Hamas, Dschihad und Hisbollah unterstützt, zusätzlich von Amerika beschuldigt wird, Massenvernichtungswaffen zu besitzen oder herzustellen, kam es zu der fragwürdigen Verortung, die dem Land ein Entwicklungshemmnis ist und sein außenpolitisches Handeln in der Region hemmt bzw. in Frage stellt. Gleichzeitig sind hiermit, je nach perspektivischer Betrachtung, die ersten kriegsdrohenden und kriegsbedrohten Potenziale benannt. Die Perspektive ist bei der Beurteilung von elementarem Wert. Durch Machtkämpfe, schwelende Konflikte ideologischer Art und die aggressive Rhetorik aus Israel und den USA kann sich Iran in seiner Souveränität und Legitimation bedroht fühlen. Weitere Bedrohungspotenziale sind in der Innenpolitik zu finden: die Differenzen zwischen Wächterrat bzw. der konservativen Opposition und der reformorientierten Regierung drohen die Bevölkerung zu polarisieren. Von außen betrachtet sind mangelnde Transparenz des Atomprogramms und der militärischen Organisationen im Land kriegsdrohende Potenziale. Hinzu kommt die massive ideologische Propaganda der konservativen Kräfte im Land. Aus eigener Erfahrung kann ich berichten, das politische Kriegshetzereien gegen Israel und die USA alltäglich sind. Allerdings sind diese

Copyrighted material

Hauswände füllenden Propagandaparolen der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere der jungen Bevölkerung, äußerst peinlich und unangenehm, denn sie wünschen normale, freundschaftliche Beziehungen zu den USA und eine Auflockerung der islamischen Restriktionen. Die Unterstützung der fundamentalistischen militanten Gruppierungen vonseiten des Staates kann als Bedrohung für den regionalen und internationalen Frieden interpretiert werden sowie aus der Perspektive der USA und ihrer Verbündeten als terroristischer „Angstfaktor". Da die US-Rhetorik zwischen militärischer Warnung und Konzessionsbereitschaft schwankt und ein Regimewechsel noch immer oberste Priorität zu haben scheint, ist von einer dauerhaften Verbesserung der Beziehungen solange nicht auszugehen, bis die USA ihre hegemonialen Interessen durchgesetzt hat oder abmildert. Vergessen werden darf nicht, dass die wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Elite mehrheitlich reformorientiert eingestellt ist. Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht, entgegen der scharfen Rhetorik der Konservativen, freie und moderne Lebensweisen, gute Beziehungen nach Europa und den USA. Jedoch wählen sie eine Schritt für Schritt gewaltfreie Machtbeschneidung der Konservativen, indem kleine Reformen den Weg pflastern. Eine demokratische Grundordnung kann nur ohne Gewalt von innen hergestellt werden, d.h. eine von oben verordnete Demokratie kann nur leben und atmen, wenn die Muskeln, also die Bevölkerung, sie bewegen und für erstrebenswert halten.

Literatur

CLAWSEN, P. (2003): The Potential for Iran to Provoke Further Nuclear Proliferation in the Middle East. In: WHITLOCK, E. (Ed.) (2003): Iran and its Neighbors: Diverging Views on a Strategic Region. SWP Berlin. S. 53-56.

EISENSTADT, M. (2003): Dealing with Iran`s Nuclear Program. In: WHITLOCK, E. (Ed.) (2003): Iran and its Neighbors: Diverging Views on a Strategic Region. SWP Berlin. S. 37-41.

FERHAD, I. (2003): Iran und die arabische Welt. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Februar 2004. B 9/2004. S. 39-47.

HANNING, A. (2001): Proliferation. In: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.) (2001): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Hamburg. S. 435-452.

JAEGER, K. (2001): Der Nahe und Mittlere Osten. In: Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Hrsg.) (2001): Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen. Hamburg. S. 291-319.

MANGOL, B.-P. (2003): Die Beziehungen zwischen den USA und Iran seit 1953. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Februar 2004. B 9/2004. S.29-38.

REISSNER, J. (2003): Iran nach dem Irak-Krieg. Zwischen amerikanischem Druck und europäischer Annäherung. SWP-Studie 06/2003. S. 25.

THRÄNERT, O. (2003a): Atommacht Iran - was tun? In: Internationale Politik 08/2003; S. 67-72.

THRÄNERT, O. (2003b): Europa und die USA müssen eine gemeinsame Strategie verfolgen. Irans Aufgabe der Urananreichung unabdingbar. In: Die Welt, 01.11.2003.

THRÄNERT, O. (2003c): Baut Teheran an der Atombombe? Schon mehrmals hat der Iran versucht, Nuklearwaffen zu entwickeln. In: Die Welt; 17.06.2003.

Copyrighted material

THRÄNERT, O. (2003d): Teherans Interesse Atommacht zu werden. Irans Gründe für eine zivile Nutzung der Kernenergie leuchten nur wenig ein - Sein Streben nach Atomwaffen aber macht Sinn. In: Die Welt; 08.09.2003.

THRÄNERT O. (2003e): Der Iran und die Verbreitung von ABC-Waffen. SWP-Studie 08/2003. S 30.

THRÄNERT, O. (2004): Verliert die Verbreitung von Kernwaffen ihren Schrecken? Die neuesten Entwicklungen in Iran, Libyen, Nordkorea und Pakistan. SWP-Aktuell 3. 01.02.2004.

http://de.wikipedia.org/wiki/Achse_des_B%F6sen

Copyrighted material

8. Vom „Ideologieexport" zur Wahrnehmung nationaler Interessen – Irans regionale Außenpolitik in Zentralasien

Henryk Alff

Zusammenfassung:
Seit den ersten Jahren der Islamischen Republik hat die Außenpolitik des Iran eine dynamische Entwicklung durchlaufen. Der Beitrag beschreibt diesen Wandel vom so genannten „Ideologieexport" zu einer Politik der Wahrnehmung nationaler Interessen am Beispiel regionaler Außenpolitik in Zentralasien.

8.1 Die Grundzüge iranischer Außenpolitik nach 1979 und der außenpolitische Komplex

Der Staatsbildungsprozess der Islamischen Republik Iran in den 1980er Jahren war maßgeblich geprägt durch die Schaffung einer Balance zwischen der Regeneration der Ziele der islamischen Revolution auf der einen und der Institutionalisierung des Staates auf der anderen Seite. Ersteres wurde in Form des „Revolutionsexportes" zum bedeutsamen Teil in die Außenpolitik kanalisiert. Die geistliche Elite betrachtete den Iran als Schutzmacht islamistischer Gruppierungen und Bewegungen besonders im Nahen Osten und dem nördlichen Afrika (AFRASIABI 1994, S.15 f.). Gleichzeitig wurde durch die Verfassung die Unterstützung des Kampfes der „Rechtlosen" gegen die „Unterdrücker" weltweit proklamiert. Die Existenz von Nationalismus und Nationalität im Iran hingegen wurde von oberster Stelle verneint, und als vom Westen importierte Ideologie oder vorislamische Erscheinung bezeichnet.

Für eine Zäsur in der iranischen Außenpolitik war der iranisch-irakische Krieg verantwortlich, in dessen achtjährigen Verlauf es zu enormen Verlusten von Menschenleben und erheblichen Zerstörungen der Infrastruktur kam. Mehrere Hunderttausend Menschen wurden getötet oder verletzt, 60 Städte und 4000 Dörfer teilweise oder vollständig zerstört (AFRASIABI 1994, S. 36). Offizielle Statistiken gehen von direkten und indirekten wirtschaftlichen Schäden in Höhe von 871 Mrd. Dollar aus (AFRASIABI 1994). Hinzu kam das Scheitern der durch Pan-Islamismus charakterisierten Mobilisierungsstrategie der iranischen Führung. 1988 sah sich Khomeini gezwungen, einem von der UN verhandelten Waffenstillstandsabkommen zuzustimmen. Dies war der erste Schritt hin zu einer lange verzögerten, stärker von nationalen Werten geprägten Staatsbildung. Die Erfahrung einer kollektiven Bedrohungssituation durch eine auswärtige Macht und die Last des Wiederaufbaus förderten den Prozess der „Rationalisierung" und „Pragmatisierung" der iranischen Außenpolitik und die Betonung des Faktors Sicherheit in den regionalen und internationalen Beziehungen.

Der Tod des charismatischen Führers Khomeini im Jahre 1989 stellte zusätzlich die Weichen für eine stärkere Dezentralisierung der Gestaltung außenpolitischer Leitlinien und die Hinwendung zu einer Strategie der Wahrnehmung nationaler Interessen. Bis zu diesem Zeitpunkt waren unterschiedliche offizielle und inoffizielle Akteure in die Außenpolitik involviert. Khomeinis Einfluss dabei war erheblich. Er traf selbst oft unilaterale und unabgestimmte außenpolitische Entscheidungen. Auf diesem Wege gelang es ihm, die

Copyrighted material

unterschiedlichen Fraktionen, die in die Außenpolitik eingebunden waren, gegeneinander auszubalancieren. Hatte er beispielsweise durch Annahme des Waffenstillstands einen Teil seines hohen Ansehens bei den militanten Kräften im Iran eingebüßt, so gelang es ihm, durch die Unterstützung der *fatwa* gegen Salman Rushdie dieses erneut zu restaurieren (AFRASIABI 1994, S. 30).

Neben den dominant internen Faktoren iranisch-irakischer Krieg und Ende der charismatischen Herrschaft Khomeinis wirkte extern auch das Ende des Kalten Krieges auf die Umorientierung in der Außenpolitik. Die USA, Hauptgegner des Irans, waren nun die einzige Supermacht, während der Zusammenbruch der UdSSR, einst Stabilitätsgarant an der iranischen Nordgrenze, zur Unabhängigkeit der zentralasiatischen und transkaukasischen Republiken und damit zur Schaffung von fragilen staatlichen Gebilden führte. Der Iran geriet erneut in sein angestammtes geopolitisches Umfeld als Mittelmacht mit allen damit verbundenen Risiken und Chancen zurück (REISSNER 2001, S. 664).

Der außenpolitische Komplex der Islamischen Republik Iran zeichnet sich durch eine Kombination von Individuen und Institutionen, die direkt in den Entscheidungsprozess eingebunden sind, aus. Laut Verfassung gehören der geistige Führer, der Präsident, der Außenminister, der Rat für nationale Sicherheit und die ökonomische und militärische Bürokratie zum außenpolitischen Establishment. Zusätzlich zu diesen Akteuren spielen auch informelle Kräfte eine nicht unbeträchtliche Rolle bei der Festlegung der außenpolitischen Linie. Zu nennen sind hier die mächtigen religiösen Stiftungen, die besonders in Bezug zum „Revolutionsexport" bis heute eine dominante Stellung einnehmen. So existieren neben dem zum Außenministerium gehörenden Büro für Befreiungsbewegungen im Iran mehrere andere Einrichtungen, die parallel die Verantwortung für Ideologieexport übernommen haben (AFRASIABI 1994, S. 26). Die Außenpolitik ist somit beeinflusst von Akteuren mit sehr verschiedenen politischen Hintergründen. Während der religiöse Führer Khamenei, der Nachfolger Khomeinis, an sehr konservativen Grundsätzen festhält, war die Regierung Khatamis (1997 bis 2005) von eher moderaten bis liberalen Kräften dominiert. Mit der Regierung des neuen Präsidenten Ahmadinejad haben sich neokonservative Kräfte, die vornehmlich während des iranisch-irakischen Krieges ihre politische Prägung erhielten, die Macht gesichert (REISSNER 2005, S. 1). Jenseits und selbst innerhalb dieser Lager besteht ein Spektrum von weiteren mehr oder weniger starken Kräften mit unterschiedlichen politisch-religiösen Orientierungen.

Der iranische Präsident Rafsanjani (1988 bis 1997) und sein Nachfolger, der Reformer Khatami (1997 bis 2005), hatten erheblichen Anteil an der Wendung der iranischen Außenpolitik von militantem zu moderatem Verhalten. Eine entgegengesetzte Bewegung, die sich in erheblichen Drohgebärden gegen Israel und der erneuten Abkühlung des Verhältnisses zum Westen manifestiert, hat seit 2005 mit dem neuen Präsidenten Ahmadinejad begonnen. Doch diese Entwicklung beruht weiterhin auf nationalen Interessen des Iran, wie die Argumentation für die Durchsetzung des iranischen Atomprogramms von offizieller Seite zeigt. Fraglich bleibt weiterhin, ob und wie lange die neue Führung in Teheran diese sehr selbstbewusste, den Interessen des Westens gegenüberstehende Linie in der Außenpolitik aufrechterhalten kann. Der Machtkampf unter den konservativen und reformorientierten Einflussgruppen um das politische Selbstverständnis des Irans ist einem Wettbewerb innerhalb der konservativen Eliten des Landes gewichen (REISSNER 2005, S. 2). Während Khamenei und Ahmadinejad die Kontinuität bzw. Restauration des „Khomeinismus" mit seinem betonten Anti-Amerikanismus und der gegnerischen Stellung zur Globalisierung bekräftigen, sprechen sich andere konservative Gruppen für eine

Copyrighted material

Veränderung des Kurses in der Außenpolitik zu mehr pragmatischen Verhalten aus. Die iranische Außenpolitik bleibt somit in hohem Maße inkonsistent und sorgt für divergierende Einschätzungen von Seiten des Westens.

Die alleinige Betrachtung der Außenpolitik ohne Bezug zur Innenpolitik verschleiert allerdings, dass, je stärker sich die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Probleme (demographische Krise, hohe Arbeitslosigkeit, Korruption und Missmanagement in der Ökonomie) im Innern zuspitzen, sich auch die Bedeutung der auswärtigen regionalen und internationalen Beziehungen relativiert. Dringend benötigte Reformen bleiben bisher, blockiert durch den konservativen Klerus, aus. Auch die von Ahmadinejad im Wahlkampf angekündigten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung und der Verbesserung der Lage der ärmeren Bevölkerungsschichten wurde bisher kaum implementiert. Irans neues Selbstbewusstsein gegenüber der internationalen Gemeinschaft bleibt auch weiterhin eng an die gespannte innenpolitische Situation gekoppelt.

8.2 Die Islamische Republik in der Region

8.2.1 Der Iran im Kontext regionaler Sicherheit

Der Iran kehrte mit Ende des Ost-West-Konfliktes und dem Zusammenbruch der Sowjetunion wieder in seine traditionelle geopolitische Umwelt zurück (REISSNER 2001, S. 664). Diese stellte sich allerdings als Kreis von zwischenstaatlichen und ethno-politischen Konflikten am Persischen Golf, in Nagorny Karabakh, Georgien und Tschetschenien, in Tadschikistan und Afghanistan dar (REISSNER 2001). Die Erfahrung des Krieges sorgte angesichts dieses Umfeldes für ein großes Unsicherheitsgefühl auf Seiten des Iran. Die Bedrohungsvorstellungen sind auch aus dem Blickwinkel verständlich, dass im Vielvölkerstaat Iran große Minderheiten von Aserbaidschanern, Armeniern, Turkmenen, Kurden, Arabern und Belutschen leben. Die Bevölkerungsanteile der Minderheiten sind besonders in den schwer zugänglichen peripheren Gebirgsregionen des Landes sehr hoch, was die Furchtszenarien vor Destabilisierung und Verlust der territorialen Integrität zusätzlich nährt. Im Falle Aserbaidschans ist das Bedrohungsgefühl besonders deutlich, leben doch in den nordwestlichen Provinzen West- und Ost-Aserbaidschan sowie Ardebil erheblich mehr Aserbaidschaner als in der souveränen Republik, in der zudem Stimmen nationalistischer Gruppierungen nach einem Anschluss der entsprechenden iranischen Provinzen laut wurden (REISSNER 2001, vgl. auch SHAFFER 2002).

Neben den ethno-politischen Unwägbarkeiten sorgten, wenn auch im geringeren Maße, die schwach ausgebildete Staatlichkeit in den neuen Staaten der postsowjetischen Peripherie, die Drogenhandel und Korruption sowie sozioökonomischem Niedergang Vorschub leisten, für Furchtvorstellungen der Islamischen Republik. Der Faktor Sicherheit und die Unterstützung regionaler Stabilität stand daher an erster Stelle auf der außenpolitischen Agenda des Iran in Bezug auf die Region (HERZIG 2001, S. 172). In Hinsicht auf zwischenstaatliches Konfliktpotential wurde bis zum Einmarsch amerikanischer und britischer Truppen in den Irak eben dieser als bedeutendste Bedrohung angesehen. Hinzu kommt Israel, besonders aufgrund seines Atomwaffenarsenals, und im geringeren Maße die Türkei aufgrund ihrer Nato-Mitgliedschaft sowie ihrer Bündnispolitik mit dem Erzfeind Israel (REISSNER 2001, S. 664). Die starke Präsenz amerikanischer Truppen an den Außengrenzen und in der Region bedeutet aus Sicht Teherans zusätzliches Unsicherheitspotential.

Copyrighted material

8.2.2 Grundlagen und Positionierung iranischer Außenpolitik

Der Iran betrachtet sich selbst als „Insel der Stabilität" umringt von einem „Meer" sicherheitspolitischer Unwägbarkeiten, etwa der ethno-politischen Konflikte im Kaukasus und Zentralasien. Eines der obersten Ziele iranischer Politik, sowohl im Innern als auch im Äußeren, ist daher ein Nationalstaat in den heutigen Grenzen im Rahmen der postsowjetischen territorialstaatlichen Ordnung zu bleiben und ein wichtiges Transitland zwischen Zentralasien, der Kaspischen Region und dem Persischen Golf zu werden (REISSNER 2001, S. 664).

Die Sicherung des Nationalstaates wird im Iran automatisch mit dem Erhalt kultureller Identität in Verbindung gebracht. Hier liegt die wichtigste Ursache für die heutigen internen Konflikte des Iran. Im Selbstverständnis des Iran besteht eine offensichtliche Ambivalenz zwischen Hegemon- und Opferdenken. Mal sieht man sich in der Tradition ehemaliger persischer Großreiche, mal als Opfer Jahrhunderte andauernder kolonialistischer und imperialistischer Verschwörungen (REISSNER 2001, S. 665 ff.). Als Quelle der Ambivalenz wird vielfach die Größe und der besondere Status der eigenen Kultur genannt, deren Bedeutungserosion im 19. Jahrhundert mit den russischen Eroberungen südlich des Kaukasus und in Zentralasien begann, und sich bis zum Jahr 1979 fortsetzte. Auch die Revolution ist aufs engste mit der Einflussnahme auswärtiger Mächte auf die Politik des Iran verbunden.

8.2.3 Regionale Außenpolitik – das Beispiel Zentralasien

2250 km gemeinsamer Grenze verbinden Iran seit 1991 mit drei neuen Staaten (Armenien, Aserbaidschan, Turkmenistan), über das Kaspische Meer besteht zusätzlich Zugang zu Kasachstan und der Russischen Föderation. Angesichts dieser engen Nachbarschaft hegt Teheran nach wie vor Hoffnung auf eine intensive regionale Kooperation der Anrainerstaaten. Hierbei spielen besonders die großen Öl- und Gaslagerstätten an und im Kaspischen Meer eine Rolle. In Bezug zum Kaspischen Meer stellt sich die Frage nach dem Status. Iran favorisiert die gemeinsame, gleichberechtigte Nutzung des Gewässers und opponiert gegen unilaterale Projekte der einzelnen Staaten. Nur ein legales Regime, das von allen Staaten getragen wird und die Gründung einer Caspian Sea Cooperation Organization (CASCO) mit einschließt, soll bindend sein. Externe Akteure sollen herausgehalten werden, Anstrengungen zur Demilitarisierung zudem Irans Sicherheitsimperativ garantieren (MOHSENIN 2001, S. 175 ff.). Von der Forderung nach einem ungeteilten Kaspischen Meer ist der Iran allerdings mittlerweile abgerückt, und stimmt einer Aufteilung zu, sofern Teheran 20 % der Fläche zufallen (MOHSENIN 2001).

Die starke Betonung von gleichberechtigter Kooperation in der ökonomischen Außenpolitik des Irans zieht sich durch sämtliche bi- und multilateralen Beziehungen in der Region. Darunter fällt auch die Aufnahme aller Staaten der Region mit mehrheitlich moslemischer Bevölkerung in die Economic Cooperation Organization (ECO) im Jahre 1992, mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen islamischen Binnenmarktes, und die Wiederbelebung der historischen Bedeutung Zentralasiens als Transitregion zwischen Europa, dem Mittleren Osten, der GUS sowie Ost- und Südasien (HERZIG 1995, S. 32).

In kultureller Hinsicht berief sich die iranische Außenpolitik auf die Restauration gemeinsamer Werte wie Geschichte, Religion und Sprache. Über mehrere Jahrhunderte hinweg

Copyrighted material

bis zur Eroberung durch das Russische Reich Anfang des 19. Jahrhunderts war Persien die entscheidende kulturelle Macht in der Region. Die persische Sprache galt als *Lingua franca* von der Türkei bis nach Indien. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hofften nun verschiedene, besonders auch informelle Klientelgruppen im Iran verlorenen Einfluss wieder geltend machen zu können.

Die offizielle regionale Außenpolitik orientierte sich insgesamt an der bereits beschriebenen pragmatischen Wahrnehmung nationaler Interessen jenseits des noch in den 1980er Jahren propagierten „Ideologieexports". Sie folgte Werten und Normen des internationalen Systems. Dennoch wurden die iranischen Initiativen von den Regierungen der zentralasiatischen Republiken weitestgehend mit Misstrauen registriert. Iran wurde weiterhin als Zentrum für die Verbreitung islamistischen Gedankengutes angesehen, seine Bemühungen um die Verbesserung seiner Wahrnehmung verliefen zum erheblichen Teil ergebnislos. Zudem hatten die Staaten ein vitales Interesse an guten Beziehungen zum Westen und besonders zu den USA, die einem Engagement des Irans in Zentralasien möglichst verhindern wollten. Zielten Irans Initiativen in Zentralasien darauf ab, nach langer Isolation wieder zu einem anerkannten Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu werden und als Nationalstaat mit rationalen Interessen wahrgenommen zu werden, wollten die USA dies nicht zulassen. Sie befürchteten, dass das ideologische Vakuum, das durch den Zusammenbruch der UdSSR entstanden war, durch den Iran gefüllt werden könnte. Der Iran seinerseits strebte eine Exklusion der USA aus Zentralasien, vor allem dem Kaspi-Raum, und freundschaftliche, auf gegenseitigem Vertrauen bestehenden Beziehungen zu den Staaten der Region an (HERZIG 2001, S. 174). Doch zu Beginn der 1990er Jahre noch in Anlehnung an historische Analogismen (der Kampf um die Kontrolle des Zugangs nach Indien über Zentralasien zwischen dem Russischen Reich und Großbritannien im 19. Jahrhundert) genannten *„great game"* spielten noch andere Akteure eine Rolle. Auch die Türkei, Russland und China wurden als Mächte mit Interessen in der Region gehandelt. Auch sie würden versuchen, Vorteil aus der Situation zu schlagen.

Russlands nach wie vor großer politischer Einfluss in Zentralasien und Kaukasien wurde dabei vielfach unterschätzt. Besonders in Fragen der Sicherheitspolitik blieb die Russische Föderation für die meisten Staaten der Partner Nummer eins. Irans Analytiker beachteten sowohl die Persistenz des russischen Einflusses, als auch die weitreichende Kongruenz iranischer und russischer Sicherheitsinteressen. Sowohl Russland als auch die Islamische Republik wollten amerikanische Initiativen in der Region möglichst minimieren. Beide sahen zudem die Gefahr ethno-politischen Konfliktpotentials. Angesichts dieser Überschneidungen überließ der Iran Sicherheitsangelegenheiten russischen Initiativen und verhielt sich weitestgehend passiv (HERZIG 2001, S. 188). Nur in Hinsicht auf Konfliktmanagement machte sich Teheran einen Namen als Unterhändler im Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan um Nagorny Karabakh und im tadschikischen Bürgerkrieg.
Verschiedentlich wiesen Analytiker Anfang der 1990er Jahre auf eine zu erwartende Rivalität zwischen der Türkei als Vertreter des Westens, der Säkularität, Demokratie und Marktwirtschaft repräsentiert, und des Irans als „Exporteur" von islamischem Fundamentalismus, Revolution und nicht-westlichen Werten und Normen hin (vgl. HERZIG 1995). Zu dieser Konstellation kam es jedoch nicht. Sowohl die Türkei als auch der Iran waren darauf bedacht, eigene Interessen durchzusetzen, dabei jedoch größere Spannungen zu vermeiden, da diese nicht nur zu Instabilität in der Region beigetragen, sondern auch die eigenen Chancen egalisiert hätten. Darüber hinaus war der Einfluss beider Staaten in der Region vergleichsweise gering, was auf erhebliche Fehleinschätzungen der politischen

Copyrighted material

Establishments als auch anderer beteiligter Gruppen und die Persistenz russischer Vorherrschaft in Zentralasien zurückzuführen ist.

8.3 Fazit

Die iranische Außenpolitik befindet sich in einem Legitimitätsdilemma. Zum einen will der Staat in der Region gestaltend wirken, zum anderen fehlen hierfür innenpolitisch und ökonomisch Mittel und Einfluss. Aufgrund der Auseinandersetzungen im Innern sind im Augenblick alle Kräfte des Iran gebunden. Die Zersplitterung der Machtzentren behindert eine kohärente Außenpolitik (REISSNER 2001, S. 678). Dies hat sich auch nach der überraschenden Wahl Ahmadinejads zum Präsidenten im Jahr 2005 nur bedingt geändert, denn auch innerhalb der einst als nahezu monolithisch beschriebenen Konservativen tun sich zunehmend Risse auf. Weiterhin wirken sich die Interessen der Industrienationen und Großmächte in dem an Energieressourcen reichen Raum entscheidend aus.
Trotz bedeutender Misserfolge hat die regionale Außenpolitik des Iran wesentlich zur Verbesserung seiner Wahrnehmung in der Welt beigetragen. Besonders der Erfolg in der Vermittlung des inner-tadschikischen Konfliktes hat dabei einen besonderen Stellenwert (ABDULLAEV; BARNES 2001). Iran wird am Beginn des 21. Jahrhunderts nicht mehr vorrangig als Quasi-Staat, der islamistische Ideologie in alle Welt verbreitet, gesehen, sondern als Nationalstaat mit legitimen Interessen. Relativierend hat hier der Streit um das iranische Atomprogramm gewirkt, in welchem die USA und die iranische Führung die treibenden Kräfte darstellen. Die Beilegung der zunehmenden Spannungen wird erhebliche Sensibilität und psychologisches Verständnis der komplexen Lage im Iran bedürfen (FORSTER/OWEN 2006, S. 1). Für die politische und ökonomische Entwicklung des gesamten Raumes hätte ein besonnenes Vorgehen wesentliche positive Konsequenzen.

Literatur

ABDULLAEV, K.; BARNES, C. (Eds.) (2001): Politics of compromise. The Tajikistan peace process. London.

AFRASIABI, K. (1994): After Khomeini. New Directions in Iran's Foreign Policy. San Francisco and Oxford.

FORSTER, C./OWEN, J. (2006): Understanding Iran: a solution to the nuclear crisis. The Foreign Policy Centre. London.

HERZIG, E. (1995): Iran and the Former Soviet South. London.

HERZIG, E. (2001): Iran in Central Asia. In: ALLISON, R.; JONSON, L. (Eds.) (2001): Central Asian Security. The New International Context. London and Washington. P. 171-198.

MOHSENIN, M. (2001): The evolving security role of Iran in the Caspian region. In: CHUFRIN, G. (Ed.) (2001): The Security of the Caspian Sea Region. Oxford. p. 166-173.

REISSNER, J. (2001): Iran – Stabilität statt Revolutionsexport. In: REITER, E. (Hrsg.) (2001): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik. Hamburg, Berlin, Bonn. S. 663-680.

REISSNER, J. (2005): Irans neue Distanz zum Westen. SWP-Aktuell 32. Berlin.

SHAFFER, B. (2002): Borders and Brethren. Iran and the Challenge of Azerbaijani Identity. Cambridge and London.

Copyrighted material

Praxis Kultur- und Sozialgeographie

Herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Heller (Potsdam) und Prof. Dr. Manfred Rolfes (Potsdam) in Verbindung mit Prof. Dr. Hans-Joachim Bürkner (Erkner/Potsdam)

Federführender Herausgeber: Prof. Dr. Wilfried Heller

Schriftleitung: Dr. Waltraud Lindner

Zielsetzung:

Die Reihe "Praxis Kultur- und Sozialgeographie" soll ein Forum vor allem für Beiträge folgender Art sein:
- methodisch und thematisch besonders interessante Diplomarbeiten und andere wissenschaftliche Hausarbeiten von Hochschulabsolventen
- Arbeitsberichte über Lehrveranstaltungen (z.B. Geländepraktika und Exkursionen)
- Diskussionspapiere und Forschungsmitteilungen in Form von Berichten aus der "Forschungswerkstatt".

Bisher erschienen sind:

Heft 1 **SÖHL, Ilse: Zur Stadterneuerung in der Bundesrepublik Deutschland.** Bauliche und sozialstrukturelle Änderungen in Altbauvierteln am Beispiel der Göttinger Südstadt. 1988. 97 S. 6,00 €

Heft 2 **Alternative Ökonomie – Modelle und Regionalbeispiele.**
Inhalt:
SPERSCHNEIDER, Werner: Alternative Ökonomie und selbstverwaltete Betriebe - eine Strukturanalyse im südlichen Niedersachsen;
UHLENWINKEL, Anke: Alternativökonomie in der Region Bremen – zwischen endogenem Potential und neuen regionalen Wirtschaftsstrukturen. 1988. 162 S. 9,00 €

Heft 3 **FELGENTREFF, Carsten: Egerländer in Neuseeland.** Zur Entwicklung einer Einwandererkolonie (1863-1989). 1989. 48 S. 4,00 €

Heft 4 **KOBERNUSS, Jan-F.: Reiseführer als raum- und zielgruppenorientiertes Informationsangebot.** Konzeption und Realisierung am Beispiel Kulturlandschaftsführer Lüneburger Heide. 1989. 123 S.
Beilage: Lüneburger Heide – Begleiter durch Kultur & Landschaft. 8,50 €

Heft 5 **STAMM, Andreas: Agrarkooperativen und Agroindustrie in Nicaragua.** Entwicklung zwischen Weltmarkt und bäuerlicher Selbsthilfe. 1990. 98 S. 12,00 €

Heft 6 **HELLER, Wilfried (Hrsg.): Albanien 1990.** Protokolle und thematische Zusammenfassungen zu einem Geländekurs des Geographischen Instituts der Universität Göttingen. 1991. 87 S. 7,00 €

Copyrighted material

Heft 7 **SCHROEDER, Friederike: Neue Länder braucht das Land!** Ablauf und Umsetzung der Länderbildung in der DDR 1990. 1991. 90 S. 7,50 €

Heft 8 **EBERHARDT, Winfried: Die Sonderabfallentsorgung in Niedersachsen.** Fakten, Probleme und Lösungsansätze. 1992. 194 S. 15,00 €

Heft 9 **HOFMANN, Hans-Jürgen / BÜRKNER, Hans Joachim / HELLER, Wilfried: Aussiedler – eine neue Minorität.** Forschungsergebnisse zum räumlichen Verhalten sowie zur ökonomischen und sozialen Integration. 1992. 83 S. 7,50 €

Heft 10 **SCHLIEBEN, C. v.: Touristische Messen und Ausstellungen** – ihre Nutzung als Marketinginstrumente durch Fremdenverkehrsorganisationen. 1993. 121 S. 18,00 €

Heft 11 **FRIELING, Hans-Dieter v. / GÜSSEFELDT, Jörg / KOOPMANN, Jörg: Digitale Karten in GIS.** 1993. 74 S. 7,50 €

Heft 12 **OHMANN, Michael: Der Einsatz von Solaranlagen in öffentlichen Freibädern in der Bundesrepublik Deutschland.** Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit am Beispiel des Wellen- und Sportbades Nordhorn. 1995. 152 S. 10,00 €

Heft 13 **HELLER, Wilfried (Hrsg.): Identität – Regionalbewußtsein – Ethnizität.** Mit Beiträgen von Wolfgang Aschauer, Stefan Buchholt, Gerhard Hard, Frank Hering, Ulrich Mai und Waltraud Lindner.
Teil 1:
ASCHAUER, Wolfgang: Identität als Begriff und Realität.
HARD, Gerhard: „Regionalbewußtsein als Thema der Sozialgeographie." Bemerkungen zu einer Untersuchung von Jürgen Pohl.
Teil 2:
BUCHHOLT, Stefan: Transformation und Gemeinschaft: Auswirkungen der „Wende" auf soziale Beziehungen in einem Dorf der katholischen Oberlausitz.
HERING, Frank: Ländliche Netzwerke in einem deutsch-sorbischen Dorf. Eine sozialgeographische Untersuchung.
MAI, Ulrich: Persönliche Netzwerke nach der Wende und die Rolle von Ethnizität: Die Sorben in der ländlichen Lausitz.
LINDNER, Waltraud: Ethnizität und ländliche Netzwerke in einem niedersorbischen Dorf der brandenburgischen Niederlausitz nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten.
1996. 152 S. € 9,00

Heft 14 **PAPE, Martina: Obdachlosigkeit in Ost- und Westdeutschland im Vergleich.** Dargestellt am Beispiel der Städte Nordhausen und Northeim. 1996. 105 S. € 7,50

Heft 15 **BÜRKNER, Hans-Joachim / KOWALKE, Hartmut (Hrsg.): Geographische Grenzraumforschung im Wandel.**
Inhalt:
BÜRKNER, Hans-Joachim: Geographische Grenzraumforschung vor neuen Herausforderungen - Forschungskonzeptionen vor und nach der politischen Wende in Ostmitteleuropa.
MAIER, Jörg / WEBER, Werner: Grenzüberschreitende aktivitäts- und aktionsräumliche Verhaltensmuster im oberfränkischen Grenzraum vor und nach der Wiedervereinigung.
JURCZEK, Peter: Möglichkeiten und Schwierigkeiten der grenzüberschreitenden Entwicklung sowie Formen der grenzübergreifenden Kooperation im sächsisch-bayerisch-tschechischen Dreiländereck.
STRYJAKIEWICZ, Tadeusz: Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze und Probleme der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Copyrighted material

ASCHAUER, Wolfgang: Systemwandel und Grenzöffnung als Faktoren der Regionalentwicklung - das Beispiel der ungarisch-österreichischen Grenzregion.
KOWALKE, Hartmut: Themen und Perspektiven der „neuen" Grenzraumforschung.
1996. 82 S. 9,00 €

Heft 16 **OBST, Andreas: Bürgerbeteiligung im Planungsprozess.** Qualitative Untersuchungen zu Problemen der Dorferneuerung. 1996. 116 S. 9,00 €

Heft 17 **KUHR, Jens: Konzeption eines Geographischen Reiseführers als zielgruppenorientiertes Bildungsangebot.** 1997. 204 S. 13,50 €

Heft 18 **MOTZENBÄCKER, Sabine: Regionale und globale Verflechtungen der biotechnologischen Industrie Niedersachsens.** 1997. 158 S. 11,00 €

Heft 19 **TÖDTER, Sven: Car-Sharing als Möglichkeit zur Reduzierung der städtischen Verkehrsbelastung.** Eine vergleichende Untersuchung des Nutzer- und Anforderungsprofils des „stadt-teil-autos" in Göttingen. 1998. 71 S. 8,00 €

Heft 20 **ASCHAUER, Wolfgang / BECKER, Jörg / FELGENTREFF, Carsten (Hrsg.): Strukturwandel und Regionalbewußtsein.** Das Ruhrgebiet als Exkursionsziel. 1999. 108 S. 10,00 €

Heft 21 **FELGENTREFF, Carsten / HELLER, Wilfried (Hrsg.): Neuseeland 1998.** Reader zur Exkursion des Instituts für Geographie der Universität Potsdam mit den Schwerpunkten Migration und Restrukturierung / Deregulierung. Mit Beiträgen von Monika Bock, Lars Eggert, Anja Farke, Tanja Gärtig, Matthias Günther, Thomas Hahmann, Christian Heilers, Anke Heuer, Annekathrin Jakobs, Heinrich Kanstein, Katrin Kobus, Michael Ksinsik, Carmen Liesicke, Tilly Müller, Jörg Pasch, Antje Schmallowsky, Olaf Schröder, Alexander Spieß, Bettina Wedde, Markus Wolff. 1999. 238 S. 15,00 €

Heft 22 **KRUSE, Jörg / LERNER, Markus: Jüdische Emigration aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland. Aspekte eines neuen Migrationssystems.** 2000. 150 S. 13,00 €

Heft 23 **HELMS, Gesa: Glasgow – the friendly city. The safe city.** An agency-orientated enquiry into the practices of place-marketing, safety and social inclusion. 2001. 126 S. 13,00 €, ISBN 3-935024-21-5

Heft 24 **BEST, Ulrich / GEBHARDT, Dirk: Ghetto-Diskurse.** Geographien der Stigmatisierung in Marseille und Berlin. 2001.
177 S. 14,00 €, ISBN 3-935024-24-X

Heft 25 **KNIPPSCHILD, Robert: Die EU-Strukturpolitik an Oder und Neiße.** Chancen einer nachhaltigen Regionalentwicklung in der Grenzregion mit dem EU-Beitrittskandidaten Polen. 2001.
107 S. 10,00 €, ISBN 3-935024-32-0

Heft 26 **ZIENER, Karen: Das Bild des Touristen in Nationalparken und Biosphärenreservaten im Spiegel von Befragungen.** 2001.
169 S. 14,00 €, ISBN 3-935024-38-X

Heft 27 **HELLER, Wilfried (Hrsg.): Abwanderungsraum Albanien – Zuwanderungsziel Tirana.** 2003. 108 S. 10,00 €, ISBN 3-935024-68-1

Heft 28 **HELLER, Wilfried / FELGENTREFF, Carsten / LINDNER, Waltraud (eds.): The socio-economic transformation of rural areas in Russia and Moldova.** 2003. 163 S. 10,00 €, ISBN 3-935024-79-7

Heft 29 **FELGENTREFF, Carsten / GLADE, Thomas (Hrsg.): Raumplanung in der Naturgefahren- und Risikoforschung.** 2003.
89 S. 7,50 €, ISBN 3-935024-80-0

Copyrighted material

Heft 30 **CARSTENSEN, Ines: Der deutsche Ferienhaustourist – schwarzes Schaf oder Goldesel?** Ergebnisse empirischer Feldforschung zu deutschen Ferienhausgästen in Dänemark. 2003.
176 S. 11,00 €, ISBN 3-935024-86-X

Heft 31 **CARSTENSEN, Ines: Land in Sicht? Berliner Einstellungen zu Freizeitwohnsitzen und Ferienhausaufhalten im Umland.** Ergebnisse empirischer Feldforschung. 2004. 135 S. 10,00 €, ISBN 3-937786-20-1

Heft 32 **FELGENTREFF, Carsten / GLADE, Thomas (Hrsg.): Von der Analyse natürlicher Prozesse zur gesellschaftlichen Praxis.** 2004.
174 S. 14,00 €, ISBN 3-937786-24-4

Heft 33 **ROLFES, Manfred / WEITH, Thomas (Hrsg.): Evaluation in der Praxis: Aktuelle Beispiele aus der Stadt-, Regional- und Umweltentwicklung.** 2005. 183 S. 13,00 €, ISBN 3-937786-50-3

Heft 34 **VIEHRIG, Hans: Russlands Landwirtschaft und ländliche Siedlungen in der Transformation.** 2005. 128 S. 10,00 €, ISBN 3-937786-53-8

Heft 35 **SALLANZ, Josef (Hrsg.): Dobrudscha. Ethnische Minderheiten – Kulturlandschaft – Transformation.** Ergebnisse eines Geländekurses des Instituts für Geographie der Universität Potsdam im Südosten Rumäniens. 2005. 155 S. 12,00 €, ISBN 3-937786-76-7

Heft 36 **ZIENER, Karen / CARSTENSEN, Ines / GOLTZ, Elke (Hrsg.): „Bewegende Räume" – Streiflichter multidisziplinärer Raumverständnisse.** Festschrift anlässlich der Verabschiedung von Frau Prof. Dr. Gabriele Saupe am 26.11.04. 2005. 210 S. 12,00 €, ISBN 3-937786-80-5

Heft 37 **KLEIN-HITPAß, Katrin: Aufbau von Vertrauen in grenzüberschreitenden Netzwerken – das Beispiel der Grenzregion Sachsen, Niederschlesien und Nordböhmen im EU-Projekt ENLARGE-NET.** 2006. 210 S. 12,00 €,
ISBN 3-937786-80-5

Heft 38 **HOFMANN, Juliane: The best of both worlds. Eine Fallstudie zu "Long distance-Migranten" zwischen Europa und Neuseeland.** 2006. 136 S. 11,00 €, ISBN 3-939469-24-6

Heft 39 **FELGENTREFF, Carsten (Hrsg.): Die Islamische Republik Iran. Eine Studienreise.** 2006. 80 S. 9 €, ISBN 3-939469-25-4

Copyrighted material

Copyrighted material

ISBN 3-939469-25-4
ISBN 978-3-939469-25-4
ISSN 0934-716X

Copyrighted material